

Bonn, Freitag 20. Juni 1969

Sprecher: Amrehn, Barzel, Bilke, Brauksiepe, Dufhues, Fricke, Hange, von Hassel, Heck, Herrmann, Kiesinger, Klepsch, Kraske, Lemke, Meyers, Rathke, Scheufelen, Schmücker, Schröder [Hamburg], Schwarzhaupt, Stingl.

Bericht zur Lage. Wahlprogramm der CDU. Hochschulpolitisches Programm der CDU. Wirtschaftsvereinigung. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich und eröffne die Sitzung. Die Tagesordnung sieht heute keinen „Bericht zur Lage“ vor. Ich glaube nicht, daß ich jetzt einen Lagebericht geben sollte. Die Situation entwickelt sich auf den Wahlkampf zu. Die Kräfte polarisieren sich. Sie werden erleben, daß es in der nächsten Zeit immer schärfer zugeht. Die Presse, die sich bei Beginn dieser Legislaturperiode für eine Mini-Koalition zwischen SPD und FDP eingesetzt hat, hat sich wieder ganz deutlich formiert. Es ist das jeden Tag in Baden-Württemberg abzulesen. Dort rächt sich bitter, daß die „Stuttgarter Nachrichten“ an die „Süddeutsche“ gekommen sind.¹ Sie tönt genau in dieselbe Schalmel. Das übrige ist seit Wochen umgeschlagen eindeutig in die andere Richtung, und über die Südwestpresse braucht man kein Wort zu verlieren. Das ist unser Handikap in einem solchen Wahlkampf. In einigen Regionen ist das besonders schlimm, wo wir ganz ausfallen.

Natürlich ist es auch z. T. im Fernsehen und im Rundfunk so. Man braucht nur die letzten Stellungnahmen zum „Bericht über die Lage der Nation“ zu verfolgen. Hier müssen wir aufpassen. Wo wir die Leute haben, die für uns eintreten, müssen sie mobil gemacht werden. Wir haben auch in früheren Legislaturperioden, auch unter Konrad Adenauer, eine übermächtige Presse gegen uns gehabt, was aber keine Wirkung hatte. Es wird auch dieses Mal keine entscheidende Wirkung haben.

¹ Bei der Gründung der „Stuttgarter Nachrichten“ 1946 vergab die amerikanische Militärregierung drei auf die demokratischen Parteien aufgeteilte Lizenzen, auf Henry Bernhard (ehemals Privatsekretär von Gustav Stresemann), Erwin Schoettle (SPD) und Dr. Otto Färber (der Zentrumspartei nahestehender Journalist). Färber verkaufte seinen Drittelanteil 1965 an die „Süddeutsche Zeitung“ (vgl. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 19. August 1965; FAZ vom 6. Januar 1968). Mit Wirkung vom 1. Januar 1970 wurden die Anteile weiter gestückelt: 25% wurden vom „Ulmer Zeitungsverlag“ übernommen (dpa vom 23. Dezember 1969).

Bevor ich noch einige Sätze jetzt sage, möchte ich noch einmal – ich habe es auch heute früh schon bei einem Frühstück getan – dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel sehr herzlich zu seinem heutigen 45. Geburtstag gratulieren. (*Beifall.*)

Ich habe heute früh das Frühstück mit ihm eingenommen. Ich verbinde diesen Glückwunsch mit einem sehr herzlichen Dank für unsere Zusammenarbeit, (*Beifall.*) die wir seit 2½ Jahren gehabt haben, die uns über viele heikle und schwierige Situationen hinweggeholfen hat. Das Zusammenwirken in der Großen Koalition wäre anders gar nicht möglich gewesen.

Das zweite ist ein trauriger Anlaß. Ich wußte gar nicht, daß beide Herren am selben Tag Geburtstag hatten. Heute jährt sich auch der Geburtstag Heinrich von Brentanos. Er wäre heute 65 Jahre alt geworden. Dr. Barzel hat an einer Kranzniederlegung teilgenommen. Der Außenminister hat eine Feier im Auswärtigen Amt gemacht und hat eine sehr gute Würdigung des Lebens, Wirkens und Wesens Heinrich von Brentanos gegeben. Ich habe dann am Schluß im Namen seiner engeren politischen Freunde dort gedankt und habe einige Sätze der Erinnerung an unseren verstorbenen Freund von Brentano hinzugefügt. Alle hier, die ihn gekannt haben, trauern ihm nach und wissen, wie gut es wäre, wenn er heute noch in unseren Reihen stünde.

BERICHT ZUR LAGE

Ich meine, meine Damen und Herren, daß ich jetzt doch einen allgemeinen Lagebericht geben soll. Es ist außenpolitisch wie innenpolitisch einiges da. Sie wissen, daß ich einen „Bericht zur Lage der Nation“ im Bundestag gegeben habe², der von den Gegnern als Wahlrede diskriminiert worden ist. Ich meine, daß ich den Bericht nicht so gehalten habe, daß er auf die Wahl zugunsten der CDU keinen Einfluß gehabt hat, und das ist selbstverständlich, aber im übrigen ist der Vorwurf unbegründet; denn ich habe den „Bericht zur Lage der Nation“ so gegeben, wie ich die Lage der Nation sehe. Wenn ich sie anders sehe als manche Leute, dann mögen diese bei sich selber anfangen. Das ärgert natürlich viele. Ich kann ihnen aber nicht helfen.

Das zweite war eine Rede, die ich vor dem Bundeswehrverband gehalten habe.³ Jeder, der da war, weiß, wie stark diese Rede dort gewirkt hat. Es war schon ein Erlebnis, das dort zu sehen. Dabei habe ich einige Dinge gesagt, die nicht allen gefallen haben. Ich habe mich keineswegs gegen das Prinzip der Inneren Führung gewandt, aber ich habe gesagt: Es gibt eben Klischees, die abgegriffen werden im Laufe der Jahre. Deshalb kann man aber dasselbe auch mal mit einfacheren Worten sagen. – Außerdem habe ich

2 Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, vgl. Sten.Ber. 5. WP 239. Sitzung vom 17. Juni 1969 S. 13246–13254.

3 Zur Rede vor dem Deutschen Bundeswehrverband am 18. Juni 1969 vgl. BULLETIN Nr. 82 vom 24. Juni 1969 S. 701–705. – Die Rede stieß auf große Kritik, vgl. den Kommentar „Verantwortungslos“ von Helmut LINDEMANN, in: „Münchener Abendzeitung“ vom 20. Juni 1969; Ulrich BLANK in der WDR-Sendung „Auf ein Wort“ (BPA-Mitschrift vom 19. Juni 1969); „Rheinzeitung“ vom 20. Juni 1969 „Die Schule für junge Leute“.

sehr bewußt das Wort von der Bundeswehr, die eine Schule der Nation⁴ sein könnte, aufgegriffen. Ich lasse mir doch von diesen Brüdern nicht vorschreiben, wie ich die Bundeswehr auffasse. Meine Damen und Herren, das ist sie, aber nicht in dem Sinne, daß man die Soldaten dort geistig drillt, sondern – ich habe die Beispiele gesagt – in Kameradschaft usw. Der Vorgesetzte muß durch sein existentielles Vorbild zeigen, daß die jungen Leute sagen: Das ist ein Kerl! Das ist ein Mann, vor dem haben wir Respekt! – Helmut Schmidt hat in einem Brief angedroht, er werde in der wehrpolitischen Debatte etwas sagen! Soll er es doch! Ich freue mich darauf, wenn ich ein bißchen zu streiten habe. Den Soldaten ist es wirklich unter die Haut gegangen – das habe ich bemerkt –, nicht nur dort, sondern auch jetzt wieder bei dem Zapfenstreich für General Lemnitzer⁵. Sie sind ausnahmslos alle gekommen. Ich will nicht wiederholen, was ich gesagt habe. Das wird in einer kleinen Zusammenfassung dessen, was ich in dieser Rede ausgeführt habe, auch in Ihre Hände kommen.

Nun zur Lage der Partei! Ich habe gestern ein Umfrageergebnis von Professor Wildenmann bekommen, und zwar sind das die Zahlen vom Monat Mai: 44% CDU, 40% SPD. Wenn es so weiterginge, wäre es also hochehrfrohlich. Alle Abgeordneten berichten mir aus allen Teilen der Bundesrepublik, daß die Dinge gut stehen. Es gab nur einen, der eine andere Auskunft gegeben hat. Er kam aus München und sagte: Dort ist der Einfluß von Vogel doch sehr stark, und man kann dem nicht sehr viel entgegenhalten. – Das kann ich nicht beurteilen. Ich sage es nur, weil es der einzige war, der damit kam. Sonst ist überall optimistische Stimmung. Ich habe nur die Sorge, daß das nicht dazu führt, daß man nun nicht alles daransetzt, um die Wahl zu gewinnen.

Eine Zeitlang habe ich mit einer gewissen Sorge die Pressekampagne der SPD beobachtet. Die hat ja sehr früh damit angefangen. Aber ich finde, daß dieses Sichzusammenborgen von Stimmen auf die Dauer sich als ein untaugliches Mittel erweist, ganz gleich, ob das Herr Kulenkampff⁶ ist oder wer es auch immer sei. Es war interessant, das Presseamt hat eine Umfrage gemacht: Haben Sie gehört, daß Herr Kulenkampff sich für eine Partei ausgesprochen hat? Da haben 75% gesagt, sie wüßten nichts davon. Die haben also diese Annoncen überhaupt nicht gelesen. Ich glaube also, unsere Ankündigungen, die einfach sagen: „Ihr wißt, was Ihr habt und haben wollt. Deswegen keine Fisimatenten! Bleibt dem Erfolg treu!“ sind richtig. Wie wir den Wahlkampf im übrigen führen werden, ist heute nicht Gegenstand unserer Beratungen. Wir müssen na-

4 In Analogie zum preußischen General Gerhard von Scharnhorst (1755–1813). Dieser plante die Schaffung einer preußischen Nationalarmee, die von ihm als „Schule der Nation“ gedacht war, da jeder preußische Bürger sie durchlaufen sollte. – In der verteidigungspolitischen Debatte am 27. Juni 1969 nahm Kiesinger erneut zur Rede vor dem Bundeswehrverband Stellung, vgl. Sten.Ber. 5. WP 244. Sitzung S. 13612–13616.

5 Lyman Louis Lemnitzer (1899–1988), amerikanischer General; 1963–1969 NATO-Oberkommandierender und Oberkommandierender der amerikanischen Streitkräfte für Europa. – Lemnitzer machte am 19./20. Juni 1969 seinen Abschiedsbesuch bei der Bundesregierung, vgl. BULLETIN Nr. 82 vom 24. Juni 1969 S. 705–707.

6 Hans-Joachim Kulenkampff (1921–1998), Schauspieler und Entertainer. – Er setzte sich für die SPD ein.

türlich damit rechnen, daß es den berühmten heißen Sommer gibt. Was vor kurzem in Göttingen passiert ist, ist ein Skandal allerersten Ranges.⁷ Der Skandal ist deswegen so groß, weil unser Sicherheitsmann dem Oberkommissar dort gesagt hat, was kommen wird, wobei sich dieser geweigert hat, und zwar mit den üblichen Ausflüchten, in Göttingen sei so etwas noch nie passiert, etwas dagegen zu unternehmen. Das ist übrigens eine Haltung, der ich immer wieder begegne. Wir müssen zusehen, meine Damen und Herren, daß das endlich anders wird.

Die Leute müssen lernen, wie man dieser fast schon an bürgerkriegsähnliche Verhältnisse heranreichenden Situation begegnen kann. Dort ist es um ein Haar dazu gekommen. Der Bundespräsident wurde angerempelt. Leute mit bedeutendem Namen wurden mit diesen Farbdingern beschmissen usw. Die Frau des Bundespräsidenten⁸ mußte in Sicherheit gebracht werden. Als Stoltenberg darüber im Kabinett berichtete, merkte man ihm seine ungeheure Erregung noch an. Ich werde dem Ministerpräsidenten Diederichs einen Brief schreiben. Es hat ja gestern in Niedersachsen deswegen eine Krise gegeben. Ich habe unseren Freunden geraten, sie sollen jetzt vor den Wahlen unter den gegebenen Umständen nichts mehr ändern. Das kann uns nur schaden. Ich hoffe, daß es auch so geschieht, aber das Beispiel Göttingen – überall, wohin man geht, ist es so – war schrecklich. (*Fricke*: Seine Frau saß mit im Auto. Die hat etwas abbekommen. Man ist auf die Haube gesprungen usw. – *Lebhafte Unruhe*.)

Ich hoffe also, daß das eine Lehre ist. Es geschieht ja überall, ganz gleich, wo man ist. Ich erinnere an die Geschichte vor dem Kölner Dom mit der Amtseinführung von Kardinal Höffner.⁹ Da lassen diese Idioten die Leute bis ganz dicht heran. Da war ein kleiner Durchgang die Treppe hinauf zum Dom. Links und rechts standen diese Typen und tobten. Einer wollte mit dem Prügel durchbrechen. Der Stadtdirektor¹⁰ sagte, so etwas hätte er für unmöglich gehalten. Ich sagte ihm: In welcher Welt leben Sie? Sie sehen und lesen es doch jeden Tag. Wieso soll im heiligen Köln eine Ausnahme gemacht werden?

Noch etwas anderes! Ich selber sehe oft, daß bei den Veranstaltungen, z. B. bei der Feier zur Handwerksmeisterprüfung vor kurzem in Düsseldorf oder bei sonstigen Kundgebungen, solche Sachen vorkommen.¹¹ Hier müssen immer ein paar Leute von der CDU an den Zugängen stehen, damit diese, wenn etwas nicht klappt, wenigstens eingreifen können. Es ist aber offenbar so, die betrachten solche Veranstaltungen als uninteressant für die CDU. Hier muß – das geht Sie an, Herr Heck – von der Parteizen-

7 Am 13. Juni 1969 demonstrierten 2.000 Studenten gegen Lübke und warfen Pfefferbüchsen, faule Eier und Flaschen (Übersichten über die Studentenunruhen und die APO in ACDP 01–226–306).

8 Wilhelmine Lübke (1885–1981), Studienrätin; seit 1929 verheiratet mit Heinrich Lübke.

9 Nach dem Pontifikalamt am 11. Mai 1969 zu Ehren der Amtseinführung Kardinal Höffners versuchten zwei Männer, Kiesinger beim Verlassen des Kölner Doms mit einer roten Fahne zu schlagen, vgl. „Bonner Rundschau“ vom 12. Mai 1969 „Feier zu Ehren Kardinal Höffners“.

10 Prof. Dr. Heinz Mohnen (1914–2005), Jurist; 1965–1977 Oberstadtdirektor von Köln (SPD).

11 Kiesinger besuchte am 8. Juni 1969 die Meisterfeier der Düsseldorfer IHK, vgl. „Rheinische Post“ vom 9. Juni 1969 „Handwerker erhielten ihre Meisterbriefe“.

trale aus dafür gesorgt werden, daß, wenn der Bundeskanzler oder sonst einer zu einer solchen Veranstaltung geht, die örtliche CDU – das geht nicht anders in unserer Zeit – Leute abstellt, die dann an Ort und Stelle selber mit für Ruhe und Ordnung sorgen. (Heck: Ich würde den Appell mindestens in gleicher Weise an die Herren Landesvorsitzenden richten!)

Ja, selbstverständlich! Ich gebe es Ihnen nur zur Weitergabe. Wir kennen das ja alle. Wir haben auch einige andere Dinge in Vorbereitung. Wir müssen wissen, wenn wir das nicht machen, dann liefern wir uns diesen „Brüdern“ aus. Wir können uns nicht ganz auf die Polizei verlassen. Das ist ausgeschlossen. Was ich in Münster seinerzeit erlebt habe, war einfach kläglich.¹² So etwas an Naivität der Münsteraner Polizei ist nicht zu überbieten. Wir erleben es ja weiter jetzt wieder in Berlin, in München usw. Die Leute haben das Gefühl: Wenn wir da etwas machen, dann geht es uns schlecht. Auch bei den Handwerkern in Düsseldorf waren welche, die ihren Farbbeutel mitgebracht hatten. Zum Schluß warf einer einen solchen Beutel weg. Darin war eine helle Flüssigkeit. Ob das nun Salzsäure oder Wasser war, kann ich nicht sagen. Es könnte ja auch mal statt Wasser Salzsäure drin sein. Ich habe dem Innenminister in der letzten Kabinettsitzung gesagt, er soll das jetzt als seine allerwichtigste Aufgabe sehen, nämlich zusammen mit den Innenministern der Länder hier vorzugehen. Gestern abend habe ich mit dem Polizeipräsidenten hier gesprochen, der völlig resigniert war und sagte: Wir kriegen nicht genügend Unterstützung. Ich bin mit den anderen Polizeipräsidenten zusammen in Berlin gewesen. Die haben alle die Köpfe hängen lassen. – Dazu kommen dann noch Gerichtsurteile, wie z. B. folgendes: Eine Beleidigung sei kein schwerer Fall, denn es sei ja bekannt, daß führende politische Persönlichkeiten heute allgemein beleidigt würden, und sich diese das auch gefallen ließen. Ich denke an das Gerichtsurteil von Frankfurt usw.¹³

Es ist also in diesem Land schon sehr weit gekommen. Die Situation ist viel ernster, als wir es wissen. Wenn dann nach der Ankündigung auf dem Evangelischen Kirchentag nicht nur Herr von Thadden von der NPD und SDS-Leute sprechen sollen, sondern auch Beate Klarsfeld¹⁴ als Hausfrau sich dort ausschleimen darf, dann sage ich, wenn

12 Kiesinger nahm am 23. Januar 1969 am „Kramermahl“ des Vereins der Kaufmannschaft in Münster teil. Demonstranten empfingen ihn mit Sprechchören vor dem Rathaus, das er nur durch die Hintertür betreten konnte. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 24. Januar 1969 „Kanzler mit ‚Sieg Heil‘ empfangen“.

13 Am 30. Oktober 1968 wurden die vier Brandstifter in zwei Frankfurter Kaufhäusern (Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll, Horst Söhnlein) zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt; am 13. Juni 1969 waren sie bedingt entlassen worden, bis ihr Revisionsantrag entschieden sein sollte, und in den Untergrund abgetaucht (vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. März 1975).

14 Beate Klarsfeld (geb. 1939), Sekretärin und Journalistin; 1964 Heirat mit dem französischen Juristen Serge Klarsfeld, dessen Vater in Auschwitz ermordet wurde. – Am 7. November 1968 ohrfeigte sie auf dem Berliner CDU-Bundesparteitag Kurt Georg Kiesinger öffentlich. Die vom Amtsgericht Tiergarten verhängte einjährige Haftstrafe wegen Körperverletzung und Beleidigung wurde auf eine Strafe von vier Monaten mit Bewährung reduziert. – 14. Evangelischer Kirchentag vom 16.–20. Juli 1969 in Stuttgart.

die evangelischen Christen, die diesen Kirchentag organisieren, glauben, daß sie damit ihre Position retten könnten: Gute Nacht Deutschland! Es tut mir leid, daß Herr von Weizsäcker heute nicht da ist. (*Schwarzhaupt*: Ich habe ihm einen Brief geschrieben.)

Die Herren reagieren darauf kühl. Herr von Weizsäcker sagte: Es ist eine autonome Kommission, die das gemacht hat. Da sind irgendwelche von diesen linken Brüdern dabei. – In Wahrheit ist es doch nichts anderes als ein ganz billiges Spekulieren; es ist die Angst. Sie haben Angst, daß diese Gruppen kommen und wollen ihnen von vornherein den Wind wegnehmen. Das Gegenteil wird aber der Fall sein. Sie säen Wind und werden Sturm ernten. Sie werden sehen, was auf diesem Kirchentag passieren wird.

Aber das ist auch nur ein Zeichen dafür, wie es in unserem Lande aussieht. Dabei merken die Leute gar nicht, wie die Mehrheit unseres Volkes denkt und fühlt; sie merken nicht, daß sie ganz entgegengesetzt denken und fühlen, daß sie sich selbst mit einer solchen Publikation zwar bei ein paar hundert Pfarrern und soundso viel Linksintellektuellen beliebt machen, aber vom Volk sich mehr als je entfernen. (*Schwarzhaupt*: Vor allen Dingen die Leute, die weniger in die Kirche gehen.)

Das ist die Situation. Nun braucht man das weniger mit dem Blick auf die Wahlen ernst zu nehmen; denn da ist es eher so, daß es hilft. Wir wollen es auch weidlich ausnützen, aber damit ist natürlich das Übel nicht beseitigt.

Ich würde also im ganzen ziemlich optimistisch sein. Nur hat die SPD sorgfältig eine Reisekampagne des am 1. Juli antretenden neuen Bundespräsidenten vorbereitet. Es kommt so, wie ich befürchtet habe. Er will bis unmittelbar vor den Bundestagswahlen seine Besuche in den Ländern machen und bei den verschiedensten Gelegenheiten auftreten. Das wird mit absoluter Sicherheit einen fürchterlichen Ärger geben. Er wird sich dann sicherlich nicht daran halten, nicht politische Aussagen zu machen. Ich habe ihm gesagt, sobald er eine politische Aussage mache, verlange ich, daß er mir seine Reden vorlegt, was mein gutes Recht ist.¹⁵ Das ist bisher immer nur ein Gentleman's Agreement gewesen. Der Bundeskanzler muß einer politischen Rede und einer politischen Aussage des Bundespräsidenten erst seine Genehmigung geben. Er muß sie indossieren. Wenn ich das zum ersten Male verlange, dann wollen wir mal sehen, was da losgeht. Ich habe einen Teil unserer Ministerpräsidenten schon gebeten, doch zu verhindern, daß er diesen Antrittsbesuch vor der Bundestagswahl macht. Wir dürfen uns nicht auf eine so unverschämte Weise mißbrauchen lassen. Es ist Sommerzeit, es sind Ferien, es ist Wahlkampf. Beides sind Argumente, mit denen man ihm sagen kann: Bleibe zu Hause und mach deinen Antrittsbesuch nach der Bundestagswahl. Sonst wird zu deutlich, was du im Sinne hast, was deine Partei im Sinne hat.

Damit ist der Bundespräsident von Anfang an mit einer ganz schweren Gegnerschaft belastet. Ich habe von einem unserer Herren – ich will jetzt nicht sagen, von wem – gehört, daß er einfach gesagt hat: Ich sehe keinen rechten Sinn darin, daß Sie vor der Bundestagswahl kommen. Der Landtag ist ohnehin im Urlaub. Ich kann die Leute nicht zu-

¹⁵ In der Sache nicht zutreffend.

rückrufen. Wenn der Bundespräsident kommt, sollen die Mitglieder des Landtags da sein. Ich würde also vorschlagen, nach der Bundestagswahl den Besuch zu machen.

Ich möchte alle Ministerpräsidenten, die der CDU angehören, bitten, ähnlich zu verfahren, daß sie übereinstimmend ihm schreiben: Wir freuen uns darauf, daß Sie zu uns kommen, aber bitte erst nach dem 28. September. – Ich habe Herrn Rasner gebeten, heute die Dinge mit Ihnen zu besprechen. Auch da, wo wir in der Regierung sind, wie in Niedersachsen, würde ich sagen, sollte man dasselbe tun, so daß wenigstens in unseren Ländern dieses Theater nicht mitgemacht wird. Wie mir Dr. Barzel heute früh erzählt hat, war es in Köln bei einer Veranstaltung so, daß jemand aufstand und unter allgemeinem Beifall gesagt hat: Nun haben wir endlich einen christlich-demokratischen Bundespräsidenten. (*Heiterkeit.*)

Das ist also eine Sache, die mir wirklich Sorge macht. Seine Popularitätskurve ist ja ganz schön. Es gehören auch CDU-Leute dazu. Es ist ja so, wenn jemand zum Bundespräsidenten gewählt worden ist, dann steigt er in der Achtung der Leute.

Es ist jetzt so, daß der VDS eine Gruppe von 300 Leuten zusammenstellen will, die überall nachreisen und jeweils stören. Es kommt also etwas, was wir uns nicht ernst und schwierig genug vorstellen. Sie alle wissen – und die Erfahrungen aus Baden-Württemberg lehren es ja –, daß das unweigerlich die Wähler zur NPD treiben wird.

Zur Innenpolitik kann ich nur sagen, immer wieder wurde der Großen Koalition ihr Ende prophezeit. Wir sind ganz stur unseren Weg weitergegangen. Im Bundestag haben wir als Fraktion zusammengearbeitet, z. T. unter kluger Ausnutzung der taktischen Gegebenheiten. Ich denke an die Verjährung, die Lohnfortzahlung usw. Das haben Sie ja alles gesehen. Wir haben eine neue Deutschlanderklärung, die praktisch eine Bekräftigung der Hallstein-Doktrin darstellt, herausgegeben.¹⁶ Wir werden auch sonst unsere Arbeit weitermachen. Keiner der Partner springt ab; jeder ist am Ende immer wieder klug genug, um zu wissen, daß er dann vor der Bevölkerung als derjenige dasteht, der die Große Koalition vorzeitig aufgelöst hat. Wir haben den Streit über die Aufwertung gehabt. Das Ganze ist mir vom November ab überdramatisiert worden. Es gibt gute Argumente für die Aufwertung, es gibt bessere Argumente gegen die Aufwertung, wenn man alles in allem nimmt. Ich habe mich gegen die Aufwertung entschieden, und je länger, desto mehr zeigt sich, daß diese Entscheidung richtig war.

Ich habe den Wirtschaftsminister bei mir gehabt und ihm gesagt: Niemand verlangt von Ihnen, daß Sie ihre Überzeugung verleugnen, aber Sie müssen zur Entscheidung des Kabinetts stehen. – Er hat sich im Bundestag zurückgehalten. Er wollte natürlich an der einen oder anderen Stelle bei der Diskussion über den Jahreswirtschaftsbericht seine Meinung nicht verbergen; aber im großen und ganzen scheint er sich vorläufig daran halten zu wollen. Die SPD selber ist in sich furchtbar zerstritten. Unter den führenden Persönlichkeiten kämpft einer gegen den anderen, und zwar schon ganz offen. Das

¹⁶ Grundsatzerklärung der Bundesregierung zur Deutschland- und Friedenspolitik in BULLETIN Nr. 70 vom 3. Juni 1969 S. 597. – Die „Hallstein-Doktrin“ schloß gleichzeitige diplomatische Beziehungen von Drittstaaten zur Bundesrepublik Deutschland und der DDR aus. Vgl. Werner KILIAN S. XXVI Anm. 103.

dringt bis in den Kressbronner Kreis hinein, wo sie aneinandergeraten. Schiller und Helmut Schmidt sind völlig zerworfen. Dann gibt es auch die anderen Gegensätze. Sie haben nur immer wieder – das bewundere ich – die Fähigkeit, daß sie das nach außen besser verkleistern, oder aber es ist eben eine Presse da, die selber ein Interesse daran hat, das zu verschweigen. Wenn bei uns auch nur der kleinste Streit entsteht, dann wird das sofort von der Presse an die große Glocke gehängt. Das, was jeder Journalist weiß – so genau verfolge ich die Zeitungen nicht –, ich habe nicht gefunden, daß das ... (*Rathke*: Ein bißchen steht schon drin, Herr Bundeskanzler. Ich denke an den Henkels-Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.¹⁷ – *Starke Unruhe*.)

Ich denke, die Bevölkerung wird aus dem, was in den Zeitungen steht, kaum eine Ahnung davon bekommen, was sich in den Reihen der Führungsgruppe der SPD wirklich begibt. Die sind sehr nervös. Nun ist der Helmut Schmidt an sich ein sehr forscher, aber immerhin vernünftiger Mann, der auch gegen die Aufwertung war. Der Schiller hat ja diese Leute alle hineinmanövriert. Er hat sie gezwungen, diese gemeinsame Stellung zu beziehen. Das nehmen sie ihm jetzt sehr übel.

Das ist also im großen und ganzen die Lage. Ich glaube, wir haben allen Grund, optimistisch zu sein. Wir müssen nur darauf gefaßt sein, daß es sehr schwierig wird, daß wir von allen Seiten beschossen werden. Die FDP und die SPD werden von einem Großteil der deutschen Presse mit Handschuhen angefaßt. In diesem Zusammenhang frage ich, wem gehört eigentlich „Christ und Welt“? Das Blatt gilt doch als eine der CDU nahestehende Zeitung. Die Unverschämtheit dieses Blattes ist wirklich nicht zu übertreffen, und zwar schon seit langer Zeit. Da wird aber auch alles verdreht, vor allen Dingen das, was der Kanzler sagt. Wer ist denn das?

Kraske: Der einzige CDU-Mann ist Herr Gerstenmaier. Er ist Minderheitsaktionär. Hauptaktionär ist Herr Wirsing. Der zweite ist ein Mann aus dem Auswärtigen Amt, den Herr Brandt zum Personalchef gemacht hat, Herr Federer¹⁸. Von diesen dreien besitzt Eugen Gerstenmaier 10% der Anteile. Deswegen ist einfach die Optik, das als eine CDU-Zeitung abzustellen, ein bißchen falsch. Durch Herrn Gerstenmaier haben wir uns alle etwas daran gewöhnt, das so zu sehen. (*Schwarzhaupt*: Der einzige CDU-Redakteur, Herr Stammler¹⁹, ist hinausmanövriert worden. – *Lebhafte Unruhe*.)

17 Walter Henkels (1906–1987), Journalist und Schriftsteller; ab 1949 ständiger Mitarbeiter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. – Vgl. FAZ vom 19. Juni 1969 „Die Lage der Nation – im Kammerton“.

18 Im Original Federei. – Dr. Georg Federer (1905–1984), Diplomat; 1935 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1945–1950 Mitarbeit im Hilfswerk der EKD, Beteiligung an der Gründung der Wochenzeitung „Christ und Welt“ und 1951/52 Mitherausgeber, 1952 Wiedereintritt in das Auswärtige Amt, 1964/65 Botschafter in Kairo, 1966–1968 Botschafter in Brüssel.

19 Eberhard Stammler (1915–2004), Theologe und Journalist; 1938–1947 Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, 1947–1949 theologischer Redakteur des Hamburger „Sonntagsblattes“, 1952–1964 Chefredakteur „Junge Stimme“, 1958–1972 CDU, 1958–1978 Mitglied im „Beirat für Fragen der Inneren Führung“ im Bundesministerium der Verteidigung, 1964/65 stv. Chefredakteur „Christ und Welt“, 1965–1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christliche Gesellschaftslehre der Universität Tübingen.

Kiesinger: Was diese Maria Stein²⁰ da schreibt, ist furchtbar. Das ist ein entsetzliches Frauenzimmer. (*Lebhafte Unruhe.*)

Ich habe nichts gegen Kritik, aber hier ist es doch so, daß man von vornherein den Willen spürt, uns madig zu machen. Da ist also kein CDU-Mann mehr drin. (*Anhaltende Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Wir haben heute zum erstenmal wieder Herrn Fricke unter uns. (*Lebhafte Beifall.*) Ich habe nicht erfahren – das betrifft wieder einmal den Nachrichtendienst unserer Partei, Herr Kraske –, daß er krank war. Ich frage mich, was einer denken muß, wenn er vom Bundesvorsitzenden seiner Partei, einem alten Freund, in einer solchen Situation nichts hört. (*Fricke:* Ich freue mich jedenfalls, wieder hier zu sein.) Ich wollte es extra gesagt haben. – Herr Fricke!

Fricke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bevor ich wegen Herzinfarkt Ende Juni [1968] ausschied, hatten wir in Goslar die Feier des tausendjährigen Bestehens des Erzbergbaus. Es waren viele Knappenvereine aus dem Westen, dem Saargebiet, aus Lothringen usw. da. Ich sprach auch dort einige Worte vor der Kammer Braunschweig in der Kaiserpfalz. Zwischen Wehner und mir saß Herr Krämer²¹ von der Preussag. Das war bald nach dem Nürnberger Parteitag. Ich hatte dort eine Unterredung mit Wehner.

Wehner reagierte dort in einer großen Offenheit zu mir und sagte, ich könne mir gar nicht vorstellen, welchen Ärger er in seiner eigenen Partei habe, welche Last er in Nürnberg gehabt habe, um die Partei einigermaßen zusammenzuhalten, einschließlich ihres Vorsitzenden. So hat Wehner zu mir gesagt. Aber unsereiner ist hier zu fair und zu loyal, von solchem Wissen aus erster Hand irgendwelchen Gebrauch zu machen. Vor Jahresfrist hat er in dieser Unterhaltung in Goslar – wo die Geschichte mit der Wahlrechtsreform auf Eis gelegt wurde – zu mir gesagt: Es ist zum Verzweifeln!

Kiesinger: Das ist ja ein ständiges Gespräch zwischen ihm und mir. Bei der Aufwertung hat er mir das Manuskript von Alex Möller gegeben, das gegen die Aufwertung gerichtet war. Er hat es mir gegeben, und zwar nicht heimlich. So ist er nicht, daß er sagt: Hier hast du heimlich ein Papier. – Nein, er hat es mir gegeben, daß es seine Freunde wußten.

Auch wenn es über gewisse Fragen des Vokabulars Auseinandersetzungen gegeben hat, so ist er immer derjenige gewesen, der in seiner eigenen Partei dafür gesorgt hat, daß man bei der Linie blieb. Darüber gibt es keinen Zweifel. Er hat sich die ganze Zeit als derjenige erwiesen, auf dessen Wort man bauen kann. Auch er und Brandt stehen sich seit langem drohend gegenüber. Auch in Sachen der Aufwertung ist er keineswegs ein enthusiastischer Anhänger der Aufwertung gewesen. Das zeigt ja die Geschichte mit Alex Möller.

So ist es halt. Aber es ist ja besser so, als wenn es umgekehrt [wäre], als wenn sie geschlossen wären. Ein bißchen habe ich wieder gewonnen, insbesondere durch die Popularität von Schiller, der nicht unmittelbar, aber doch hinter dem Bundeskanzler rangiert.

20 Maria Stein (1937–1997), Journalistin bei „Handelsblatt“, „Rheinischer Merkur“, „Christ und Welt“.

21 Dr. Friedrich Krämer (1909–1990), Jurist; 1969–1972 Vorstandsvorsitzender der Preussag AG.

Er hat 85% Zustimmung bei der SPD und 85% Zustimmung bei der FDP. So ist die Kurve. Er hat also eine Art Nachfolge von Erhard angetreten als Wirtschaftsminister, dem eben zuzuschreiben ist, daß es allen so gutgeht. Aber das gibt sich auch wieder. Davon bin ich überzeugt. Das steigt auch wieder ab.

Meine Damen und Herren! Ich würde Sie noch gerne zu diesen Punkten hören, wenn Sie noch etwas zu ergänzen oder zu kritisieren haben, weil ich leider nicht die Zeit habe, nachher bei der Beratung des Wahlprogramms dabei zu sein. Das habe ich mit Dr. Heck schon gründlich durchgesprochen. Und wir haben dann noch einmal im Präsidium darüber verhandelt. – Herr Amrehn!

Amrehn: Es hat noch einen guten taktischen Zug gegeben, von dem ich nicht weiß, wer ihn vollbracht hat. Eines Tages erschien die Meldung in der Zeitung „Herr Brandt wartet auf die Einladung nach Moskau“. Er ist dadurch gezwungen worden, das zu dementieren. Ich halte das für die weitere Entwicklung für sehr gut.

Nun hat es einen zweiten Zug der SPD gegeben, nämlich Herrn Schütz nach Warschau zu schicken.²² Darüber besitze ich nicht mehr Informationen als die, die in der Öffentlichkeit erschienen sind. Wir haben im Abgeordnetenhaus den Versuch gemacht, aus Herrn Schütz ein bißchen mehr herauszubekommen. Ich glaube nicht daran, daß die Einladung nach Posen von Polen ausgegangen ist, sondern daß sich irgendwer diese polnische Einladung zur Posener Messe besorgt hat.

Ist darüber mit dem Bundeskanzleramt gesprochen worden? Hat es ein besonderes Einvernehmen gegeben?

Kiesinger: Mir ist nur gesagt worden, der Regierende Bürgermeister wolle diese Messe besuchen. Nun, wir haben es uns überlegt. Ein Veto dagegen einzulegen, wäre töricht gewesen. Böx²³ schreibt, daß er völlig weggeschoben wurde, so daß er überhaupt nicht weiß, was sich dort begeben hat. Daß Herr Schütz nichts getan hat, um das zu verhindern, daraus wird ja wieder deutlich, daß irgend etwas nicht stimmte.

Ich werde nun – mehr kann ich nicht tun – den Außenminister daraufhin ansprechen. Er soll mir dann sagen, was da im einzelnen passiert ist. Schütz will ja immer wieder seine Extratouren reiten. Das ist gefährlich, weil das nahe herankommt an die These von der besonderen politischen Einheit Berlins. Ich habe erst heute dieses Telegramm von Böx zur Kenntnis bekommen. Das hat mich natürlich aufgeschreckt. Im übrigen hatte ich vor, ihn selber zu bitten, mir zu sagen, was er dort besprochen hat. Das ist ja immer unangenehm; denn wenn nachher herauskommt, es sind andere Dinge besprochen worden, wird man ja gefordert. Aber das wird immer wieder passieren.

22 Klaus Schütz hielt sich vom 14.–16. Juni 1969 zu Gesprächen in Warschau auf. Vgl. AdG 1969 S. 14736; AAPD 1969 Nr. 202.

23 Dr. Heinrich Böx (1905–2004), Diplomat; 1949/50 kommissarischer Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1950 Eintritt in den konsularischen Auslandsdienst, 1951–1955 Konsul in den USA, 1956–1960 stv. Generalsekretär der WEU, 1961–1964 Leiter der Handelsvertretung in Helsinki, 1964–1966 Botschafter in Oslo, 1966–1970 Leiter der Handelsvertretung in Warschau. – Zum Bericht von Böx vgl. AAPD 1969 Nr. 202.

Wir haben Streit mit dem Außenminister über Gewaltverzicht. In einem Papier wird Bezug genommen auf das Potsdamer Abkommen.²⁴ Es ist nicht zu glauben! Das ist dann zurückgegangen. Deshalb große Aufregung dort und Schmollen. Das sind alles Dinge, die laufend passieren, die ich gar nicht an die große Glocke hängen kann, weil dann die ganze Presse voll ist von dem Streit zwischen dem Kanzler und dem Außenminister.

Ich habe gestern vor dem BDI gesprochen. Die Rede schlug durch. Das war wirklich wie in alter Zeit. Ich habe noch nie in den ganzen 2½ Jahren eine so herzliche Zustimmung gehabt wie dort. Das [sic!] „Bild“, das sich angeblich immer auf unsere Seite stellt, bringt nur: „Schiller im Gespräch mit Berg“.²⁵ Schiller ist zum Nachtschiff beim Essen gekommen. Das ist alles, was „Bild“ bringt. Ich könnte darüber noch einiges mehr sagen und über die Zusammenhänge. Aber das ist dann die Presse, die uns angeblich unterstützt. Es ist wirklich schrecklich. Wir haben praktisch in diesem Lande kaum mehr eine Presse ... (*Lemke*: Die Heimatzeitungen!) Die Heimatzeitungen! Fragen Sie mal Herrn Scheufelen, wie das in Baden-Württemberg ist. (*Scheufelen*: Die „Schwäbische Zeitung“.) Die ist doch eingegangen in die „Südwestdeutsche“. (*Scheufelen*: Da ist eine Mittellinie.) Bei der „Südwestdeutschen“? (*Scheufelen*: Wenigstens noch in einem Bereich.)

Die ganze Südwestpresse ist absolut CDU-feindlich, und zwar scharf CDU-feindlich. Sie ist SPD- und FDP-freundlich, genau wie die „Stuttgarter Nachrichten“. – Bitte, Frau Brauksiepe!

Brauksiepe: Herr Bundeskanzler, ich möchte noch einmal auf die vorhin geäußerte Sorge zurückkommen und fragen, glauben Sie, daß wir in den letzten Wochen die Versammlungsrunde wirklich hinkriegen? Ich habe den Eindruck, wenn wir jetzt vier Wochen lang die Versammlungen aussparen – dann kommt die Ferienzeit –, wenn weiterhin der Aufstand der jungen Leute an den Universitäten anhält, dann könnte es uns passieren, daß wir die Zeit nicht ganz so brutal genützt haben wie die SPD, so daß die letzte Runde gestört wird. Wenn die Bevölkerung weiterhin einen solchen Eindruck wie in den letzten Tagen bekommt, dann wird es für uns sehr schwer.

Ich sage das mit um so größerer Sorge, als beispielsweise gestern abend Staatssekretär Barth von Darmstadt zurückkam und von oben bis unten mit Eiern beschmutzt war, die man ihm nachgeworfen hatte. Er hatte keinen zweiten Anzug bei sich. Er ist in der brutalsten Weise angegriffen worden. Ich erinnere auch an die Rüpeleien an dem Bot-

24 Der Notenwechsel mit der Sowjetunion über Gewaltverzichtsabkommen mit den Ostblockstaaten war am 11. Juli 1968 nach sowjetischen Interventionen unterbrochen worden und sollte ab 1969 wieder aufgenommen werden. Zu den bisherigen Texten (veröffentlicht in AdG 1968 S. 14049; Broschüre des BPA vom Juli 1968 „Die Politik des Gewaltverzichts. Eine Dokumentation der deutschen und sowjetischen Erklärungen zum Gewaltverzicht“) übermittelte Staatssekretär Carstens am 3. April 1969 dem Staatssekretär von Duckwitz eine Reihe von Änderungsvorschlägen, die Außenminister Brandt mit Schreiben vom 20. Mai 1969 an Kiesinger ablehnte (ACDP 01-226-001).

25 Am 19. Juni 1969. – Vgl. „Welt“ vom 20. Juni 1969 „Kiesinger: Wir müssen die Lehren aus den Gewaltaktionen ziehen“ und vom 21. Juni 1969 „Industrie geht auf Distanz zu Schiller“.

schafter Ben-Natan.²⁶ Die jungen Leute schreien in ihrem blinden Haß: Ihr werdet keine Versammlung mehr hinkriegen. Das bestimmen wir! (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Nun sagten Sie, wir können das nicht mehr länger zulassen. Ich frage, was aber können wir tun? Sie haben mit Recht formuliert, die Bevölkerung will es so nicht. Ich frage, kriegt die CDU es überhaupt noch in die Hand?

Kiesinger: Die CDU kann es in die Hand kriegen. Es ist auch eine Sache der CDU selbst, nicht nur der Polizei. Ich habe vor einiger Zeit in Ludwigshafen bei Kohl gesprochen. Da hat man die Kerle nach einigen Mahnungen hinausgeschmissen. (*Starke Unruhe und Bewegung. – Brauksiepe:* In der Zeitung stand: „CDU: Endlich hart durchgegriffen!“²⁷)

Natürlich! Auch in Werl²⁸ am letzten Sonntag war eine solche Gruppe. Da haben die Leute selber für Ruhe und Ordnung gesorgt. Das war nur töricht vorbereitet; denn das Podium des Redners war genau dort, wo diese Kerle hineinkommen konnten. Hätte es auf der anderen Seite gestanden, dann hätten sie gar nicht herankommen können. Aber die Leute haben selber für Ordnung gesorgt.

Unter den 6.000 Leuten auf der Meisterfeier des Handwerks in Düsseldorf waren viele kräftige junge Handwerker und Gesellen. Da ist nichts passiert. Überall dort, wo sie fürchten müssen, daß sie Prügel bekommen, gehen sie erst gar nicht hin. Und deswegen müssen sie Prügel kriegen! (*Zurufe:* Sehr wahr!)

Es bleibt uns gar nichts anderes übrig. Das ist natürlich in dem Augenblick nicht schön, wenn man die Kerle hinausschmeißt. Dann entsteht für zehn Minuten mal eine heftige Unruhe, aber dann sind sie draußen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Ich habe in der letzten Zeit immer erlebt, wo sie merken, sie kommen nicht an, da ziehen sie sich zurück, wie auch damals in Berlin auf der Kundgebung in der Hasenheide.

Deswegen muß die CDU selber dafür sorgen, das sich das rundspricht. Die CSU hat es jetzt gemacht; sie hat ihre Gruppe engagiert. Wir müssen es auch machen. Da hilft alles nichts. Frau Kollegin, das ist das einzige, was wir tun können. Aus meinen Erfahrungen würde ich eigentlich glauben, daß das geht. Ganz werden wir die Schreier – vor allen Dingen an den Eingängen zu großen Versammlungen – nicht zurückhalten können. Bei der Feier am Kölner Dom hätte man links und rechts die Kerle jeweils 50 Me-

26 Asher Ben-Natan (geb. 1921), israelischer Diplomat; 1938 Auswanderung nach Palästina, 1965–1969 Botschafter in der Bundesrepublik, 1970–1975 Botschafter in Frankreich. Memoiren: Die Chuzpe zu leben. – Zu den diversen Ausschreitungen bei Auftritten Ben-Natans vor Studenten vgl. E.B.D. S. 167–178. Vgl. auch FAZ vom 11. Juni 1969 „Hitlers Erben“.

27 Vgl. Nr. 26 Anm. 10. Während der Rede Kiesingers auf dem 2. CDU-Frauenkongreß kam es zu Tumulten. Kohl ließ die Störenfriede im Saal durch Ordner entfernen, vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 14. April 1969.

28 Während der Rede Kiesingers vor den Teilnehmern der Männerwallfahrt des Erzbistums Paderborn am 15. Juni 1969 kam es zu Störungen durch Jugendliche, die Flugblätter verteilen wollten und von Teilnehmern daran gehindert wurden, vgl. „Die Glocke“ vom 16. Juni 1969 „Kiesinger fordert Friedensordnung“.

ter zurückdrängen und dann absperren müssen. Dann hätten sie zwar noch geschrien, aber das macht dann nichts.

Ich mache jedesmal folgendes: Ich trete dahin und winke den Leuten. Die wissen dann nicht, wie sie reagieren sollen. Die sind ganz entsetzt. Ich winke ihnen, und dann kommt der Beifall. Das ist also auch eine Technik, die man jetzt entwickeln muß. Ich bin davon überzeugt, wenn wir überall eine Gruppe von kräftigen jungen Männern haben, die denen klarmachen, es gibt Saures, dann bleiben sie fern. Die sind nämlich physisch nicht mutig, sondern sie sind nur frech und laut. Deshalb bin ich überzeugt, wir können es mit verhältnismäßig kleinen Anstrengungen schaffen.

Nun haben wir uns einiges überlegt. Darüber möchte ich jetzt nicht sprechen, weil ich auch nicht so ganz eingeweiht bin. Das ist mir auch viel lieber. (*Kraske*: Man soll nicht darüber sprechen.) – Herr Amrehn!

Amrehn: Die eigenen Versammlungen werden wir in der Regel mit den eigenen Kräften schützen können, wenn man das will und eine solche Gruppe bereitstellt. Aber diese Gruppe muß wissen, daß auch die Polizei zum Eingreifen bereit ist, wenn sie den Befehl bekommt. Und an dieser Stelle bekommt das Problem eine größere Bedeutung als nur für unsere Versammlungen. Es muß der Innenminister bereit sein, seine Polizei einsetzen zu lassen.

Sie haben davon gesprochen, Herr Bundeskanzler, daß die Polizeipräsidenten eigentlich resignierten. Warum? Weil sie im entscheidenden Moment, wenn das Gesetz sie verpflichtet einzugreifen, von ihrem Innenminister angehalten werden, Blutvergießen zu verhindern und keinen Bürgerkrieg entstehen zu lassen. Ich glaube, das ist auch das Problem in Hannover gewesen. (*Kiesinger*: In Göttingen!) Insofern ist es ein politisches Handeln der Männer, die meistens zur SPD gehören und nicht den Mut haben – im Gegensatz zu den Reichsinnenministern der Weimarer Zeit –, in solchen Fällen, wo es immer dringender wird, den Entschluß zum Eingreifen zu bestärken, also die Leute daran zu hindern, ihre gesetzliche Pflicht zu erfüllen. Das scheint mir gegenwärtig ein allgemeiner Schwächezustand der konföderativen Bundesrepublik zu sein, die hier keine zentralen Anordnungen erlassen kann. (*Kiesinger*: Sie haben recht!) Ich glaube, daß da ein Schwergewicht vom Bundesinnenminister auf die Aktivität der Länderinnenminister gelegt werden muß, wenn wir über den Wahlkampf gut hinwegkommen wollen.

Kiesinger: Ich kann nur wiederholen – die Herren, die im Kabinett waren, wissen es –, ich habe Herrn Benda gesagt, daß er das als seine wichtigste Aufgabe für den Rest der Legislaturperiode ansehen muß. Er soll alles andere zurückstellen. Er soll sich dieser Aufgabe widmen. Er hat auch schon angefangen. Der Polizeipräsident von Bonn hat es mir gesagt. Ich versuche, es mit den Ministerpräsidenten hinzukriegen. Aber man hat immer noch Angst, insbesondere, wenn solche Sachen passieren wie in Hannover. Wenn man dort mit Tränengas eingegriffen hat, so war das vielleicht falsch in diesem Falle. Dort hat sich sofort die Sympathie des Publikums gegen die Polizei gewandt. Dort war die Sympathie des Publikums ohnehin auf der Seite derer, die sich gegen die Verteuerung wendeten. Das war also der Nervus rerum.

Nun ist es so, wir können nicht immer klagen. Die Polizei macht an vielen Orten ihre Sache gut, aber es muß halt versucht werden, und zwar zunächst in den Ländern, wo wir die Regierungschefs haben, daß die Geschichte klappt. In Kiel war es auch nicht schön. – Herr Lemke!

Lemke: Wir haben jetzt wiederum eine große Auseinandersetzung mit den Studenten wegen des Ordnungsrechts gehabt. Das einzige, was hier hilft, ist vorbeugen. Wenn Sie die erst einmal marschieren lassen, dann ist es zu spät. Wir haben rechtzeitig Wasserwerfer in Tätigkeit gesetzt. Anschließend war dann eine Studentenversammlung. Dort haben 2.300 Mann den Streit abgeblasen, 800 waren dafür. Das war die Folge unseres rechtzeitigen Eingreifens. Bei Wasserwerfern waren sie völlig machtlos. Der SDS in Hamburg hat erklärt, dahin gehen wir nicht.

Kiesinger: Ich sagte schon, überall da, wo sie wissen, es geht ihnen nicht gut, kommen sie nicht. Eine schlimme Sache ist ja die, daß die Leute unsere Kompetenzverteilung nicht kennen. Sie erwarten vom Bundeskanzler, daß er eingreift. Der Bundeskanzler kann aber nicht eingreifen; er hat weder Justiz noch Polizei. Er ist angewiesen auf den guten Willen der Länder. Das kann ich den Leuten doch nicht dauernd klarmachen. Ich kann mich doch nicht dauernd hinstellen und sagen: Ich wollte ja gerne helfen, wenn ich nur könnte. – Dann sagen sie: Was kümmert uns das, sorgen Sie dafür, daß Ruhe und Ordnung bleibt. – Herr Heck!

Heck: Es hat eine Konferenz stattgefunden zwischen den Vertretern der Innenminister und den Vertretern der Partei.²⁹ In dieser Konferenz ist eine klare Übereinkunft erzielt worden, wieweit die eigenen Ordnungskräfte tätig sind und wann die Polizei eingreift. Es ist also das abgesprochen, was Amrehn meint, daß die Polizei in Reserve bereitsteht. Wir haben im Kern Vorkehrungen getroffen und Ordnungstruppen aufgestellt. Ich muß sagen, das kann man in der Tat nur etwas am Rande oder jenseits der Grenze unseres Versammlungsgesetzes machen, wenn dies eine Wirkung haben soll. Deswegen läßt sich nicht allzu viel öffentlich darüber reden, Herr Bundeskanzler.

Kiesinger: Ich bin optimistisch, weil mich die Erfahrung gelehrt hat, wenn sich überhaupt Leute von uns an den Eingängen zu solchen Versammlungen zeigen, dann verläuft sich das ganz von selber. Dann besprechen sie sich untereinander und sagen, lieber nicht, und ziehen ab. Das geschieht schon durch das bloße Dasein von solchen Leuten. – Frau Brauksiepe!

Brauksiepe: Herr Bundeskanzler, täuschen wir uns nicht, die schicken ihre jungen Studenten mit den Kindern vor. Dahinter kommen dann die Studenten, also die ganze Bande. Die Polizei ließ uns wissen, das geht einfach nicht. Dort sitzen die verheirateten Studentenpaare mit ihren kleinen Kindern. Was tut denn ein Schutzmann, wenn da junge Mädchen oder Frauen mit ihren Kindern sitzen? Dann kann er doch gar nicht eingreifen.

²⁹ Nicht zu ermitteln.

Kiesinger: Wenn die Frauen da sind, gibt es auch keine schweren physischen Auseinandersetzungen. Dann brüllen sie eben. Aber es ist nicht so schlimm, wenn sie brüllen. (*Braukstiepe:* Gegen Brüllen kommt auch keiner mehr an!)

Vor allen Dingen muß man dafür sorgen, daß Eintrittskarten nicht an diese Kerle gelangen. Aber immer wieder entdeckt man, daß sie doch 50 und mehr Eintrittskarten haben. Irgendwo haben sie die doch hergekriegt. (*Amrehn:* Und gefälschte!)

Meine Damen und Herren! Wir werden den ganzen Sommer damit zu tun haben. Ich halte viel davon – alles andere ist ungewiß –, wenn wir eigene Leute haben, die einfach da sind. Der Schulhoff³⁰ hat so einen Kerl, der Flugblätter verteilen wollte, um den Arm geschlagen, daß alles herumgefollert ist. Das ist ein alter Herr. Ich weiß nicht, wie alt er ist. (*Zuruf:* Über 70!) Über 70! Also, zu dem Thema nichts mehr! Was gibt es zum Punkt „Verschiedenes“? (*Heck:* Nichts besonderes!)

Dann würde ich um Ihr Verständnis dafür bitten, daß ich bei den anderen Punkten der Tagesordnung heute nicht mehr dabei bin. Meine Meinung dazu habe ich gesagt und auch meine Mitwirkung erbracht, so daß ich mich heute noch meinem sonstigen Programm widmen kann.

Ich habe nur eine Bitte. Wir sind ein bißchen dünn vertreten über die Wochenenden. Ich habe mich nun Wochenende für Wochenende eingesetzt. Die SPD schafft überall Gelegenheiten, wovon das Fernsehen Notiz nehmen muß. Bei Wahlversammlungen geschieht das ja nicht. Sie macht irgendeine SPD-Konferenz zu dieser oder jener Frage. Dann kommt das Fernsehen und nimmt Notiz davon. Ich möchte noch einmal darum bitten, dafür zu sorgen, daß wir erscheinen. Ich weiß nicht, wer überhaupt an diesem Wochenende von uns erscheint. (*Stingl:* Herr Bundeskanzler, so ist es nicht. Ich habe mich vorige Woche, als Herr Wehner die Grenzlandschau eröffnete³¹, dazwischenge-drängt. Wir versuchen schon etwas! – *Lebhafte Unruhe.*) Was heißt das? Haben Sie etwas gesagt? (*Stingl:* Die haben mich gebracht!)

Nun gut, das soll ja anerkannt werden. Wir sind aber nach wie vor zu wenig in Bonn. Ich bekomme ja jede Woche eine genaue Darstellung. Da sind wir einfach zu wenig, meine Herren! Ich kann das nicht alles bestreiten. Deswegen müssen wir jede Sache wahrnehmen, bei der das Fernsehen Notiz nehmen muß. Von gewöhnlichen Wahlversammlungen nimmt es aber keine Notiz. Bei der Gelegenheit kommen wir weg von den Abendversammlungen. Die Abendversammlungen mit der sogenannten Prominenz nützen ja nichts – außer bei den betreffenden Leuten –, denn davon kommt weder etwas ins Fernsehen noch in die Zeitung; denn es ist fast immer zu spät für die Presse und das Fernsehen. (*Hange:* Die Lokalzeitungen bringen etwas.) Die Lokalzeitungen sind etwas

30 Georg Schulhoff (1898–1990), Diplom-Ingenieur; 1948–1985 Präsident der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf, 1950–1954, 5.–12. Juli 1958 und 22. Februar bis 20. Juli 1962 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1961–1972 MdB.

31 Wehner sprach am 15. Juni 1969 vor DDR-Flüchtlingen, die aus verschiedenen Teilen Nordrhein-Westfalens zu einer Kundgebung in Helmstedt gekommen waren, vgl. dpa vom 15. Juni 1969 „Wehner: Machthaber in der DDR wollen Spaltung vertiefen“.

anderes. Ich meine jetzt die großen Zeitungen. Wir sollten uns also für diese Dinge so viel Zeit wie möglich machen.

Wir sollten also, Herr Dr. Heck, zusehen, daß wir selber solche Gelegenheiten schaffen. Das könnten wir gegenüber dem, was bisher geschehen ist, noch etwas steigern. Ich fürchte sonst, die lassen uns nicht zu Atem kommen. Die SPD hat da einen großen Feldzugsplan gemacht. Und wenn der Bundespräsident noch dazukommt, dann ist es nicht gerade sehr schön.

Meine Damen und Herren! Ich darf mich nun von Ihnen verabschieden.

Heck: Wir kommen zum Punkt 1 der Tagesordnung:

WAHLPROGRAMM DER CDU

Ich darf einleitend folgendes sagen: Sie haben alle das Wahlprogramm der SPD und der FDP zur Kenntnis bekommen.³² Wir haben unser Wahlprogramm dem Inhalt und der Form nach ganz bewußt von den bisher erschienenen Programmen der SPD und der FDP abgesetzt, weil unsere ganze Kampagne völlig anders angelegt ist wie die der SPD. Die SPD macht einen langfristigen Reklamefeldzug mit allen möglichen, im Grunde genommen aber fremden Autoritäten für sich.

Wir haben uns von vornherein auf einen kurzen Wahlkampf festgelegt, der die letzten sechs Wochen ausfüllen soll. Wir haben auch die Anzeigenkampagne, in der die Leute bemüht sind, der SPD zu bestätigen, daß die SPD eine anständige Partei ist, nicht überbewertet, aber wir waren doch der Meinung, daß wir die Zeitungsanzeigen sechs oder sieben Monate vor der Kampagne nicht ausschließlich der SPD überlassen dürfen. Wir haben deswegen eine kurze Anzeigenkampagne angelegt, um den 23. Mai herum, mit der Überlegung, daß im Rundfunk, Fernsehen und in der Presse, auch in den Wochenzeitungen und Illustrierten, über „Zwanzig Jahre Grundgesetz und Zwanzig Jahre Bundesrepublik Deutschland“ berichtet wird. Wir glaubten, daß es sehr nützlich ist, nun mit einer kleinen Anzeigenkampagne das, was an Leistungen publizistisch dem Volke vor Augen geführt wird, an unsere Fahnen zu heften. Die erste Anzeigenkampagne ist mit dem 17. Juni ausgelaufen. Das hat sich sehr günstig getroffen. Der Bundeskanzler ist mit seinem „Bericht zur Lage der Nation“ im Fernsehen, im Rundfunk und auch in der Presse sehr breit erschienen.

Wir sind jetzt dabei, um den Anschluß zu bekommen, zu unserer ursprünglich geplanten und auch beibehaltenen Anzeigenkampagne zehn weitere Anzeigen in einem gewissen Abstand zu bringen. Es sind wiederum Anzeigen, die im Grunde genommen

32 „Sicher in die 70er Jahre. CDU 1969–1973. Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands“. – „Entschlossen die Zukunft sichern. CSU-Wahlkampfprogramm 1969“. – „Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1969. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der SPD am 17. April 1969 in Bad Godesberg“. – „Praktische Politik in Deutschland. Das Konzept der F.D.P., verabschiedet vom 20. Ordentlichen Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei am 25. Juni 1969 in Nürnberg“. – Alle Programme in ACDP Dokumentation 17/05.

der Bevölkerung die Alternative zwischen uns und den Sozialdemokraten deutlich machen sollen, und zwar in wesentlichen Punkten dieses unseres Wahlprogramms.

Dieses Wahlprogramm stützt sich seiner Aussage nach völlig ab auf das Berliner Programm. Es ist erheblich kürzer gefaßt. Wir legen großen Wert darauf, wesentlich kürzer auszukommen. Wir haben jegliches Deklamieren vermieden. Wir haben das, was die Christlich-Demokratische Union bisher geleistet hat, auf ein Minimum reduziert und im übrigen auf jede Polemik verzichtet. Das Ganze ist bewußt in einem sachlichen Stil gehalten und hat nur einen einzigen Zweck, sachlich zu informieren, welches der Inhalt der Politik der CDU/CSU für die nächsten vier Jahre sein wird.

Das Programm ist zunächst zwischen mir und dem Bundeskanzler in einer sehr langen Nachtsitzung durchgesprochen worden. Ich habe das Programm dann dem Fraktionsvorsitzenden zugestellt; er selber hat auch sofort seine Stellungnahme abgegeben. Er hat dann auch noch den Arbeitskreisvorsitzenden den Entwurf zur Verfügung gestellt. Von der Seite her liegen jetzt einige Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge vor. Der Entwurf ist dann im Präsidium beraten worden. Das Präsidium hat in der Sitzung nur einzelne Änderungen formuliert, die anderen in Auftrag gegeben an die einzelnen Herren, von denen die Vorschläge gekommen sind. Diese Änderungsvorschläge liegen auch hier vor.

Ich schlage deswegen jetzt vor, daß wir – wenn nicht eine Generaldebatte gewünscht wird – gleich anfangen und Abschnitt für Abschnitt das Programm durchberaten, und zwar zunächst in der Form, daß wir die Änderungsanträge, die aus dem Präsidium gekommen sind, und die Anträge, die aus der Fraktion gekommen sind, durchsprechen, und daß wir dann in einem zweiten Durchgang das behandeln, was hier aus dem Kreis des Bundesvorstands noch an Änderungen gewünscht wird. Sind Sie damit einverstanden? (*Lebhafte Unruhe. – Stingl: Warum nicht gleich in einem Zug?*)

Ich weiß nicht, Herr Stingl, ob aus dieser Runde noch Änderungsanträge gestellt werden. Deswegen sollten wir zunächst das durcharbeiten, was hier vorliegt. Wir können dann in einem zweiten Durchgang die weiteren Anträge besprechen; aber das kann sich ja auch überschneiden. (*Anhaltende Unruhe.*) Dann rufe ich in der Präambel den 3. Abschnitt auf. Hier heißt es: „Unter der Führung von Kurt Georg Kiesinger wurde nach der außergewöhnlichen Phase des Wiederaufbaus der schwierige Übergang in eine Zeit des stetigen wirtschaftlichen Fortschritts gemeistert.“ Das Präsidium schlägt folgende Formulierung vor: „Unter der Führung von Kurt Georg Kiesinger wurde nach der Phase des stürmischen Wiederaufbaus der Übergang in eine gleichmäßige Entwicklung und ständigen wirtschaftlichen Fortschritts vollzogen.“

Ich mache darauf aufmerksam, daß das Wort „stürmischen“ im ersten Entwurf vom Bundeskanzler gestrichen worden ist, und zwar als ein ihm nicht passendes Wort. Ich selber halte das Wort „stürmischen“ auch für besser als „außergewöhnlichen“.

Ich bitte zu überlegen, ob es nicht besser ist, hier zu sagen: „eine Zeit des stetigen wirtschaftlichen Fortschrittes“ als „in eine gleichmäßige Entwicklung und ständigen wirtschaftlichen Fortschritts“.

Ich halte die erste Fassung für besser. – Herr Meyers!

Meyers: Ich bin anderer Ansicht. Ich würde nur das Wort „Phase“ durch das deutsche Wort „Zeit“ ersetzen. Ich bin der Meinung, man sollte hier möglichst viele deutsche Worte gebrauchen, damit auch der einfache Mann auf der Straße das Ganze versteht. Die Politiker wissen es zwar, aber es müssen alle Leute verstehen. Ich finde sonst die neue Fassung für besser. Insbesondere halte ich das Wort „stürmischen“ für eine Verbesserung.

Heck: Es würde dann heißen: „... nach einem stürmischen Wiederaufbau ...“ (*Meyers:* „Nach der Zeit des stürmischen Wiederaufbaus!“) Die Formulierung „... des stürmischen Wiederaufbaus der Übergang in eine gleichmäßige Entwicklung und ständigen wirtschaftlichen Fortschritts“ ist ein bißchen holprig für meine Begriffe.

Kraske: Weil es einmal „eine“ heißt und dann der Artikel fehlt. (*Dufhues:* „Der Übergang zu einem ständigen wirtschaftlichen Fortschritt vollzogen ist.“) „Die gleichmäßige Entwicklung“ kann man weglassen und sagen „in einen ständigen wirtschaftlichen Fortschritt“. Jede Kürzung ist willkommen. (*Schmücker:* Das Wesentliche ist die gleichmäßige Entwicklung gegenüber der stürmischen.) „In einem gleichmäßigen ...“ (*Dufhues:* „Soliden und ständigen wirtschaftlichen Fortschritt“.)

Heck: Es ist natürlich schwierig, jetzt mit den Formulierungen anzufangen. Vielleicht können wir aber so sagen: „Unter der Führung von Kurt Georg Kiesinger wurde nach der Zeit des stürmischen Wiederaufbaus der Übergang in einen gleichmäßigen wirtschaftlichen Fortschritt vollzogen.“ (*Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Kann man nicht „gleichmäßig und ständig“ durch das Wort „stetig“ zusammenfassen, und zwar zuerst „stürmischen“ und dann „stetig“? Also: „der Übergang in einen stetigen wirtschaftlichen Fortschritt“. Das ist genau sachlich richtig.

Heck: Jetzt sind wir wieder bei der Urfassung gelandet. (*Heiterkeit und sehr starke Unruhe.*) Abschnitt 4! – Herr Kraske!

Kraske: Wir kommen jetzt zum Absatz 4. Das Präsidium bittet, in der 3. Zeile nicht „ihrer Regierung“, sondern „ihrer Regierungsverantwortung“ zu sagen. (*Stingl:* Das haben wir nicht schriftlich vorliegen! – *Starke Unruhe.* – *Lemke:* Muß die Formulierung „gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien“ drinbleiben?)

Heck: Das ist ganz bewußt abgesetzt gegenüber der Haltung der SPD, die alle anderen überhaupt nicht gelten läßt. (*Starke Unruhe.*) Ich bitte um Ruhe!

Wir sind der Meinung, daß das gesagt werden muß, und zwar speziell für die Presse, die das ja für die Bevölkerung kommentiert. Das liest doch die Bevölkerung nicht. Das wird von der Presse kommentiert. Es kommt darauf an, wie es von ihr aufgenommen wird. Wenn Sie das Programm der SPD lesen, dann ist diese pharisäische Selbstgerechtigkeit geradezu widerlich. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr Dr. Barzel!

Barzel: Man sollte einmal versuchen, den ersten Absatz so zu lesen, als müsse man ihn deklamieren. Er ist für mein Sprachgefühl nicht ganz in Ordnung: „Die Bundesrepublik Deutschland ist unter der Führung von Konrad Adenauer als freiheitlicher Rechtsstaat aufgebaut und Mitglied der freien Völker geworden.“

Dieser Satz sollte bei keinem ein Stolpern verursachen. Ich meine: „wurde aufgebaut und ist Mitglied der Gemeinschaft geworden“. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Man kann nur sagen: „wurde und ist“; es geht nicht anders. (*Lemke:* In der Ziffer 24 des Berliner Programms steht auch „freiheitlicher sozialer Rechtsstaat“. Wir sollten auch hier „sozialer“ einfügen.)

Kraske: Im nächsten Absatz heißt es: „Soziale Marktwirtschaft“. (*Lemke:* Das ist nur ein kleiner Teil.) Es ist so, daß es im ersten Absatz um die äußere Staatskonstruktion geht, während es im zweiten Teil um die Innen- und Gesellschaftspolitik geht. Hier wird „sozialer“ gesagt.

Heck: Ich würde auch sagen: „Die Bundesrepublik Deutschland wurde unter der Führung von Konrad Adenauer als freiheitlicher Rechtsstaat aufgebaut und ist Mitglied der Gemeinschaft der freien Völker geworden.“

Barzel: Ich glaube, daß dieser Bundesvorstand kaum mehr redigieren kann. Wir werden uns wohl darüber verständigen müssen: Wenn etwas nicht schön ist, dann versuchen wir, es in der Formulierung besser zu machen. Ich glaube, weiter kann der Bundesvorstand nicht gehen; denn wir haben volles Vertrauen zu den Herren, die das gemacht haben. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Gut! Ich rufe auf I. Abschnitt 1, Absatz 2. – Herr Dr. Kraske!

Kraske: Ich darf Ihnen einen generellen Änderungsvorschlag des Präsidiums vortragen, der Ihnen nicht schriftlich vorliegt. Im 2. Abschnitt hieß es: „Wir sind bereit, die Spannungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands abzubauen.“ Das Präsidium ist der Meinung, das kann keine Frage der Bereitschaft sein, sondern es muß der Wille bleiben. Hier soll es also heißen: „Wir wollen die Spannungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands abbauen. Wir sind bereit, darüber mit den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands zu sprechen.“

Heck: Einverstanden! Dann zum Absatz 4! Hier liegt ein Änderungsvorschlag von Herrn Dufhues vor: „Wir haben nicht das Recht und sind nicht gewillt, die ‚DDR‘ anzuerkennen. Ihre Anerkennung schafft keinen Frieden. Friede und Gerechtigkeit sind untrennbar usw. ...“ (*Schwarzhaupt:* Ich halte den Text der ursprünglichen Fassung für besser.) Frau Schwarzhaupt hält den Text der ersten Fassung für besser. – Herr Dufhues!

Dufhues: Dagegen hatte auch der Herr Bundeskanzler mit Recht Bedenken, denn diese These ist sehr schwach. Sie schafft überhaupt keinen Frieden. Zum zweiten wird hier unterstellt, daß wir es dürfen. Wir dürfen es nicht. Das verstößt gegen das Grundgesetz. Wir sollten dieses Recht beachten. Wir sollten aber auch erklären, daß wir es nicht wollen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Herr Amrehn!

Amrehn: Ich habe eine Frage, in welchem Umfange gehen wir zu einem anderen Sprachgebrauch über? Ich war etwas überrascht; denn in dem Entwurf, der uns geschickt worden ist, steht die DDR ohne Anführungszeichen. Mir ist aufgefallen, daß der Bundeskanzler im Bundestag den Sprachgebrauch DDR ohne Gänsefüßchen übernommen hat. Mir ist kein Beschluß bekannt und auch keine Meinungsänderung, die das bestätigt. (*Dufhues:* Hier gibt es sie.) Ich möchte aber doch, weil das so stillschweigend geschehen ist, die Sache ansprechen, weil da so ein leise vollzogener Übergang auch

bei uns sichtbar wird, der doch intellektuell eine Annäherung bedeutet, diese Leute wenigstens – wie es immer so schön heißt – mit ihrem Namen anzusprechen, um sie nicht zu kränken.

Ich möchte das hier doch ausgesprochen haben, weil es ursprünglich ohne Gänsefüßchen dasteht, wenn auch Herr Dufhues sie jetzt wieder setzt, was aber nicht näher erläutert worden ist.

Heck: Das ist schon eine Sache, die der Überlegung wert ist. Der allgemeine politische Sprachgebrauch im Parlament, und zwar von allen drei Parteien, lautet gleich. Es wird nicht mehr von der sogenannten DDR gesprochen.

Dufhues: Unlängst sprach der Herr Bundeskanzler vom anderen Teil Deutschlands. Wir sind der Meinung, in unserem Programm sollten wir sehr klar sein und die Führungszeichen machen.

Heck: Darf ich feststellen, daß die Meinung der Mehrheit für die Fassung von Herrn Dufhues ist, nämlich mit Führungszeichen. (*Starke anhaltende Unruhe.*) Darf ich nochmals um Ruhe bitten. Es hat doch keinen Zweck, wenn hier dauernd durcheinander gesprochen wird. Meine Damen und Herren! So geht es ja nicht. Es hat wirklich keinen Wert, wenn wir durcheinander sprechen, Herr Kraske. Jeder muß sich zu Wort melden, und dann bekommt er das Wort.

Es ist noch ein Änderungsvorschlag da von Herrn Schröder, nämlich anstelle des Wortes „besiegeln“ nunmehr „vertiefen“ zu sagen. – Herr Amrehn!

Amrehn: „Vertiefen“ ist ein Ausdruck, den wir 20 Jahre lang gebraucht haben, und der abgegriffen ist. „Besiegeln“ ist die Neueinführung eines Begriffes. Er ist ein viel stärkerer Ausdruck dessen, was da geschieht. Ich halte also „besiegeln“ für besser.

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Ich finde, daß das Wort „besiegeln“ nicht nur dem allgemeinen Sprachempfinden entspricht, sondern auch dem ursprünglichen Wortsinne nach genau das bezeichnet, was durch die Anerkennung geschieht, daß wir nämlich unser Siegel unter die Teilungsurkunde setzen. Darum sollte man es stehenlassen.

Heck: Es bleibt also bei „besiegeln“? (*Zurufe:* Ja!) Dann kommt Absatz 5. Hier heißt es: „Die Rechte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge werden wir weiterhin vertreten.“

Der Änderungsvorschlag des Präsidiums lautet: „Die Rechte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge werden wir unverändert vertreten; sie einzugliedern, bleibt unsere Aufgabe.“ – Herr Stingl!

Stingl: Das ist eine alte Auseinandersetzung wegen des Semikolons. Ich bin auch für die Eingliederung, aber durch das Semikolon könnte der Eindruck entstehen, daß die Rechte für die Eingliederung erledigt sind. Wir sollten hier wie im Berliner Programm sagen: „Die Rechte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge werden wir unverändert vertreten. Sie einzugliedern, bleibt unsere Aufgabe.“

Heck: Herr von Hassel!

Von Hassel: Wir haben die Formulierung vom Berliner Programm nicht übernommen, weil sie zu kompliziert ist. Man könnte sagen: „Wir werden die Heimatvertriebe-

nen und Flüchtlinge eingliedern, um ihre Rechte unverändert zu vertreten.“ Das heißt also, nach der Eingliederung sind die Rechte nicht erledigt, sondern sie werden aufrechterhalten. (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Das ist eine prinzipielle Frage. Wir haben ganz bewußt das Berliner Programm nicht abgeschrieben. Im Berliner Programm ist sehr viel ausgesagt, was hier im Grunde genommen keinen Platz hat, weil hier das gesagt werden soll, was wir tun. Wenn wir anfangen, alles das, was an deklamierenden Aussagen schön ist, einzubauen, dann müssen wir es eigentlich generell machen, weil wir sonst den Charakter des Programms auf den Kopf stellen. – Herr Dr. Klepsch!

Klepsch: Ich möchte folgenden Antrag stellen: „Die Rechte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge werden unverändert vertreten.“ (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Herr Dr. Fricke!

Fricke: Ich darf hinzufügen, es ist doch selbstverständlich, daß wir die Rechte der Heimatvertriebenen unverändert vertreten wollen. Die Rückgliederung und die echten Ansprüche, eingegliedert zu werden, sind doch darin enthalten. Ich halte auch die Kurzfassung für die beste. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Also „unverändert vertreten“! Der Zusatz wird gestrichen. (*Zurufe:* Ja!) – Herr Kraske!

Kraske: Das Präsidium hatte noch den Wunsch, im Absatz 6, der beginnt: „Wir suchen Verständigung“ in der 3. Zeile das Wort „aber“ zu streichen. Der Satz soll also beginnen: „Die deutsche Ostgrenze ...“ (*Zurufe:* Sehr gut!)

Heck: Herr Amrehn!

Amrehn: Hier steht „dies gilt auch für Polen“. Ist es nicht besser, wenn man hier sagt: „besonders für Polen“. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Es war so gedacht, Polen nennt man *expressis verbis*, weil die deutsche Ostgrenze genannt wird. – Herr Stingl!

Stingl: Ich halte es für richtig, „Polen“ stehen zu lassen. Nur gegenüber Polen gibt es Grenzprobleme. Gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern gibt es zwar Probleme, aber keine Grenzprobleme. Deshalb muß man Polen schon gesondert nennen. (*Amrehn:* Einverstanden! – *Lemke:* Sie haben Ostpreußen vergessen!) Nach unseren Begriffen nur gegenüber Polen! (*Lemke:* Auch gegenüber Rußland! – *Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Ich darf nochmals um Ruhe bitten. Sie müssen sich zu Wort melden. So kommen wir doch nicht weiter. Das Wort hat zur Zeit Herr Stingl.

Stingl: Wollen Sie Stalingrad mit hineinnehmen? Wir haben keine gemeinsamen Grenzen mit Rußland. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Wir wollen uns an den Satz von Herrn Barzel halten und versuchen, eine Formulierung zu finden. Wir wollen Polen nennen, ohne daß wir jemand diskriminieren oder bevorzugen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Absatz 3! (*Barzel:* Herr Heck, ich habe zu 2 eine Bitte.) Wir wollen so verfahren, daß wir zunächst die vorliegenden Anträge durchberaten und dann in einem zweiten Arbeitsgang die Anträge, die hier aus den Reihen kommen. (*Meyers:* Eben ist gesagt worden, warum soll man es zweimal machen, wenn man es in einem Zug erledigen

kann.) Es wurde aber zugunsten des ersten Durchganges entschieden. (*Meyers*: Nach meiner Meinung wurde zugunsten des zweiten Verfahrens entschieden. – *Sehr starke Unruhe*.) Ich bitte um Ruhe! – Herr Meyers!

Meyers: In der Ziffer 2 zweiter Satz heißt es: „Wir wollen in den nächsten Jahren eine gemeinsame Politik für Wirtschaft und Währung, für Wissenschaft und Forschung, für Entwicklungshilfe und eine fortschreitende Angleichung der Sozialpolitik verwirklichen.“

Das ist einmal ein Herausfallen aus der Konstruktion, zum anderen möchte ich wissen, was eine fortschreitende Angleichung der Sozialpolitik ist. (*Starke Unruhe*.)

Heck: Das ist ein Vorschlag, der von der Kommission kommt, die unter dem Vorsitz von Hallstein getagt hat, also von den ersten Experten Europas. Die sind hier am Werk gewesen. Im übrigen ist das auch in den Römischen Verträgen im Art. 54 vorgesehen. (*Starke Unruhe*.) – Herr Dr. Barzel!

Barzel: Man kann doch einfach und schlicht sagen: „Wir wollen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ... erweitern“. (*Anhaltende Unruhe*.)

Heck: Einverstanden! – Herr Kraske!

Kraske: Das Präsidium bittet einstimmig, insbesondere auch auf den Wunsch des Herrn Bundeskanzlers, im nächsten Absatz die Worte „insbesondere der deutsch-französischen Zusammenarbeit“ zu streichen, so daß es heißt: „Diese Einigung bleibt die große Aufgabe der europäischen Völker.“ (*Dufhues*: Ich möchte dringend darum bitten, es so zu belassen, wie es hier steht.)

Heck: Ich wundere mich eigentlich, denn es ist auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Bundeskanzlers hineingekommen.

Kraske: Das war eine Reaktion auf die jüngste Rede von Herrn Pompidou.³³ Zweitens habe ich es so verstanden, daß wir den Italienern, den Holländern, den Belgiern, den Luxemburgern, den Engländern und anderen Beitrittswilligen nicht sehr viel Freude machen, wenn wir die deutsch-französische Zusammenarbeit ausdrücklich als Kern der europäischen Einigung darstellen. Die wollen natürlich nicht so sehr um die Achse Paris-Bonn herumgruppiert sein.

Heck: Ich muß Ihnen hier etwas widersprechen. Bei allen Konferenzen gab es immer einen heimlichen Kampf um die Interpretation des deutsch-französischen Vertrages.³⁴ Wir haben diesen Vertrag ausgesprochen europäisch interpretiert. Die gesamte Zielsetzung des Vertrages begründet die deutsch-französische Zusammenarbeit. Sie ist das A und O, das Fundament, daß Europa überhaupt zustande kommen kann, während die Franzosen von sich aus immer restriktiv waren. Die haben immer eine Politik ange-

33 Der Präsidentschaftskandidat der Gaullisten, Georges Pompidou, hatte sich in Reden vorsichtig von der Politik de Gaulles distanziert, vgl. FAZ vom 24. Mai 1969 „Jetzt Auseinandersetzungen um die Außenpolitik de Gaulles“. – Kiesinger war in die Kritik geraten, weil er Sympathien für den französischen Interims-Präsidenten Alain Poher geäußert hatte, vgl. „Welt“ vom 5. Juni 1969 „Harte Kritik an Kiesinger. Sympathie-Erklärung für Poher“. – Pompidou war im zweiten Wahlgang am 15. Juni 1969 zum Präsidenten gewählt worden.

34 Vom 22. Januar 1963. Vgl. Nr. 11 Anm. 10.

strebt, wonach eine deutsch-französische Führung Europas zustande kommen soll. Also, von der Seite her würden wir etwas zurückgehen, was den Franzosen keinen Kummer macht, (*Lebhafte Unruhe.*) sondern eigentlich nur Freude. – Herr Kraske!

Kraske: Wir gehen mit dieser Formulierung immer ein Stück über das Berliner Programm hinaus. Im Berliner Programm heißt es in der Ziffer 9: „Bei der Einigung kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit hohe Bedeutung zu.“

Ich glaube, das ist nicht ganz so stark wie „insbesondere der deutsch-französischen Zusammenarbeit“.

Heck: Frau Brauksiepe!

Brauksiepe: Es könnte jemand auf den Gedanken kommen, daß in der Woche der Regierungsübernahme durch Pompidou dies gestrichen wird. Das würde denen, die uns nicht gut gesonnen sind, eine Auslegung zulassen, die mir keinen Spaß macht. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Herr Barzel!

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, in der deutsch-französischen Verständigung ist in den nächsten vier Jahren nicht besonders viel drin. Wenn die Worte „deutsch-französische Zusammenarbeit“ überhaupt nicht vorkommen, wird jeder kundige Betrachter das als das erste festhalten. (*Starke Unruhe.*) Was im Berliner Programm steht, ist doch gut. Das Wort muß also hinein.

Heck: Dann übernehmen wir einfach als letzten Satz den ersten Satz von Ziffer 9 des Berliner Programms.

Kraske: Darin kommt zweimal „Einigung“ vor. Man kann auch sagen: „Diese Einigung bleibt die große Aufgabe der europäischen Völker. Der deutsch-französischen Zusammenarbeit kommt dabei hohe Bedeutung zu.“

Heck: Herr Stingl!

Stingl: Wir wollen eine europäische Friedensordnung. Sollten wir nicht einmal das Volksgruppenrecht von der CDU aus ansprechen?

Heck: Herr Klepsch!

Klepsch: Das wird alles abgedeckt durch den schönen Satz, daß wir unverändert alle Rechte der Heimatvertriebenen vertreten. (*Stingl:* Die Volksgruppenrechte gehen nicht auf die Vertriebenen, sondern sie gelten beispielsweise zwischen den Tschechen und Slowaken, zwischen Polen und Tschechen. – *Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Darf ich nochmals um Ruhe bitten. – Herr Barzel!

Barzel: Alle diejenigen, die darüber verantwortlich für die Fraktion im Bundestag reden müssen, wissen, wie kompliziert es ist, hier eine gute Formulierung zu finden. Wir haben uns schon einmal drei Stunden lang mit den Freunden aus der Arbeitsgruppe unterhalten. Es ist wirklich sehr kompliziert. Die Öffentlichkeit weiß, daß wir unter Friedensordnung auch das Volksgruppenrecht meinen. Die Öffentlichkeit weiß auch, daß wir, wenn wir für die Aussöhnung mit Polen sprechen, an die eine Million Menschen denken, die dort wohnen. Das hier aber so zu formulieren, ist wirklich nicht möglich. (*Lemke:* Es gehört auch nicht hierher! – *Unruhe.*)

Heck: Dann kommen wir zur Ziffer 3. Hier werden vom Präsidium einige Änderungen vorgeschlagen. Hier soll das, was zum Thema Bundeswehr im Rahmen der NATO aufgeführt ist, und das, was im Abschnitt VI – Freiheit, Rechte und Ordnung – gesagt ist, zusammengezogen und nach vorne genommen werden. (*Lebhafte Unruhe.*)

Es ist ein schwieriges Problem. Es wirkt auch hier ein bißchen fremd, so die Einzelheiten über die Bundeswehr zu bringen. Hier kann man dieser oder jener Meinung sein.

Ich frage deshalb zunächst einmal, soll man die beiden Abschnitte – das ist die Auffassung des Präsidiums – zusammenfassen? (*Zurufe:* Ja! – *Amrhein:* Ich hatte es zuerst vermißt, aber dann unter Ziffer 30 gefunden. Es geht den anderen Lesern auch so!)

Nun kommen folgende Änderungsvorschläge: Die Abschnitte 1 bis 4 bleiben. Es wird dann ein 5. Abschnitt vorgeschlagen: „Verteidigungswille und Verteidigungsbereitschaft in unserem Lande müssen gestärkt werden.“ (*Zurufe:* Sehr gut!) Keine Bedenken. In dem Absatz „Wir werden die Bundeswehr personell und sachlich so ausrüsten ...“ soll das Wort „sachlich“ durch „materiell“ ersetzt werden. (*Meyers:* Das ist wieder ein Fremdwort!) Sie sind einverstanden!

Dann folgt folgender neuer Absatz: „Wir halten an der Wehrpflicht fest. Die jungen Menschen, die ihren Wehrdienst ableisten, müssen in materieller und ideeller Weise gefördert werden.“ Hier ist zu überlegen, ob wir das für die nächste Legislaturperiode sagen sollten. Wir waren der Meinung, bei der Frage „Berufsheer und allgemeine Wehrpflicht“ sollten wir eine Formulierung vermeiden, die das andere unmöglich macht. (*Anhaltende Unruhe.*) – Herr Meyers!

Meyers: Wir können doch nur rebus sic stantibus ausgehen. Da haben wir die jetzige Bundeswehr. Aber wenn das einmal ein Berufsheer wird, ergeben sich ganz andere Probleme. (*Starke Unruhe.*) Wenn die jungen Leute ihr Abitur gemacht haben, machen sie ihren Soldatendienst. Dann kommen sie an die Universität und werden nicht aufgenommen. Ich habe mich für solche Leute eingesetzt. Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen sagte mir: Wir haben nur 40 Stellen. Dabei waren 30 Leute, die von der Bundeswehr kamen. Davon haben nur zwei eine Stelle bekommen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Das ist eine so schlechte Sache, daß wir hierfür im Wege der Gesetzgebung etwas tun müssen, damit diese Leute über die Zeit der Bundeswehr hinaus, wenn nicht genügend Stellen vorhanden sind, nicht geschädigt werden. Für diese Leute wäre es gut, wenn wir es drin ließen.

Heck: Sollen wir expressis verbis sagen: „Wir halten an der Wehrpflicht fest“?

Schwarzhaupt: Ich bin dagegen. Das klingt mir zu programmatisch. Wir können sagen: „Wir halten die Wehrpflicht für notwendig.“ (*Starke Unruhe.*)

Heck: Herr Klepsch!

Klepsch: Wir könnten sagen: „Wir halten daher an der Wehrpflicht fest“, dann orientiert sich das an dem vorhergehenden Satz, daß nämlich der Verteidigungsauftrag optimal erfüllt werden soll. (*Starke Unruhe.*) Ich glaube auch nicht, daß in absehbarer Zeit die Wehrpflicht geändert wird.

Dann taucht im nächsten Satz etwas auf, womit wir nicht einverstanden sind, was sich auch nicht aufrechterhalten läßt. Dort heißt es: „Ein Höchstmaß an Wehrgerechtig-

keit ist durch Vergünstigungen für die Wehrpflichtigen herauszustellen.“ Ich bitte Sie herzlich, die Worte „durch Vergünstigungen für die Wehrpflichtigen“ zu streichen und zu sagen: „Ein Höchstmaß an Wehrgerechtigkeit ist herzustellen.“

Was im einzelnen passiert, wird noch geprüft. Bei diesen Vergünstigungen für die Wehrpflichtigen spielten die Steuergutscheine eine Rolle, was aber mittlerweile vom Finanzministerium zu Grabe getragen worden ist, nachdem Minister Strauß in der Fraktion erklärt hat, wir sollten uns hier nicht so einseitig festlegen, die Wehrabgabe auszuspielen. Die Worte „durch Vergünstigungen für die Wehrpflichtigen“ können hier ohne weiteres gestrichen werden, weil oben steht, daß sie in materieller und ideeller Weise gefördert werden. (*Dufhues*: Ist dieser Satz notwendig, Herr Kraske?)

Kraske: Wir halten an der Wehrpflicht fest! Ich glaube, wir müssen darüber eine Aussage machen; denn die SPD wie insbesondere die FDP wird in den Wahlkampf ziehen mit der Verkürzung der Wehrpflicht. Wir werden dagegen nur argumentieren können, daß wir uns das in der Präsenzstrategie und auch materiell nicht leisten können. Deswegen, so meine ich, sollte es hier drin stehen, zumal oben drüber steht, daß dies ein Programm für die Jahre 1969 bis 1973 ist. Wir werden bis 1973 bestimmt nicht auf die Wehrpflicht verzichten können. Herr Klepsch, ich gestehe, daß ich hier mehr meine eigene als eine festgefügte Meinung der CDU oder der Fraktion vertrete. Ich halte es für wichtig, daß wir uns hier ganz klar für Vergünstigungen aussprechen. Ich glaube nicht, daß wir mit der Wehrsteuer durchkommen. Ich bin nicht so pessimistisch wie Sie, daß das bei Strauß bereits zu Grabe getragen wäre. Ich glaube, im Gegenteil, man wird sich endlich im Finanzministerium damit anfreunden, weil man sieht, daß man die Problematik nicht nur mit der Reichshaushaltsordnung oder solchen alten Sachen lösen kann.

Im übrigen haben wir das, Herr Dr. Klepsch, was Sie vorschlagen, in unserem Rednerdienst über die Sicherheitspolitik schon drin, nämlich die offene Frage, entweder so oder so. Herr Dr. Heck hat in diesen Tagen bereits den ersten Protestbrief bekommen, daß dies eine richtige Wischivaschi-Erklärung wäre, daß uns das draußen nicht abgenommen würde, und daß wir ganz klar sagen müßten, was wir nun unter Wehrgerechtigkeit verstehen, das eine oder das andere.

Heck: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Ich wollte das sagen, was Herr Kraske gesagt hat.

Heck: Herr von Hassel!

Von Hassel: Ich bin der Meinung, daß Herr Kraske recht hat. Ich möchte nur bitten, daß man es bei der Formulierung „Wir halten an der Wehrpflicht fest“ beläßt und nicht sagt „daher“; denn „daher“ nimmt Bezug auf den Vorsatz. Und das ist nicht richtig. Es hat nichts miteinander zu tun.

Barzel: Frau Schwarzhaupt hat einen klugen Hinweis gemacht, nämlich zu sagen „Die Wehrpflicht ist notwendig“. Das ist eine bessere Aussage als „Wir halten daran fest“. Das ist zu apodiktisch. Wir sollten sagen: „Sie ist notwendig“.

Von Hassel: Herr Kollege Barzel, sie ist nicht nur notwendig, sondern ich glaube, daß ein freiheitlicher Rechtsstaat auch die junge Mannschaft dazu verpflichten muß, eine Zeit ihres Lebens für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Deshalb bin ich der

Meinung, daß es eine Pflicht ist und nicht nur eine Frage, wie ich die Streitkräfte auffülle.

Heck: Das kann man unter der Aussage verstehen: „Wir halten die Wehrpflicht für notwendig“. (*Von Hassel:* Für notwendig, aber d. h. nicht, wie wir die Soldaten kriegen. – *Sehr starke Unruhe.*) – Frau Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Das war in den fünfziger Jahren so, als wir begannen, Streitkräfte aufzustellen. Da haben wir demokratische Argumente angeführt und gesagt: Die Wehrpflicht ist notwendig. – Ob das für alle Zeiten bleibt, weiß ich nicht. (*Anhaltende Unruhe.* – *Zuruf:* Vier Jahre!)

Heck: Es sind zwei Auffassungen, die sich hier gegenüberstehen. Ich möchte hier eine Entscheidung herbeiführen und die Sache nicht der Redaktion überlassen. Wer der Auffassung ist, daß es so bleibt, wie es jetzt ist, „Wir halten an der Wehrpflicht fest“, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – (*Amrehn:* Ich meine, Sie sollten nicht einfach „die Gegenprobe“ sagen, sondern, wer ist für den Vorschlag von Barzel? – Der ist doch gemeint!) Ja! Wer ist für den Vorschlag von Barzel? Das sind sieben. Die Mehrheit ist für „notwendig“. Es heißt also: „Die allgemeine Wehrpflicht ist notwendig.“ (*Starke Unruhe.*)

Klepsch: Ich mache einen Vermittlungsvorschlag. Streichen wir doch den Satz „Ein Höchstmaß ... ist herzustellen“. Alles das, was in ihm ausgesagt ist, ist [in] den beiden vorhergehenden Sätzen enthalten.

Schwarzhaupt: Die Vergünstigungen minimalisieren das eigentlich in „kleine Münzen“. Deshalb würde ich nur „Wehrgerechtigkeit“ sagen und die Vergünstigungen nicht nennen, obwohl man daran denkt.

Meyers: Ich schlage folgendes vor: „... müssen in materieller und ideeller Weise gefördert werden. Ein Höchstmaß an Wehrgerechtigkeit ist herzustellen.“ (*Zurufe:* Sehr gut!)

Heck: Es heißt: „Die Wehrpflicht ist notwendig. Die jungen Menschen, die ihren Wehrdienst ableisten, müssen in materieller und ideeller Weise gefördert werden. Ein Höchstmaß an Wehrgerechtigkeit ist herzustellen. Nicht zu dienen, darf keine vermeidbaren Vorteile bringen.“ (*Dufhues:* Wir können das Wort „vermeidbaren“ streichen. Das ist doch selbstverständlich.)

Für den letzten Abschnitt gibt es wiederum einen Änderungsvorschlag gegenüber dem zweiten Absatz der Ziffer 30. Es heißt hier in dem Änderungsvorschlag des Präsidiums: „Anerkannte Wehrdienstverweigerer sollen ihren Ersatzdienst sofort ableisten. Eine ausreichende Zahl von Ersatzdienstplätzen ist zu schaffen. Die Dauer des Ersatzdienstes muß berücksichtigen, daß die Wehrpflicht nicht nur die Grunddienstzeit, sondern auch Reserveübungen umfaßt.“ Ich halte den Änderungsvorschlag für besser. Sie sind einverstanden. (*Bilke:* Zivile Verteidigung bleibt doch erhalten?) Bleibt drin!

Zum Abschnitt II Ziffer 6 Absatz 3 hat die Fraktion vorgeschlagen: „Sie soll die Verschiedenheit der Begabungen individuell entwickeln, milieubedingte Hemmungen und Hindernissen abbauen.“ (*Von Hassel:* Kann man für das Wort „milieubedingt“ nicht besser „umweltbedingt“ sagen? – *Starke Unruhe.* – *Meyers:* Umwelt und Milieu sind

nicht dasselbe.) Wir werden das noch überlegen. Im übrigen stimmen Sie dem Vorschlag der Fraktion zu.

Dann kommen wir zu Ziffer 7 Absatz 2. Hier schlägt die Fraktion folgendes vor: „Wir werden die bestehenden Hochschulen weiter ausbauen.“ – Herr Meyers!

Meyers: In der vorletzten Zeile des zweiten Absatzes heißt es „an hochqualifizierten Kräften“. Ich bitte Sie, sich einmal zu überlegen, ob man sich hier ein bißchen menschlicher ausdrücken kann. Ich würde sagen, am besten ausgebildete Menschen, wobei ich Ihnen zugebe, daß das nicht dasselbe trifft wie „hochqualifizierten“.

Heck: Wir wollen von uns aus vorschlagen, das Wort „individuellen“ zu streichen. (*Zurufe:* Ja!) Dann streichen wir beides, so daß es heißt: „In einer überregionalen Hochschulplanung müssen die Studienwünsche und der Bedarf des Staates berücksichtigt werden.“ Einverstanden! (*Lemke:* Schreiben Sie in der Ziffer 9: „Die Forschungs- und Bildungspolitik“. – *Starke Unruhe.* – *Zurufe:* Was ist denn mit Ziffer 8?) Meine Damen und Herren! Ist Herr Schröder vorgestellt worden? (*Zurufe:* Nein!) Ich hatte das dem Bundeskanzler gesagt. Ich darf Ihnen Herrn Schröder³⁵ bekanntmachen. (*Beifall.*) Herr Schröder, zu den Fragen der Forschungs- und Bildungspolitik des Bundes hätte ich gern Ihre Stimme gehört.

Schröder: Aus der Sicht der CDU gibt es keine Bedenken dagegen; ich fürchte nur, daß in dieser Frage ein Einspruch unseres Kollegen Huber³⁶ kommen wird.

Lemke: Na ja, das mag sein, aber das ist doch die wichtigste Formulierung, die hier drin ist. Wir haben doch jetzt durch eine Grundgesetzänderung eine Bundesrahmenkompetenz für das allgemeine Hochschulwesen. Das ist doch Bildungspolitik. Wir müssen das hineinschreiben. Dagegen kann auch der Herr Huber nichts machen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Schröder: Herr Ministerpräsident, wir könnten vielleicht sagen: „... und die bildungspolitischen Aufgaben des Bundes ...“ Damit könnten wir Ärger vermeiden. (*Lemke:* Einverstanden!)

Heck: Es heißt jetzt: „Die Forschungspolitik und die bildungspolitischen Aufgaben des Bundes sollen in einem Ministerium zusammengefaßt werden.“

Schmücker: Bedeutet das, daß alle Forschungsinstitute der Bundesrepublik diesem einen Ministerium unterstellt werden? Ich bin dafür, aber ich mache darauf aufmerksam, das wird zu ganz erheblichen Schwierigkeiten führen. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Das wird schwierig. So wie es hier stand: „Die Forschungspolitik“, ist es verhältnismäßig einfach. Wenn man von bildungspolitischen Aufgaben spricht, ist nicht nur das mitangesprochen, sondern auch das, was im Gesundheitsministerium usw. anfällt.

35 Horst Schröder (geb. 1938), Diplom-Volkswirt; 1957 CDU, 1959–1965 Mitglied des Landesvorstands der JU und Mitglied des Kreisvorstands der CDU Hamburg-Nord, 1966–1972 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1972–1984 MdB, 1977–1983 Landesvorsitzender der Niedersächsischen Mittelstandsvereinigung.

36 Ludwig Huber.

Lemke: Darf ich unterbrechen! Wir haben in der Ziffer 26 des Berliner Programms fast wörtlich dasselbe gesagt. Dort heißt es: „Auf dem Gebiet des Bildungswesen ist zur Förderung und Koordinierung der gemeinsamen Anstrengungen der Länder ein Bundesministerium zu errichten und dem Bund eine Rahmenkompetenz zu übertragen.“ Das ist genau dasselbe. Wir sollten in einem Wahlprogramm sagen, wir wollen bildungspolitische Aufgaben für beide Bundesministerien zusammenfassen. Ob das nachher technisch möglich ist, wenn z. B. ein Landwirtschaftsminister noch ein Institut für Milchforschung hat, das interessiert uns jetzt nicht. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Ich glaube, es läßt sich elastisch interpretieren. (*Lemke:* Das meine ich auch.)

Barzel: Wenn Sie gar keine Schwierigkeiten haben wollen, dann sagen Sie „neue bildungspolitische Aufgaben“.

Heck: Frau Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Wir könnten sagen: „Aufgaben des Bundes auf dem Gebiete von Bildung und Forschung“. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Also, „Die Forschungspolitik und die neuen bildungspolitischen Aufgaben des Bundes“. (*Lemke:* Können wir nicht vorher eine Probeabstimmung machen? Ich möchte das gerne mal wissen.) Sie meinen, wir sollten abstimmen lassen darüber, wer dafür ist, daß so formuliert wird: „Die Forschungspolitik und die bildungspolitischen Aufgaben des Bundes ...“? (*Lemke:* Ja! – *Lebhafte Unruhe.*) – Herr Barzel!

Barzel: Ich möchte das, was ich gesagt habe, begründen dürfen. Ich möchte nicht in den Kampf gehen, und jeder sagt: Was habt ihr denn auf dem bildungspolitischen Gebiet gemacht? – Gar nichts! – Ich möchte dem Leser gleich sagen: Wir haben hier neue Kompetenzen. Die haben wir mühsam erstritten. Alles andere, Herr Lemke, werden Sie auf Anhieb nicht kriegen. Wenn man die Bildungsprobleme definieren muß, dann wird es schwierig. Es wurde gesagt, daß die „Schule der Nation“ dazu gehört. Dann soll der Sexual-Atlas fortgesetzt werden.³⁷ (*Starke Unruhe.*) Es geht darum, daß der Mann, der diese Forschung macht, die neuen Kompetenzen bekommt.

Lemke: Ich weiß, worum es geht, aber es ist besser, wir lassen das Adjektiv „neu“ weg. Es ist ein Ziel, das wir verfolgen müssen, daß der Bundesminister für Forschung auch für Bildung da ist. Deswegen braucht er kein Kultusminister zu werden und kein Administrativ-Minister, aber er muß die Bundeszuständigkeit – bis auf einige Institute – durchaus bei sich haben. (*Lebhafte Unruhe.* – *Barzel:* Der muß sowieso einen anderen Namen haben.)

Heck: Bei der Formulierung, die Sie vorschlagen, kommt die Erwachsenenbildung vom Innenministerium ins Forschungsministerium. (*Lemke:* Das habe ich natürlich vor!) Der Bundesjugendplan kommt auch in dieses Ministerium. (*Starke Unruhe.*) Ich bitte um Ruhe!

Zwangsläufig kommt, wenn es so formuliert wird, die außerschulische Bildung ins Forschungsministerium, sonst stimmt die Formulierung nicht. (*Anhaltende Unruhe.*)

37 Der „Sexualkundliche Atlas“ des Bundesgesundheitsministeriums für den Schulunterricht war von Käte Strobel am 10. Juni 1969 der Öffentlichkeit präsentiert worden, vgl. FAZ vom 11. Juni 1969 „Sexualaufklärung für Schüler und Erziehungsberechtigte“.

Wir können nicht von bildungspolitischen Aufgaben des Bundes schlechthin sprechen und glauben, wir könnten dann den Bundesjugendplan ausklammern. Das geht nicht. (*Lemke*: Das ist natürlich ein schlechtes Beispiel! – *Stürmische Heiterkeit*. – Ich möchte wirklich auf diesem Gebiete weiterkommen. Wir sollten abstimmen!)

Meine Damen und Herren! Sie müssen sich darüber klar sein, was dann beschlossen wird. Es gibt keine Interpretation, wenn ich von den bildungspolitischen Aufgaben spreche. (*Lemke*: Lassen Sie den Artikel weg. Dann brauchen es nicht alle zu sein! – *Heiterkeit*.) Es liegen zwei Anträge vor. Der eine lautet: „Die Forschungspolitik und bildungspolitischen Aufgaben des Bundes ...“ Der andere heißt: „Die Forschungspolitik und die neuen bildungspolitischen Aufgaben des Bundes ...“ Wer für die erste Formulierung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist für die zweite Formulierung? – Das letzte war die Mehrheit. (*Starke Unruhe*.) – Herr Schröder!

Schröder: Wir sollten die Ziffer 8 nach Möglichkeit in Übereinstimmung bringen mit den neuen hochschulpolitischen Leitsätzen. Ich würde deshalb anregen, auf den ersten Satz der Ziffer 2 der neuen hochschulpolitischen Leitsätze zurückzugreifen, wo es heißt, daß wissenschaftliche Hochschulen, Kunsthochschulen und Fachhochschulen einen gegliederten Hochschulbereich bilden. Wir haben ganz bewußt das Wort „gegliederter Schulbereich“ gewählt, um damit eine Assoziation an unser schulpolitisches Programm herzustellen.

Heck: Einverstanden! Wir werden das angleichen.

Schröder: Im zweiten Absatz der Ziffer 8 würde ich bitten, anstelle von „Wir werden“ die Worte „Wir wollen“ zu nehmen. Das „Werden“ können wir selbst dann nicht, wenn wir es wollen, weil das z. T. auch eine Angelegenheit der Hochschulselbstverwaltung ist. (*Lebhafte Unruhe*. – *Zuruf*: Warum wollen Sie es denn, wenn es nicht geht?) Anstelle des letzten Absatzes der Ziffer 8 würde ich vorschlagen, die Ziffer 23 der hochschulpolitischen Leitsätze zu nehmen: „Die Zusammensetzung der Hochschulgremien richtet sich nach ihrer Aufgabenstellung. Die Mitwirkung aller Personengruppen der Hochschule ist bei allen Organen der Selbstverwaltung ohne schematische Beteiligungsverhältnisse zu gewährleisten.“

Ich glaube, diese Aussage ist präziser. Sie schließen sonst die studentische Mitwirkung aus. (*Lemke*: Sie wollen also lieber die Ziffer 23 haben?) Ja! (*Lebhafte Unruhe und Heiterkeit*.)

Heck: Herr Bilke, Sie haben sich das notiert? (*Bilke*: Ja!)

Dann kommt der Abschnitt III. Hier hat Herr Schmücker eine Änderung vorgeschlagen, die ich für gut halte, nämlich anstelle der bisherigen Überschrift nunmehr zu sagen: „Soziale Marktwirtschaft für Stabilität, Vollbeschäftigung und Wachstum der Wirtschaft.“ Damit sind Sie einverstanden.

Dann schlägt die Fraktion zur Ziffer 10 Absatz 2 vor: Die Formulierung „eine stabile DM“ sollte ersetzt werden durch „eine der stabilsten Währungen in der Welt“. – Herr Kraske!

Kraske: Es gab dazu eine Begründung im Arbeitskreis, indem gesagt wurde, auch bei nur minimalen Preissteigerungen schreit die öffentliche Meinung gleich nach der

stabilen Mark. Hier sei also der Satz „eine der stabilsten Währungen in der Welt“ besser. Ich hätte auch nichts dagegen.

Heck: Einverstanden!

Dann folgt der 3. Absatz: „Wir wollen einen wirksamen Wettbewerb und eine ausgeglichene marktgerechte Struktur von Klein-, Mittel- und Großunternehmen.“ Hier sollen die Worte „in allen Bereichen“ eingefügt werden. Ist das in allen Bereichen möglich? Mir wurde gesagt, das sei nicht möglich. (*Schmücker:* Doch, das kann man einfügen.) Gut! Dann kommt Absatz 4: „Wir werden eine unabhängige Monopolkommission bilden, die überwachen soll, daß Unternehmenszusammenschlüsse nicht zu Wettbewerbsbeschränkungen führen.“ Hierzu gibt es einen Vorschlag des Wirtschaftsausschusses. (*Bilke:* Der hat es etwas anders formuliert.)

Schmücker: Nein, das ist falsch! Das ist kein Vorschlag des Wirtschaftsausschusses. Ich habe vorgeschlagen, den ersten Satz zu streichen und zu sagen: „Wir werden das Wettbewerbsrecht entsprechend gestalten. Unternehmenszusammenschlüsse sollen nicht zu Wettbewerbsbeschränkungen führen. Bei der Prüfung ist auch die internationale Wettbewerbssituation zu berücksichtigen.“

Wir legen uns hiermit nicht auf eine Monopolkommission fest. Der Wirtschaftsausschuß will eine Kommission zur Untersuchung von Konzentrationstendenzen, keine Monopolkommission. Der Mittelstandskreis hat diese Formulierung vorgeschlagen. Das ist der Unterschied.

Heck: Herr Bilke!

Bilke: Der Wirtschaftsausschuß hat vorgeschlagen, daß das Wort „Monopol“ gestrichen wird, und sagt jetzt: „Deswegen sind große Unternehmenszusammenschlüsse einer parlamentarischen und öffentlichen Prüfung zu unterziehen. Diese Prüfungen sollen von einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Konzentrationstendenzen, die von der Regierung einzusetzen ist, durchgeführt werden.“ (*Starke Unruhe.*)

Schmücker: Ich habe ja die Debatte mitgemacht. Niemand war da, der eine Monopolkommission haben wollte, sondern es sollte mehr eine Kommission sein zur Überprüfung der allgemeinen Verhältnisse. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Herr Etzel hat mir einen Brief geschrieben, in dem er u. a. sagt: Ich möchte Sie besonders darauf hinweisen, daß der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik in der Ziffer IV 3 sich für die Schaffung einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Konzentrationstendenzen ausgesprochen hat. (*Starke Unruhe. – Schmücker:* Ich sage das, was ich eben erklärt habe!) – Herr Barzel!

Barzel: Ich muß leider weg. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das, was wir hier sagen, für vier Jahre verbindlich ist. Wir werden Wort für Wort dazu gefragt. Wenn Sie jetzt der Fraktion – sprich, dem Gesetzgeber – in einer Periode die Krankenversicherungsreform, die Errichtung von Arbeiterkammern, die Mitbestimmung, so oder so, und eine Monopolkommission auf den Hals hängen, dann möchte ich hier zu Protokoll erklären, daß dies die Arbeitskraft und die Integrationsfähigkeit einer CDU/CSU-Bundestagsfraktion übersteigt. Das ist nicht möglich.

Deshalb würde ich sagen, wir müssen das Problem, das wir hier sehen, andeuten. Ich weiß nicht, woher diese Vorschläge kommen, aber eigentlich haben wir doch diese ideologische Konzentrationsfeindlichkeit beseitigt. Wir sind froh, daß wir im Weltwettbewerb noch eine Rolle spielen. Das sollte auch nicht in Nachzugsgefechten wieder anklingen. Hier an diesem Tisch weiß niemand, was die Monopolkommission ist. (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Wir sind für den Vorschlag Schmücker. (*Zurufe:* Einverstanden!) – Herr Kraske!

Kraske: Darf ich nur Herrn Schmücker als Autor etwas fragen? Es heißt in Ihrem Vorschlag: „Unternehmenszusammenschlüsse sollen nicht zu Wettbewerbsbeschränkungen führen. Bei der Prüfung ist auch die internationale Wettbewerbssituation zu berücksichtigen.“

Hier wird also von der Prüfung gesprochen, ohne daß vorher etwas darüber steht, wann und wo jemand etwas prüfen soll. (*Lebhafte Unruhe.* – *Rathke:* Ist „in allen Bereichen“ gestrichen? – *Zuruf:* Das ist nicht klar!)

Heck: Wir sprechen nicht von Prüfung, sondern „wir werden das Wettbewerbsrecht entsprechend gestalten“. Es heißt nicht, „wir werden prüfen“.

Kraske: Das bezieht sich auf „sollen nicht zu Wettbewerbsbeschränkungen führen“. In Gedanken heißt es, ob es zu einer Prüfung führt oder nicht.

Heck: Ich habe es verstanden. (*Schmücker:* Es ist eine Kompromißformel. – *Unruhe.*)

Ich würde es für richtiger halten, einen Strichpunkt zu machen und zu sagen: Die internationale Wettbewerbssituation ist zu berücksichtigen. (*Schmücker:* Mir ist das angenehmer. – *Starke Unruhe.*)

Dann kommen wir zu Absatz 5. Das Präsidium schlägt hier vor, den Absatz 5 wie folgt zu ändern: „Wir werden die mittelständische Wirtschaft konkurrenz- und leistungsfähig erhalten und ihr gleiche Marktchancen schaffen. Wir werden Recht und Möglichkeiten der selbstständigen Berufsausübung verbessern.“ (*Schmücker:* Ich bitte darum, die „Steuererleichterungen“ zu streichen. Die gibt es sowieso nicht. – Herr Kraske!

Kraske: Ich habe eine Sorge. Wenn Herr Schmücker mit Recht die „Steuererleichterungen“ streichen will, dann finde ich seine Formulierung eine noch globalere Versprechung, ohne daß konkret dahintersteht, wie wir das erreichen wollen. In diesem Vorschlag steht nicht, wie wir das machen sollen. (*Schmücker:* Ich habe nichts dagegen, wenn wir ausführen: „Durch kreditpolitische Maßnahmen ...“ Dann darf es nur nicht heißen „Steuererleichterungen“.) Es gab aus der Fraktion einen Vorschlag, der heißt nicht „Steuererleichterungen“, sondern „durch steuer- und kreditpolitische Maßnahmen“. Sollte man das nicht nehmen? (*Schmücker:* Meine alte Formulierung!) Wir sagen also: „Wir werden die mittelständische Wirtschaft durch steuer- und kreditpolitische Maßnahmen konkurrenz- und leistungsfähig erhalten und ihr gleiche Marktchancen schaffen.“

Heck: Einverstanden!

Zu 11. Absatz 1: „Wir werden ein modernes Unternehmensrecht schaffen, das alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vereinigt.“ Hier schlägt das Präsidium folgende Änderung vor: „Wir bekennen uns zu einem modernen und fortschrittlichen Unternehmensrecht. Das wirtschaftliche Geschehen ist partnerschaftlich zu gestalten. Bei einer Neuordnung des Unternehmensrechts darf ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten von organisierten Interessen nicht zugelassen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen auch im internationalen Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden. Angesichts dieser Zielsetzung kann eine schematische Übertragung des Modells der Montan-Mitbestimmung nicht befürwortet werden.“ Was wir hier geschrieben haben, geht in einem ganz wichtigen Punkt einen Schritt weiter, als dies im Berliner Programm steht, nämlich hier ist im Grunde genommen allgemein gesagt, daß Kapital-Arbeit keine Basis ist. (*Zuruf*: Wie bitte?) Keine Basis ist. Das steckt dahinter, wenn wir sagen: „Wir werden ein modernes Unternehmensrecht schaffen, das alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vereinigt.“

Das steckt nach mehreren Sitzungen der Mitbestimmungskommission dahinter. Dem haben Sozialausschüsse sowohl wie auch der Vertreter der Wirtschaftsseite, Herr Lampersbach, zugestimmt. Ich würde es als einen schweren Fehler ansehen, wenn wir das änderten. Das findet nicht die Zustimmung der Gewerkschaftsseite. (*Starke Unruhe*. – *Zuruf*: Wir gehen über das Programm hinaus. – *Schmücker*: Ich habe gegen den ersten Satz nichts. Nur beim zweiten Satz fängt es an.) Es geht weiter: „Das Betriebsverfassungsgesetz muß ausgebaut und seine Anwendung zwingend vorgeschrieben werden.“ Der Änderungsvorschlag des Präsidiums lautet: „Das Betriebsverfassungsgesetz muß ausgebaut und seine Anwendung gesichert werden.“

Schmücker: Das ist gar nicht durchführbar; denn die meisten wissen nicht, daß das Betriebsverfassungsgesetz schon bei Betrieben mit fünf Mann beginnt. Das war damals eine große Blödsinnigkeit, die wir beschlossen haben. Das kann man gar nicht machen.

Heck: Wir hatten eine kleine Kommission zur Vorbereitung der Arbeiten. Darin waren lauter Leute von der Wirtschaft, z. B. die Personalchefs von Bosch, die Personalchefs von Voith³⁸, Herr Hengstenberg³⁹ von Esslingen; also Leute, die das Betriebsverfassungsgesetz von Anfang an praktiziert haben und aufgrund ihrer Erfahrungen mit uns gesprochen haben. Wir haben es sehr bedauert, wie bockbeinig und dumm der größte Teil der Unternehmer sich dem Betriebsverfassungsgesetz gegenüber verhalten hat. Sie haben gesagt, es muß eine Regelung getroffen werden, daß die Leute nicht machen können, was sie wollen. Wir haben gesagt, es muß hineingeschrieben werden, daß bestimmte Befugnisse durch die Vollversammlung wahrgenommen werden, wenn es keinen Betriebsrat gibt. Sie sagten: Sie werden sehen, wie schnell die einen Betriebsrat

38 In der Vorlage: Voit. – Voith AG, Maschinenfabrik in Heidenheim.

39 In der Vorlage: Essen. – Dr. Helmut Hengstenberg (geb. 1935), Unternehmer; Studium der Rechtswissenschaften in Hamburg, Lausanne und München, 1962 Eintritt in das Familienunternehmen, 1965 Vorsitzender der Jungen Unternehmer in der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, 1968–1995 geschäftsführender Gesellschafter des Familienunternehmens.

einrichten. (*Schmücker*: Darauf kommt es mir gar nicht an. Kannst Du mir mal sagen, wie ein Meister mit zwei Gesellen und drei Lehrlingen einen Betriebsrat machen kann?)

Es ist doch klar, wenn man eine solche Regelung trifft, daß man dann eine vernünftige Grenze macht. (*Schmücker*: Wenn man es mit 15 oder 20 macht, ist das ein ganz anderer Fall.) Im Grunde genommen ist nicht anderes gemeint wie das. Die Herren haben an sich eine solche Formulierung in einem Programm für gut befunden. (*Schmücker*: Das gibt's doch nicht! – *Starke Unruhe*.) – Herr Kraske!

Kraske: Ich würde es für logisch halten, auch im Text erkennbar zu sagen, daß damit nur uno actu die Fünf-Mann-Grenze geändert werden muß, so daß dieser Einwand damit ausgeräumt wäre. (*Anhaltende Unruhe*.)

Heck: Darf ich um Ruhe bitten! – Wir sind uns darüber klar, daß es nicht heißt, daß man einen Betriebsrat einführt, wo man ihn nicht einführen kann. (*Schmücker*: Das muß auch entsprechend formuliert werden!) Wir wollen uns einmal überlegen, wie man das zwingend sagen kann. Wichtig ist folgendes: Wenn es uns in den nächsten vier Jahren nicht gelingt, unsere Unternehmer dazu zu bringen, daß die Partnerschaft verwirklicht wird, dann kriegen wir in acht Jahren eine Mitbestimmung, daß ihnen die Augen überlaufen. (*Schmücker*: Ich würde das Wort „verbindlich“ oder so etwas ähnliches gebrauchen. – *Starke Unruhe*. – *Von Hassel*: Streichen Sie das Wort „zwingend“!)

Also „vorgeschrieben“ genügt. Dann heißt es: „Das Betriebsverfassungsgesetz muß ausgebaut und seine Anwendung vorgeschrieben werden.“ Der nächste Satz heißt: „Die betriebliche Mitbestimmung ist Sache der Belegschaft.“ Er hieß ursprünglich: „Die betriebliche Mitbestimmung ist in erster Linie Sache der Belegschaft.“ Der Bundeskanzler hat „in erster Linie“ gestrichen. Herr Katzer hat nun beantragt, daß der Satz gestrichen werden soll. Ich würde es bedauern, wenn er gestrichen würde. (*Starke Unruhe*.)

Kraske: Es gibt eine Anregung aus dem zuständigen Arbeitskreis der Fraktion, nämlich zu sagen: „Die Wahl der betrieblichen Mitbestimmungsorgane ist Sache der Belegschaft.“ Das heißt also, die Belegschaft muß wählen. (*Anhaltende Unruhe*.) Das Entscheidende ist nicht die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat, sondern die Wahl durch die Belegschaft.

Heck: Das können Sie heute schon. – Herr Stingl!

Stingl: Nach der Berliner Klausurtagung haben wir gesagt: Die überörtlichen Monopole müssen ausgeschaltet werden. – Wir haben ausdrücklich gesagt, daß sich das sowohl auf Banken wie auch auf andere Bereiche bezieht. Jetzt gehen wir plötzlich dahinter zurück und sagen bei den Banken nichts mehr. Das können wir nicht machen. Ich bin für den Vorschlag der Fraktion, nämlich die Wahl im Betrieb durchzuführen, aber nicht so, daß die Leute selber aus dem Betrieb sein müssen.

Heck: Herr Bilke!

Bilke: Die von der Fraktion vorgeschlagene Formulierung deckt sich genau mit der Formulierung des Berliner Programms, wo es heißt: „Wer in Betrieben und Unternehmen Arbeitnehmerinteressen wahrnimmt, muß vom Vertrauen der Belegschaft getragen werden.“

Heck: Nehmen wir den Vorschlag der Fraktion: „Die Wahl der betrieblichen Mitbestimmungsorgane ist Sache der Belegschaft.“ (*Starke Unruhe.* – *Stingl:* Über die wirtschaftliche Seite ist überhaupt nichts gesagt.) – Herr Bilke!

Bilke: Herr Stingl, in dem Absatz „Die Information der Belegschaft muß erheblich verbessert werden“ ist das eingeschlossen, weil dort der Wirtschaftsausschuß indirekt angesprochen wird. Der soll nämlich informiert werden über Planungen, Investitionsprogramm usw. (*Stingl:* Ich würde sagen: „Auch über das wirtschaftliche Betriebsgeschehen.“)

Kraske: Mir fällt leider jetzt erst auf, daß es nach dem Satz: „Die betriebliche Mitbestimmung ist Sache der Belegschaft“ weitergeht: „Darum werden wir ...“ Das hat doch keinen Zusammenhang. Das muß heißen: „Wir werden ...“ (*Klepsch:* Das bezog sich auf einen Satz, den es nicht mehr gibt. – *Schmücker:* Was ist denn jetzt aus der ganzen Geschichte herausgekommen? – *Lebhafte Heiterkeit.*)

Heck: Wir schreiben jetzt: „Wir werden ein modernes Unternehmensrecht schaffen, das alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vereinigt. Das Betriebsverfassungsgesetz muß ausgebaut und seine Anwendung vorgeschrieben werden. Die Wahl der betrieblichen Mitbestimmungsorgane ist Sache der Belegschaft. Wir werden die betriebliche Mitbestimmung im personellen und sozialen Bereich verbessern und ausbauen.“ (*Stingl:* Jetzt muß das andere zuerst kommen!) Die Information der Belegschaft über das wirtschaftliche Betriebsgeschehen muß erheblich verbessert werden. Wir werden die leitenden Angestellten organisch in die Betriebsverfassung einfügen.“ (*Schmücker:* Ich würde meine Formulierung vorschlagen. Das ist nur eine redaktionelle Änderung.)

Es liegt noch eine Änderung vor, nämlich zu sagen: „Die unternehmerischen Führungskräfte sollen ...“ Ich habe mit fränkischen Unternehmern gesprochen, die auch sagen, man soll nicht „leitende Angestellte“, sondern „Führungskräfte“ sagen. (*Zuruf:* Wie soll es dann heißen?) Nur „Führungskräfte“. (*Bilke:* Herr Minister, hier geht es wirklich um die leitenden Angestellten. Von dieser Gruppe kommt auch der Wunsch. – *Schmücker:* Die können wir jetzt nicht einfügen. Das kann man nur in einem Gesetz berücksichtigen. – *Anhaltende Unruhe.*)

Augenblick, meine Herren! Etwas mehr Ruhe bitte! Die Gewerkschaften sprechen davon, daß die Gruppe der leitenden Angestellten die dritte Gruppe im Betriebsrat werden sollen. Die leitenden Angestellten wollen nicht in den Betriebsrat integriert werden, sondern eine eigenständige Gruppe sein. Deswegen haben wir hier gesagt: „Wir werden die leitenden Angestellten organisch in die Betriebsverfassung einfügen.“ (*Starke Unruhe.* – *Schmücker:* Das ist sprachlich nicht gut.)

Kraske: Wir sollten sagen: „Wir werden die leitenden Angestellten in der Betriebsverfassung organisch berücksichtigen.“ Damit ist Ihr sprachlicher Einwand ausgeräumt.

Heck: Gut! Dann kommt der letzte Satz: „Wir werden Arbeitnehmerkammern einrichten.“ Hier sind wir gebunden durch das Berliner Programm. (*Stingl:* Wer ist von den Sozialausschüssen dabeigewesen?) Die Herren Russe und Katzer. (*Stingl:* Waren

die einverstanden?) Ja! Ich habe von Herrn Katzer schriftlich, daß er mit Ausnahme des einen Satzes einverstanden ist. Damit können wir, was sehr wichtig ist, eine Sache offensiv vertreten. (*Anhaltende Unruhe.*)

Wir kommen zu Ziffer 12 Absatz 2. Das Präsidium schlägt folgende Änderung vor: „Wir werden den Zwei-Jahreshaushalt einführen. Das Steuersystem zu vereinfachen und die Steuern gerechter zu gestalten, ist ständige Aufgabe.“ (*Schmücker*: Wir können es nicht vereinfachen und dadurch gerechter machen.) Das würde ich nicht sagen. Es gibt eine große Anzahl von Absetzmöglichkeiten, die Sonderbevorzugungen bringen. (*Schmücker*: Aber nicht generell.) – Herr Kraske!

Kraske: Ich stimme in der Sache Herrn Schmücker zu, nur in dem Änderungsvorschlag von Herrn Schmücker steht es in anderer Formulierung nebeneinander: Vereinfachen und gerechter gestalten, (*Zuruf*: Genau dasselbe.) obwohl das Präsidium der Überzeugung war, das schließt sich gegenseitig weitgehend aus, was mir auch einleuchtet. (*Schmücker*: An sich müßte es heißen: „Eine höhere Steuergerechtigkeit darf durch die Steuereinfachheit nicht zu kurz kommen.“ Das ist der Gedanke.)

Heck: Herr Bilke macht hier folgenden Vorschlag: „Wir werden den Zwei-Jahreshaushalt einführen. Wir drängen auf eine umfassende Steuerreform, um das Steuerrecht zu vereinfachen und die Steuern gerechter zu gestalten.“ (*Zurufe*: Das ist besser.) Das ist das, was wir wollen. – Einverstanden!

Dann kommt Ziffer 12 Absatz 2. Hier wird von der Fraktion vorgeschlagen: „Hier sollte ein ergänzender Hinweis auf die notwendige große Reform des Einkommenssteuerrechts erfolgen.“ (*Bilke*: Das ist jetzt drin!) Gut!

Dann kommt Ziffer 13 Absatz 4. Hierzu schlägt das Präsidium folgende Änderung vor: „Wir werden die bereits eingeleitete Sanierung des Steinkohlebergbaus fortführen und durch strukturelle Maßnahmen zugunsten der Steinkohlegebiete ergänzen.“ (*Zuruf*: Das ist sehr viel besser! – *Dufhues*: Wir können doch nicht die Sanierung des Steinkohlebergbaus durch strukturelle Maßnahmen entscheidend in Angriff nehmen. Das ist doch sinnlos. – *Klepsch*: Nach dem Änderungsvorschlag taucht die Frage auf, wieso wir die strukturellen Maßnahmen auf andere Gebiete auch vornehmen [sic!]. Warum wird das hier nicht global gesagt? – *Anhaltende starke Unruhe.*) Aus politischen Gründen, weil in Nordrhein-Westfalen dieser Punkt eine ganz besondere Rolle spielt. (*Dufhues*: Wir haben es im § 33 des Kohleanpassungsgesetzes.⁴⁰ – *Anhaltende Unruhe.*)

Ich bitte um Ruhe! Nur einer kann sprechen! Ich glaube, es ist präziser, was Dufhues vorgeschlagen hat. Einverstanden! (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Meine Herren! Ich habe gerade um Ruhe gebeten. Es geht wirklich nicht bei diesem Durcheinander, daß immer mehrere Leute zugleich sprechen. Das ist doch nicht aufzunehmen!

Zu Ziffer 14 Absatz 1 schlägt die Fraktion folgende Änderung vor: „Wir werden den Ausbau des Verkehrswesens zügig durchführen und verwirklichen.“ (*Meyers*: Ich halte

40 § 33 des „Gesetzes zur Anpassung und Genesung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete“ vom 15. Mai 1968 (BGBl 1968 I S. 365) regelte u. a. die Frage möglicher Enteignungen.

das von der Fraktion für erheblich besser, denn sonst sind wir erst bei der nächsten Wahl 1973 dabei, das zu verwirklichen.) Es liegt hier etwas anderes vor. Ich glaube nicht, daß [es] zwischen Bund, Ländern und Gemeinden schon jetzt eine langfristige Gesamtplanung gibt. Deshalb heißt es: „Wir werden ein langfristiges Programm für den Ausbau des Verkehrswesens aufstellen und verwirklichen.“ (*Stingl*: In Angriff nehmen, aber nicht verwirklichen!) – Herr Bilke!

Bilke: Die Fraktion hat dagegen eingewandt – und deshalb diesen Vorschlag gemacht –, daß es schon mehrere langfristige Programme gegeben hat und auch gibt, z. B. die Vierjahresprogramme über den Ausbau der Bundesfernstraßen. (*Klepsch*: Wir sollten auf alle Fälle den Vorschlag der Fraktion übernehmen! – *Starke Unruhe*.) Ich möchte den Formulierungsvorschlag vorlesen, der beides einbaut: „Wir streben eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung im Verkehr an. Wir werden den Ausbau des Verkehrswesens, insbesondere eines zusammenhängenden Verkehrswegenetzes, zügig fortführen.“

Heck: Den Vorschlag halte ich für gut, weil er den zweiten Vorschlag der Fraktion eingearbeitet hat. Den können wir so belassen. Einverstanden!

Dann kommt zu Ziffer 15 Absatz 6 folgender Änderungsvorschlag des Präsidiums: „Regionale Strukturpolitik muß mit dem Ziel betrieben werden, auf dem Lande gewerbliche Arbeitsplätze zu schaffen, um die freiwerdenden Arbeitskräfte aufzunehmen.“ – Herr Bilke!

Bilke: Hier hat Herr Struve einige Einwendungen gemacht, die z. T. im Programm – wenn auch in anderer Formulierung – enthalten sind. Es ist nur eine Formulierung dabei, die zur Einfügung geeignet ist.

Es würde wie folgt lauten: „Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Instrumente der Preis- und Marktpolitik, der Struktur-, Regional-, Sozial- und Bildungspolitik konsequent eingesetzt werden.“ (*Lebhafte Unruhe*.)

Heck: Das ist eigentlich „chinesisch“! (*Zuruf*: Sehr wahr! – *Bilke*: Das steht im Berliner Programm. – *Zuruf*: Wo denn da? – *Unruhe*.) Gerade weil es dort steht, brauchen wir es hier nicht noch einmal aufzuführen. Das ist ja nur die Art und Weise, wie wir es machen wollen. Wir haben im Berliner Programm einiges im Detail näher ausgeführt als hier. Aber hier das soll doch wenigstens einigermaßen gelesen werden.

Lemke: Herr Dr. Heck, ich würde es so lassen, wie es hier steht. Das finde ich noch am besten. Wir brauchen keine neuen Worte wie „auch“ oder „insbesondere“ einzufügen.

Heck: Es soll also beim Entwurf bleiben? (*Zurufe*: Ja!)

Kraske: Zum Absatz 6 möchte ich erläutern, was das Präsidium damit gemeint hat. Wenn diese Formulierung stehenbleibt, dann kann man den falschen Schluß daraus ziehen, als ob die CDU oder die Regierung auf dem Lande Arbeitsplätze schaffen könnte. Das ist nicht möglich. Wir können eine Politik machen, die es der Industrie ermöglicht und erleichtert, sich dort anzusiedeln. Das sollte etwas verdeutlicht werden. (*Lemke*: Aber das können wir doch fast hinter jedem Satz sagen. Regionale Strukturpolitik muß u. a. mit dem Ziel betrieben werden ... – *Unruhe*.)

Heck: Man kann sagen: „Muß auch mit dem Ziel ...“ (*Starke Unruhe.*) Wir fügen also in den Änderungsvorschlag des Präsidiums ein „auch“ ein. Dann ist dem Bedenken von Herrn Lemke Rechnung getragen. (*Meyers:* Wir haben immer die Erfahrung gemacht, daß die Bauern sagen: Wenn ihr ansiedelt, dann zieht ihr damit die Arbeitskräfte weg. – *Starke Unruhe.*) Ich bitte um Ruhe! – Herr Stingl!

Stingl: Die Frage ist immer wieder, wie kriegt man Arbeitsplätze so nahe, daß man den Betrieb noch für eine Zeit auslaufen lassen kann. Deshalb sollte man hier sagen: „Durch regionale Strukturpolitik müssen auf dem Lande gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen werden, um die freiwerdenden Arbeitskräfte aufzunehmen.“ (*Meyers:* Wollen Sie das Wort „gewerbliche“ nicht streichen? Es können auch ländliche Arbeitsplätze sein. – *Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Lassen wir es doch so: „Regionale Strukturpolitik muß auch mit dem Ziel betrieben werden, auf dem Lande gewerbliche Arbeitsplätze zu schaffen, um die freiwerdenden Arbeitskräfte aufzunehmen.“ Damit sind Sie einverstanden.

Wir haben bei dieser Beratung keinen Bauern hier. Herr Struve hat in einem Brief generell kritische Bemerkungen gemacht. Deshalb bitte ich um die Ermächtigung, daß ich den Abschnitt noch einmal mit Herrn Höcherl genau durchspreche. Damit sind Sie einverstanden.

Dann kommen wir zum Abschnitt IV Ziffer 16 Absatz 2. Hier schlägt das Präsidium vor, den Absatz „Wir werden das Nebeneinander von Kindergeld ... einführen“ durch die Formulierung des Berliner Programms zu ersetzen. Hier hat Herr Bilke vorgeschlagen: „Wir werden das Nebeneinander von Kindergeld und Steuerermäßigungen für Kinder überprüfen mit dem Ziel, für jedes Kind gleich hohe Ausgleichsleistungen einzuführen.“ Das Wort „überprüfen“ hasse ich wie die Pest in einem Programm. – Herr Bilke!

Bilke: Herr Minister, es gibt noch einen anderen Vorschlag: „Wir werden das Nebeneinander usw. ... durch gleich hohe Ausgleichsleistungen ablösen.“ Damit ist das „überprüfen“ heraus.

Heck: Herr Schmücker!

Schmücker: Wir wollen keine alte Debatte, die wir hatten, hier wieder aufleben lassen, aber wenn das so bleibt, muß ich sagen, daß das in der Fraktion eine heftige Kontroverse geben wird. Sie wird auf keinen Fall von den Mittelständlern akzeptiert. Man kann das nicht so apodiktisch sagen, wie es hier zum Ausdruck kommt. Ich kann nur davor warnen.

Kraske: Herr Schmücker, ich habe mir nach der Sitzung des Präsidiums die Berliner Formulierung durchgelesen. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es im zweiten Satz in der Sache genauso ist wie beim ersten. Der erste Satz heißt: „Das Nebeneinander von Kindergeld und sehr unterschiedlich wirkenden Steuerermäßigungen für Kinder ist reformbedürftig.“ Das ist also sehr weit. Dann geht es weiter: „Künftig sollte jeder Einkommensbezieher pro Kind einen Festbetrag von seiner Steuerschuld abziehen können. Einkommensbezieher, die keine oder nur eine niedrige Einkommenssteuer

zahlen, sollte der Festbetrag voll bzw. teilweise direkt ausbezahlt werden (Negativsteuer).“ Also, im Grunde die gleiche Leistung.

Schmücker: Nein, das war völlig anders. Ich bin radikal dagegen, daß der Staat die Kinderermäßigungen abschafft, um dann, wie bei den Beamten, ein gleiches Kindergeld zu geben. Das ist „Sparta“; ich kann es nur wiederholen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Wie stellst Du es Dir denn vor?

Schmücker: Wir müssen einen Kompromiß finden und bei einer bestimmten Größenordnung die Kinderermäßigung einfrieren lassen. Dafür bin ich. Das kann man verantworten. Aber daß man nun alles umstellt auf einen Staatszuschuß, daß die kinderreichen Reichen die kinderreichen Armen finanzieren, scheint mir eine falsche ständische Solidarität zu sein. Dann müssen das alle Steuerzahler tun. Ich wäre der Meinung, die Steuer zu heben, wenn wir Mittel brauchen, aber man sollte nicht die Kinderreichen allein belasten.

Heck: Frau Brauksiepe!

Brauksiepe: Ich weiß nicht, warum man hier einen so starken Unterschied gegenüber dem Berliner Programm sieht. Bisher glaubte ich, nachdem ich das Berliner Programm damit verglichen habe, das sei beinahe identisch. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Herr Klepsch!

Klepsch: Wir könnten sagen: „Wir werden das Nebeneinander von Kindergeld und Steuerermäßigungen für Kinder durch für jedes Kind gleich hohe Ausgleichsleistungen ablösen.“ (*Starke Unruhe.*)

Heck: Ich bitte um Ruhe! – Herr Schmücker!

Schmücker: Die Bedenken sind grundsätzlicher Art. Ich bin nicht der Meinung, daß der Staat darüber entscheiden darf, was den einzelnen Kindern zukommt. Das verdiente Geld ist das Geld des einzelnen; und davon leistet er einen Beitrag an den Staat. Die Auswirkung wird folgende sein, daß wir Gewerbetreibende spielend diese Bestimmungen umgehen. Ich werde morgen meine sechs Kinder an meinem Unternehmen mit 50.000 DM oder was weiß ich beteiligen. Dann haben sie alle eine eigene Steuerklasse, und ich zahle viel weniger Steuern als heute. (*Starke Unruhe.*) Die Vertragsfreiheit kann nicht eingeschränkt werden. Die Dummen bei dieser Regelung sind nicht die gewerblichen Mittelständler, sondern die freiberuflich Tätigen und die leitenden Angestellten. Darum bin ich dagegen, weil hier eine neue Ungerechtigkeit geschaffen wird. Das muß also sorgfältig überlegt werden.

Heck: Das ist natürlich ein alter Streitpunkt zwischen Dir und mir. Ich gehe davon aus und sage, zunächst zahlt jeder gleichviel Steuern. Dann kommen Sondertatbestände. Beispielsweise bei der Familie sagt der Staat: Wer eine Familie hat, den muß ich fördern. Warum soll ich zunächst die Steuern kassieren und ihnen dann das Geld wieder zurückgeben. Ich mache es so, daß ich von dem Betreffenden weniger Steuern einziehe und ihn dadurch unterstütze.

In dem Augenblick, wo die Steuern beim Staat sind, gehören sie ihm, und er verfügt auch darüber. Wenn der Staat eine Steuerermäßigung gibt, dann ist das etwas, was der Staat dem Steuerzahler zurückgibt. Wir unterscheiden uns hier. Du bist der Meinung,

jede Steuerermäßigung sei Gemeingeld. Die Reform des Familienlastenausgleichs sieht allerdings vor, daß eine große Summe, die der Staat den Familien über die Steuerermäßigung zurückgibt, und die [als] Direktleistungen in einen Topf geworfen werden sollen, um daraus eine Leistung zu ermöglichen, die für jede Familie – unabhängig davon, wie der finanzielle Status ist – gilt. (*Schmücker*: Ich habe eben gesagt, wie ich das ganz elegant umgehen kann.) Nun ja, es gibt viele Gesetze, die umgangen werden können, speziell die Steuergesetze. Ich bin mir darüber klar, daß das nicht uneingeschränkt auf Beifall stoßen wird. Aber die Reformüberlegungen gehen alle davon aus.

Schmücker: Darf ich einmal spaßeshalber daran erinnern, daß unser Freund Winkelheide, als wir den Familienlastenausgleich einführten, nicht nur ein Splitting, sondern sogar ein Splitting nach allen Kindern forderte. Damals haben wir gesagt: Du spinnst! – Nun haben sich die Dinge verkehrt. Früher sollte jedes Kind eine neue Steuerklasse auslösen. Das war unser ursprünglicher Standpunkt bei der Familienpolitik. Aber jetzt ist es so, daß die Reicheren mehr Steuern bezahlen sollen als die anderen, während diejenigen, die nicht eine Familie zu ernähren haben, leer ausgehen. Das scheint mir nicht richtig zu sein.

Heck: An sich ist es doch richtig, daß derjenige, der reich ist, weniger bekommen soll als die kleinen Leute. (*Schmücker*: Wir können es ja einfrieren lassen bei 20.000 DM.) Können wir es nicht so machen: „Kindergeld und Steuerermäßigungen für Kinder müssen so koordiniert werden, daß für jedes Kind gleiche Familienzulagen gewährt werden. (*Schmücker*: Annähernd gleich oder so etwas! – *Starke Unruhe*.) Wir werden das Nebeneinander von Kindergeld und Steuerermäßigungen für Kinder durch gleich hohe Ausgleichsleistungen für jedes Kind ablösen.“

Meine Damen und Herren! Wir stehen vor einer politischen Auseinandersetzung. Die Sozialdemokraten werden das, was bislang vom Familienministerium, vom Wissenschaftlichen Beirat, von den Familienverbänden vertreten wird, als ihr Programm verkünden. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. – Herr Kraske!

Kraske: Die eigentliche Kontroverse ist meiner Meinung nach noch nicht offen auf den Tisch gelegt worden. Was im Berliner Programm steht – auch wenn das viele nicht gemerkt haben, ich selber eingeschlossen – und lediglich durch den Konjunktiv „sollte“ ein bißchen gemildert wird, heißt schlicht und einfach, daß für jedes erste Kind in Zukunft 40 DM aufgebracht werden, bei einem Generaldirektor, indem er 40 DM weniger Steuern zahlt, beim ungelerten Arbeiter, indem er 40 DM bekommt.

Was Herr Schmücker demgegenüber möchte, ist, daß er zwar irgendwo eine Einkommensgrenze vorsehen will, von der an die Progression nicht mehr steigt, aber daß doch ein Mann mit einem mittleren Einkommen über die Steuer durchaus ein bißchen mehr bekommt.

Heck: Heute ist es so, daß Leute mit einem bestimmten Einkommen am Honnefer Modell für ihre Kinder nicht mehr beteiligt werden.⁴¹ Sie kommen mit ihren Steuern zwar für die Mittel auf, mit denen das Honnefer Modell bezahlt wird, sie können aber

41 Die Einkommensgrenze lag bei 750 DM Nettoeinkommen, bei alleinstehenden Elternteilen bei 490 DM Nettoeinkommen für die volle Studienförderung nach dem Honnefer Modell.

für ihre eigenen Kinder diese Auslagen nicht von der Steuer absetzen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Meine Herren! Ich bitte nochmals um Ruhe! Es ist nichts zu verstehen!

Verbleiben wir so, wir werden diese bildungspolitische Sache noch einarbeiten. (*Stingl:* Wir können sagen: „Wir werden die Unterschiede in der Höhe der Leistungen für Kinder, die durch das Nebeneinander verursacht sind, ausgleichen.“ – *Kraske:* Ausgleichen heißt nicht absolut. – *Lebhafte Unruhe.*)

Schwarzhaupt: Wir könnten sagen: „Wir werden das Nebeneinander von Kindergeld und Steuerermäßigung für Kinder ablösen durch eine Neuregelung, die die Unterschiede in den Leistungen für Kinder ausgleicht.“ (*Stingl:* Das ist genau dasselbe! – *Schmücker:* Es muß so sein, daß diejenigen, die das Honnefer Modell nicht bekommen, steuerlich entsprechend berücksichtigt werden. – *Stingl:* Man muß auf die Höhe der Leistungen abzielen und sagen, daß die Höhe der Leistungen ihre Ursache in dem Nebeneinander hat. Man darf nicht starr sagen, es gibt ein Einheitskindergeld, sondern diese Unterschiede müssen ausgeglichen werden. – *Unruhe.*)

Heck: Das läßt allerdings einen weiten Spielraum zu. (*Schmücker:* Einfrieren lassen. – *Anhaltende Unruhe.*) Herr Stingl!

Stingl: „Wir werden die unterschiedliche Höhe der Leistungen für Kinder, die durch das Nebeneinander von Kindergeld und Steuervergünstigungen entstehen, ausgleichen.“ (*Starke Unruhe.*)

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Die Fraktion hat zu Ziffer 16 letzter Satz noch vorgeschlagen: „Die Leistungen des Familienlastenausgleichs sind der allgemeinen Einkommensentwicklung laufend anzupassen.“ Dieses „laufend“ würde ich streichen. „Der allgemeinen Einkommensentwicklung anzupassen“ ist etwas ganz Wichtiges. Gerade unsere Stammwähler schimpfen hier in jeder Versammlung.

Heck: Der Staat erträgt eine dynamische Rente mit Mühe und Not, aber bei einer zweiten Finanzierung – das gilt allerdings auch für die Kriegsopfer – hört es einfach auf. (*Lebhafte Unruhe.*) Also, mit der Streichung von „laufend“ sind Sie einverstanden. – Frau Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Ich schlage vor, zu der Ziffer 17 noch folgenden Satz hinzuzufügen: „Die Arbeitsversorgung der nicht berufstätigen Ehefrau und Mutter muß in der Sozialversicherung und im Beamtenrecht grundsätzlich neu geordnet werden.“ Es handelt sich zunächst um das Problem der Witwenrente, die bei Scheidung die zweite Frau bekommt. (*Stingl:* Das ist nicht wahr! – *Starke Unruhe.*) Moment! Im Beamtenrecht ist es so, daß die zweite Frau den Anspruch hat. Die erste Frau kann eine Beihilfe bekommen. Alles dies ist nicht in Ordnung. Ich will nur sagen: eine grundsätzliche Neuordnung. – Diese Probleme sind auf dem Juristentag erörtert worden.⁴² Es wird auch jetzt im Zusammenhang mit dem Scheidungsrecht darüber gesprochen. Ich will nur, daß diese Fra-

42 47. Deutscher Juristentag vom 27.–20. September 1968 in Nürnberg. Vgl. Herbert LANGKEIT: Empfiehlt es sich, die gesetzlichen Vorschriften über die soziale Sicherung der nicht berufstätigen Ehefrau während und nach der Ehe, insbesondere im Falle der Scheidung, zu ändern? Gutachten für den 47. Deutschen Juristentag. München 1968.

ge – die ich aber nicht Hausfrauenrente nennen möchte, sondern nur Neuordnung – angeschnitten wird. Das ist doch für viele Frauen eine sehr wichtige Sache.

Heck: Herr Stingl!

Stingl: Ich halte das für unmöglich, weil das einfach nicht klappt. Dann müssen Sie an einer anderen Stelle die Bewertung dieser Arbeit festlegen. Solange daran festgehalten wird, daß Pension und Rente der Lohnersatz sind, kann man nicht für einen Kreis, der nie Lohn bekommen hat, plötzlich Lohn einführen. (*Schwarzhaupt:* Wer spricht denn davon? Das will ich ja gar nicht! – *Starke Unruhe.* – *Schwarzhaupt:* Es geht darum, beides zu koordinieren. Das ist das Problem!) Gnädige Frau, es tut mir leid, Sie kennen das Rentenrecht in diesem Punkt nicht. Die Frau bekommt von der Rente ihren Anteil. (*Schwarzhaupt:* Von dem sie nicht leben und nicht sterben kann!) Bevor sie heiratet, bekommt sie den Anteil, den sie eingezahlt hat. Leider waren sehr viele Frauen so dumm, sich das auszahlen zu lassen. Das können Sie aber nicht der Rentenversicherung anlasten. Das ist jetzt auch beseitigt. Dann bekommt die Frau für die Zeit, in der sie Lohn bezogen hat, einen Lohnersatz. Für die Zeit, in der sie verheiratet war, bekommt sie die 60% Witwenrente. Wenn sie geschieden ist, bekommt sie für die Zeit, in der sie verheiratet war ... (*Starke Unruhe.* – *Schwarzhaupt:* Aber die Lösungen, die dabei herauskommen, sind immer wieder so, daß die Frauen nur soviel bekommen, daß sie davon im höheren Alter nicht leben und nicht sterben können. Das muß neu geordnet werden!)

Heck: Wenn eine verheiratete Frau Witwe geworden ist, dann bekommt sie ... (*Stingl:* Entschuldigung, wenn ich dazwischenrufe: Wenn der Mann früher stirbt, bekommt sie die Zurechnungszeit, als ob der Mann bis 55 gelebt hätte.)

Schwarzhaupt: Und wenn der Mann Rentner oder pensioniert war und gestorben ist, dann bekommt die Frau von der Rente des Mannes nur 60%. Hierbei kommen immer wieder Renten heraus, von denen sie wirklich nicht leben kann. Auch wenn sie eine Zeitlang verheiratet war und dann geschieden oder der Mann gestorben ist, wenn sie Kinder hat und nicht arbeiten kann, kommen einfach nicht zureichende Altersversorgungen heraus.

Heck: Herr Bilke!

Bilke: Ein Teil ist dadurch gelöst worden, daß jetzt die freiwillige Weiterversicherung ermöglicht werden soll. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das Berliner Programm für dieses Problem leider keine Basis gibt.

Stingl: Wie wollen Sie es machen, Frau Schwarzhaupt?

Heck: Und wer soll das bezahlen?

Schwarzhaupt: Ich habe bestimmte Vorstellungen. Ich bin der Meinung, daß von dem Beitrag, den der Mann in der Zeit zahlt, in der die Frau die Kinder erzieht, ein Teil abgezweigt wird auf das Konto der Frau, und daß als Familienausgleichsleistung ein zusätzlicher Betrag für die Versorgung dieser gezahlt wird. (*Stingl:* Das heißt doch Rentenkürzung des Mannes!) Nicht Rentenkürzung; in seinem Beitrag ist auch das Risiko, daß die Witwenrente gezahlt werden muß, daß anstelle der Witwenrente eine eigenständige Versorgung der Frau tritt. (*Anhaltende lebhaft Unruhe.*)

Stingl: Gnädige Frau, entschuldigen Sie bitte! Denken Sie an eine Tausendmarkrente eines Mannes. Die wollen Sie nun aufteilen in 500 DM Ehefrauente und 500 DM Mannesrente? (*Schwarzhaupt:* Nein, nein!) Wie wollen Sie es denn machen? (*Schwarzhaupt:* Das ganze Thema der Altersversicherung der Hausfrau sollte angeschnitten werden.)

Heck: Können wir so verbleiben, daß wir den Sozialpolitischen Ausschuß beauftragen, dieses Problem zu beraten und einen Vorschlag auszuarbeiten. Das ist eine Sache, die wir laufend veröffentlichen können. Wir halten die Frage für zu wenig geklärt, daß wir jetzt weiter darüber diskutieren sollten.

Dann kommen wir zur Ziffer 18. Hier wird von der Fraktion folgende Änderung vorgeschlagen: „Die Formulierung ‚Produktivkapital‘ sollte durch ‚Kapitalbesitz‘ oder ‚Produktionskapital‘ ersetzt werden.“ Außerdem: „Die Formulierung ‚Sparen‘ sollte durch ‚Vermögensbildung‘ ersetzt werden.“ – Herr Schmücker!

Schmücker: Ich glaube nicht, daß man sagen kann: Wir werden die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne beseitigen. – Man muß die Auswirkungen auf die persönlichen Unternehmer und Personalgesellschaften dabei berücksichtigen. Der persönlich haftende Unternehmer ist dabei völlig im Nachteil. Hier muß also eine andere Formulierung gefunden werden. Es muß auch das Sparen im eigenen Betrieb erwähnt werden.

Heck: Herr Bilke!

Bilke: Wir können das ausräumen, wenn wir schreiben: Doppelbesteuerung der Kapitalerträge. – Dann ist das Personal drin. (*Starke Unruhe.* – *Amrehn:* Der Satz trifft nicht den Sachverhalt! Der Freibrief ist doch nicht drin.) Herr Minister Schmücker, ich muß daran erinnern, daß auch hier wieder der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik einen Beschluß gefaßt hat, wonach ausdrücklich auf Wunsch der mittelständischen Unternehmer in diesem Ausschuß die Personalgesellschaften herausgelassen werden sollten, weil sie mit der jetzigen Regelung besser fahren, denn wenn die Aktiengewinne nicht mehr doppelbesteuert werden, wird die Teilhabersteuer vermutlich etwas höher liegen als die heutige Körperschaftssteuer bei nicht entnommenen Gewinnen. Von 51% wird es wahrscheinlich auf 56% gehen. Das war der Grund – ich habe den Beschluß des Ausschusses da – dafür, hier nun zu sagen: „Einzelfirmen und Personalgesellschaften sollen auch in Zukunft nicht der Körperschaftssteuer unterworfen werden.“

Heck: Herr Schmücker!

Schmücker: Ich war nicht dabei, als der Beschluß gefaßt wurde. Ich muß darauf antworten, der Mittelstandskreis ist ganz entschieden anderer Meinung. Es geht darauf hinaus, daß wir eine Trennung zwischen Betriebseinkommen und persönlichem Einkommen haben, daß also das Steuerrecht sogar der heutigen Körperschaftssteuer angeglichen wird. Ich bin aber gerne bereit, das offenzulassen, nur kann man nicht sagen: Beseitigung der Doppelbesteuerung der Aktiengewinne. – Das geht nicht. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Der Änderungsvorschlag von Schmücker heißt: „Wir werden deswegen die private Eigentumsbildung vorantreiben und das Sparen in Wertpapieren und im eigenen Betrieb fördern. Wir werden die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne beseitigen und

mittelständische Unternehmen damit steuerlich entlasten. (*Schmücker*: „Damit“ muß weg. Das ist falsch. Es müßte heißen: Und die entsprechenden Maßnahmen für Personalunternehmen.) Insbesondere werden wir das Sparen der Arbeitnehmer und ihre Beteiligung am Produktivkapital durch einen gesetzlichen Beteiligungslohn fördern.“

Bilke: Herr Minister! Darf ich hier sagen, wir haben vorne schon geschrieben, daß wir mit steuerpolitischen Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands erhalten und sichern wollen. Hier geht es um das Wertpapiersparen. Wir wollen die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne wegnehmen, um den Aktienerwerb attraktiver zu machen für den kleinen Mann. Das ist doch das Problem, um das es geht. Hier geht es nicht um den Mittelstand und um die steuerpolitischen Maßnahmen für den Mittelstand, sondern ...

Schmücker: Aber es ist doch völlig unmöglich, daß Sie eine Doppelbesteuerung abschaffen, ohne daß sie gleichzeitig die Maßnahmen für eine Wettbewerbsverschiebung treffen.

Kraske: Herr Schmücker, Sie mögen psychologisch recht haben. Es heißt tatsächlich in dem Abschnitt „Mittelstand“: Der Mittelstand darf wettbewerblich nicht benachteiligt werden; im Gegenteil, er muß mehr Chancen haben. Das wird durch steuerpolitische Maßnahmen erreicht. Wenn sich jetzt in irgendeinem anderen Bereich, sei es Konzentration, sei es Eigentumsbildung, die Wettbewerbslage verschlechtert, dann muß das durch steuerliche Maßnahmen ausgeglichen werden. Das wird gedeckt durch diese Formulierung.

Schmücker: Ich bin ganz entschieden dagegen, daß wir von einem Sparen für Arbeitnehmer sprechen. Wir sprechen von einem Sparen für jedermann. Darin liegen hier die Unterschiede. Wenn ich den Jargon „Sparen für Arbeitnehmer“ beibehalte, dann kann ich so argumentieren. Aber mein Vorschlag streicht das ja und sagt „Sparen für alle“. Dann muß ich auch das Sparen im eigenen Betrieb herausstellen. Dann muß ich auch das Sparen für eine eigene Existenzgründung hervorheben. Das ist der Unterschied.

Heck: Herr Bilke!

Bilke: Hier werden nicht nur Arbeitnehmer begünstigt, wenn das Sparen in Wertpapieren durch Beseitigung der Doppelbesteuerung attraktiver gemacht wird, sondern jeder Aktienbesitzer bis auf den Großaktionär, der nämlich dann anstatt 51% – was er heute bezahlt für den nicht entnommenen Gewinn – vielleicht 56% bezahlen muß. Er muß das, was er durch die Steuer weggenommen bekommt, wieder hereinholen durch Aktienemissionen. Das ist das Prinzip dieses Planes. Herr Minister Schmücker, sie kennen ja den Stützel-Plan⁴³.

Schmücker: Ich bin gegen den Stützel-Plan, um das ganz deutlich zu sagen. (*Lebhafte Unruhe*.) Die Mittelständler sind insgesamt dagegen. Wir wollen diesen Plan nicht.

43 Prof. Dr. Wolfgang Stützel (1925–1987), Wirtschaftswissenschaftler; ab 1958 o. Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Saarbrücken, 1966–1968 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage. – Der Stützel-Plan sah eine Reform der Doppelbesteuerung von Beteiligungserträgen sowie der Körperschaftssteuer vor, vgl. „Handelsblatt“ vom 15. April 1969 „Stützel-Plan hat Chancen“.

Wir wollen ihn modifiziert mit meinen eigenen Vorschlägen. Ich werde doch hier nicht einer Sache zustimmen, die ich nicht will!

Heck: Wir waren allerdings davon ausgegangen, wir wollen den Stützel-Plan. – Herr Fricke! (*Starke Unruhe.*)

Fricke: Glauben wir denn, politisch draußen anzukommen, wenn wir wie die SPD gegen die Monopolisten, gegen das Kapital, gegen die großen Aktiengesellschaften und gegen die Banken operieren? Wenn wir hineinschreiben, die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne wollen wir beseitigen, so glaube ich nicht, daß uns das auf breiter Front abgenommen wird. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Das ist das Problem. Wenn ich das Aktienkapital in alle Ewigkeit in die Hände von 28% der Bevölkerung legen soll, dann kann man natürlich der Auffassung sein, die Aktiengewinne sollen doppelbesteuert werden. Wenn ich aber anstrebe, daß das Kapitaleigentum von einer Mehrheit im Volke getragen wird, dann muß ich natürlich den Erwerb von Aktien anreizen. Ich darf nicht durch die Doppelbesteuerung den Ertrag geringer machen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich bitte um Ruhe! Es ist schrecklich! – Herr Schmücker!

Schmücker: Da fangen wir erst an mit unseren Überlegungen. Ich will nicht, daß durch eine solche Regelung der persönliche Unternehmer benachteiligt wird. Und hier wird er ganz erheblich benachteiligt. Wenn er gleichgestellt werden soll, dann müssen wir ihm die gleichen Möglichkeiten geben.

Heck: Das wollen wir ja auch! – Herr Bilke!

Bilke: Herr Minister Schmücker, darf ich fragen, inwiefern wird, wenn die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne abgeschafft wird, der mittelständische Unternehmer negativ betroffen? Es wird doch nur der Kleinaktionär begünstigt, der nämlich beim nicht entnommenen Gewinn heute besteuert wird. (*Lebhafte Unruhe.*)

Schmücker: Aber Sie wissen doch, warum die Doppelbesteuerung eingeführt worden ist; eben deswegen, weil man nicht unbegrenzt haftendes Kapital nicht gleichbehandeln wollte mit Gesellschaften. Das war doch der Grund. (*Starke Unruhe.*) Wenn ein persönlicher Unternehmer ins Geschäft geht, dann ist er bis zum letzten Blumentopf haftbar. Bei der Aktiengesellschaft ist es nur der eingelegte Teil. Das wird jetzt unterschiedlich bei der Steuer behandelt. Das ist falsch. Das verkehrt sich jetzt ins Gegenteil. Das muß geändert werden. Nur müssen jetzt die Auswirkungen auf den selbständigen Unternehmer gesehen werden. Wenn man diesen Personalgesellschaften die gleichen Möglichkeiten gibt, dann bin ich einverstanden, aber das muß ja ausgedrückt werden. Und da ist eben der Streit. (*Bilke:* Wenn Sie die Aktiengewinne nicht mehr doppelt besteuern, sehe ich nicht, daß der Mittelstand dadurch benachteiligt werden soll.) Doch, es ist so, weil er ganz anders angepackt wird. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Dort, wo der Eigentumsunternehmer im Wettbewerb steht mit der Aktiengesellschaft, wird offensichtlich der Gewinn des Eigentumsunternehmers wie bisher versteuert, während der Aktienunternehmer doppelt besteuert wird, so daß er also von der bisherigen Steuer eigentlich zur Hälfte entlastet wird. (*Starke Unruhe.*)

Bilke: Der Eigentumsunternehmer wird ja heute schon nicht in der Form doppelt besteuert. Der hat ja keine Körperschaftssteuer zu zahlen. (*Starke Unruhe. – Schmücker:* Das soll er ja auch nicht!)

Heck: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe! Offensichtlich ist es doch so, daß ich für die Aktiengesellschaften eine wesentliche Verbesserung schaffe.

Bilke: Nein! Für den Aktienbesitzer nur, sofern er Kleinaktionär ist, für sonst niemand. Herr Minister, die großen Kapitalgesellschaften, die Großaktionäre, sind gegen den Stützel-Plan, weil sie nicht begünstigt werden. Das ist eine Maßnahme zugunsten der Kleinaktionäre, weil die nämlich in Zukunft die Teilhabersteuer geltend machen können, die bei 56% liegt. Wenn aber ihre persönliche Einkommenssteuer nur bei 19% liegt, dann können sie die restlichen Prozente zurückerhalten. Darin liegt die Vergünstigung. (*Schmücker:* Aber, Herr Bilke, das ist doch falsch! – *Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Herr Amrehn!

Amrehn: Ich meine, was hier gesagt worden ist, war nicht deutlich genug. Es muß deutlicher gesagt werden. Ich verstehe überhaupt jetzt erst besser, was gemeint ist, daß nämlich nur der Kleinaktionär einen Erstattungsanspruch erlangen soll auf die von der Aktiengesellschaft auf ausgezahlte Gewinne geleistete Körperschaftssteuer, die aber bedeutend niedriger ist als die Ertragssteuer. (*Bilke:* Nein! – *Unruhe.*) Aber ja! Der ausgeschüttete Gewinn wird bei der Aktiengesellschaft ... (*Sehr starke Unruhe und Widerspruch. – Schmücker:* Während der eine total sein Vermögen einsetzt, kann der andere mit Teilen günstig davonkommen!) Meine Herren! Ich habe noch das Wort! Nicht alle auf einmal reden!

Ich erkenne die Argumentation von Schmücker nicht ohne weiteres an. Ich glaube aber, wir brauchen uns damit nicht näher zu beschäftigen, wenn wir wollen, daß der Kleinaktionär einen Erstattungsanspruch bekommt. Dann würde das gesamte Steuerproblem nicht berührt.

Meine Frage geht an den Finanzminister, ob das, was hier steht, überhaupt von ihm vertreten werden kann. Der Ertrag der Körperschaftssteuer für ausgeschüttete Gewinne wird in einer Größenordnung von Milliarden liegen. Da wird er sagen: Das ist ja undurchführbar. – Also muß mindestens das, was jetzt durch Interpretationen klarer geworden ist, hier deutlicher gesagt werden.

Nun möchte ich dazu sagen, der Kleinaktionär, der eine Volkswagen-Aktie oder eine Veba-Aktie hat, der weiß von Doppelbesteuerung der Aktiengewinne bei der Firma so gut wie nichts. Auch das mit den 20% Dividende ist nicht richtig. Er kriegt ja die Aktien nicht zu 100, sondern zu 400. Und er hat nur 2 bis 3% Ertrag aus dem Geld, was er angelegt hat, weniger als aus dem festverzinslichen Papier.

Deswegen scheint mir das Ganze, was hier steht, in seiner lapidaren Darstellung einfach in der Sache unrichtig zu sein. Wenn wir es auf das verkürzen, was gemeint ist, wird es nicht mehr genügend Überzeugungskraft haben; denn auf den Kleinaktionär wirkt das nicht. (*Starke Unruhe. – Schwarzhaupt:* Wir können sagen: Wir werden das Sparen breiter Schichten in Wertpapieren fördern.)

Heck: Die Formulierung sieht so aus – und hier scheint mir etwas faul zu sein –, als ob die Großaktionäre auch daran partizipierten. (*Bilke:* Überhaupt nicht!) Sie tun es aber nicht, mit keiner Mark! (*Anhaltende Unruhe.* – *Zuruf:* Doch! – *Weiterer Zuruf:* Nein!) Insofern setzt diese Formulierung die Kenntnis des Stützel-Plans voraus. (*Bilke:* Genau! Das ist in der Zwischenzeit allerdings bekannt! – *Zurufe:* Nein!) – Herr Rathke!

Rathke: Ich schlage folgendes vor: „Wir werden das Sparen fördern und dafür die Doppelbesteuerung ...“

Amrehn: Gemeint ist doch: Für den Kleinsparer wird die Doppelbesteuerung beseitigt. (*Zurufe:* Ja! – *Bilke:* Für den Kleinverdiener. Nur für den, der unter der höchsten Progressionsstufe liegt.) Pauschal gesagt, für den Kleinaktionär! (*Bilke:* Ja! – *Brauksiepe:* Frau Schwarzhaupt hat gesagt: Wir werden das Sparen von Wertpapieren fördern.)

Schwarzhaupt: Nein, nein! Ich habe gesagt: Wir werden das Sparen breiter Schichten in Wertpapieren fördern und die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne kleiner Aktionäre beheben. (*Starke Unruhe.*)

Scheufelen: Bei einer Aktiengesellschaft gibt es zwei Sorten Gewinne, den ausgeschütteten Gewinn und den nicht ausgeschütteten Gewinn. Der nicht ausgeschüttete Gewinn wird mit 50% Körperschaftsteuer bezahlt, der ausgeschüttete Gewinn mit 15%. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Ich bitte um Ruhe!

Scheufelen: Das gilt für jeden, ob Großaktionär oder Kleinaktionär. Der Großaktionär bezahlt aufgrund oder entsprechend seiner Progression eine höhere Steuer. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Nicht alle auf einmal reden! – Herr Bilke!

Bilke: Es ist so: Heute wird der Kleinaktionär bei nicht entnommenen Gewinnen wie der Großaktionär behandelt. Er wird genau wie der Großaktionär mit 51% belastet. Und das ist die Ungerechtigkeit. Das sollte beseitigt werden. In Zukunft kann er sich von der Teilhabersteuer den Teil zurückzahlen lassen, der über seine Einkommenssteuer-Progression hinausgeht. (*Schmücker:* Die einmal mit 51% besteuerte Summe fällt nachher nochmals unter die volle Einkommenssteuer. Das ändert sich eben. Insofern haben auch die Großen einen Vorteil. – *Fricke:* Die haben den weitaus größeren Vorteil. – *Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Der Stützel-Plan ist doch im Wirtschaftspolitischen Ausschuß beraten worden. (*Bilke:* Er ist sehr lange beraten worden; zunächst in einem Unterausschuß mit Herrn Binder⁴⁴. Er ist dann im Ausschuß selbst angenommen worden. – *Schmücker:* Nein, er ist nicht angenommen worden! – *Bilke:* Aber natürlich, Herr Minister! Wir haben das sogar als Beschluß des Ausschusses veröffentlicht im Deutsch-

44 Dr. Paul Binder (1902–1981), Wirtschaftsprüfer; 1937–1940 stv. Direktor der Dresdner Bank Berlin, 1946 Staatssekretär und Vizepräsident der Regierung Württemberg-Hohenzollern, 1947–1952 und 1953–1960 MdL Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (CDU), 1948/49 MdPR, 1964–1968 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Vgl. LEXIKON S. 194f.

land-Union Dienst.⁴⁵ Auch der Wirtschaftsrat hat sich mehrfach dafür ausgesprochen. – *Stingl*: Die diesem Ziel entgegenstehen. – *Anhaltende lebhafte Unruhe*.) Herr Schmücker ist ja nicht dagegen; er will nur das Entsprechende für seinen Mittelstand haben. (*Schmücker*: Natürlich! Ich wäre ein schlechter Vertreter meiner Leute, wenn ich das nicht täte!) Läßt sich das denn formulieren? (*Bilke*: Die Doppelbesteuerung der Kapitalerträge!) Auch wenn es vorne steht, kann man es hier noch einmal wiederholen. Warum denn nicht? (*Schwarzhaupt*: Das Wort „Aktiengewinne“ klingt etwas falsch, weil der Leser dabei auch an die Wertsteigerung von Aktien denkt, die nicht gemeint ist. – *Starke Unruhe*. – *Bilke*: Herr Minister Schmücker, wir könnten sagen: Und die mittelständischen Unternehmen entsprechend steuerlich entlastet.) Wenn wir das Kapitalsparen fördern wollen, dann macht man hier nicht solche Anreize. (*Anhaltende starke Unruhe*.) Meine Herren! Darf ich nochmals um Ruhe bitten! Wir wollen mal sehen, ob wir hier nicht auf einen Nenner kommen.

Ich glaube, daß Schmücker und seine mittelständischen Freunde keine Bedenken gegen den Stützel-Plan als solchen haben, sondern sie sagen nur: Hier wird ein Plan gemacht, der ist ganz gut, aber die mittelständische Wirtschaft will auch etwas haben. (*Zuruf*: Den Vorschlag von Herrn Minister Schmücker kann man doch nehmen! Aber ohne das Wort „damit“. – *Schmücker*: Wir sollten nicht „damit“, sondern „entsprechend“ sagen.) Herr Bilke, Sie können es so nicht stehen lassen, weil Sie nicht voraussetzen können, daß die Leute den Stützel-Plan kennen. (*Starke Unruhe*.) – Herr Kraske!

Kraske: Ich bin sehr für diese Pläne, wenn aber aus berechtigten Gründen auch der Mittelstand noch bevorzugt wird, (*Zuruf*: Gleichgestellt!) – also, gleichgestellt wird – dann beschließen wir, das Steuerniveau zu senken. Ich frage, was sagt eigentlich der Finanzminister dazu? Was kostet das am Ende? Wir haben uns eines geschworen, in diesem Programm nichts zu machen, was nicht zu finanzieren ist. (*Stingl*: Da muß das Wort „Ungerechtigkeit“ hinein!)

Heck: Ich bin nicht der Meinung, daß es so ist. Der Finanzminister kommt ja langsam schon ein bißchen in Verlegenheit, wohin er das Geld geben soll. (*Sehr starke Unruhe*.) Er hat keine Schulden mehr zurückzuzahlen. Soweit sind wir schon. Ich meine also, wir sollten die Geschichte belassen. Für die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne muß eine Formulierung gefunden werden, die klarmacht, daß das wirklich die Kleinaktionäre betrifft und die kleinen und mittelständischen Unternehmen entsprechend steuerlich entlastet. (*Bilke*: Und die für Kleinaktionäre ungerechte Doppelbesteuerung der Aktiengewinne beseitigt.) Gut! (*Amrehn*: Wie soll das jetzt heißen?) „... die für Kleinaktionäre ungerechte Doppelbesteuerung der Aktiengewinne beseitigen und mittelständische Unternehmer entsprechend steuerlich entlasten“.

Scheufelen: Das heißt also, die Beseitigung der Doppelbesteuerung gilt nur für die Kleinaktionäre, aber nicht für Herrn Flick⁴⁶? (*Sehr starke Unruhe*.) Dann kommen Sie aber in einen Ärger wegen der Gleichheit vor dem Gesetz.

45 Vgl. DUD Nr.66 vom 8. April 1969 S. 1a f. „Reform der Doppelbesteuerung“.

46 Friedrich Flick (1883–1972), Industrieller. Vgl. Thomas RAMGE: Die Flicks. Eine deutsche Familiengeschichte um Geld, Macht und Politik. Frankfurt/Main 2004.

Heck: Das glaube ich nicht; denn die steuerliche Behandlung ist ja ohnedies nicht gleich. (*Fricke:* Wir können sagen: Wir werden es ihnen ersparen ... und möglichst weitgehend steuerlich begünstigen. – *Lebhafte Unruhe.*) Es ist wirklich nicht einfach. – Herr Amrehn!

Amrehn: Meine Damen und Herren! Es gehen fundamentale Sachen bei dieser wilden Diskussion durcheinander. Ich weiß nicht, ob ich es noch einmal darlegen soll. (*Zuruf:* Bitte!) Entweder sagen wir, die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne fällt weg – das wollen wir zwar nicht, aber einmal unterstellt, wir wollten es –, dann wäre der Wunsch von Herrn Schmücker berechtigt, nämlich die Konkurrenzmarke, die der Mittelstand hat, zu erhalten und neue Steuervergünstigungen auch für den Mittelstand herbeizuführen. Dieses Problem steht aber nicht zur Debatte, weil wir gehört haben, daß die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne als solche nicht beseitigt werden soll. (*Meh-rere Zurufe:* Doch! – *Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Moment! Die Aktien-Doppelbesteuerung als solche soll beseitigt werden, nur wird sie, wie die Dinge liegen, für den Kleinaktionär wirksam. (*Starke Unruhe.* – *Zurufe:* Keine Erläuterung! – *Amrehn:* Wir reden doch hier über Dinge ... – *Zuruf:* Auch für die Großen!) – Herr Bilke!

Bilke: Nein! Das hat für die Großen wirklich keine Bedeutung. Die Großen werden dadurch nicht entlastet, sondern ihre Körperschaftssteuer oder Teilhabersteuer wird vermutlich sogar auf 56% – statt bisher 51% – steigen.

Heck: Geben Sie doch mal ein Beispiel, damit deutlich wird, wie der Stützel-Plan gemeint ist.

Bilke: Wenn Sie z. B. an einen Einkommensbezieher mit 200.000 DM denken, der in der höchsten Progression liegt, dann wird er jetzt bei der Körperschaftssteuer mit 50% oder mit 51% und bei der Einkommenssteuer mit 53% plus Kirchensteuer besteuert. In Zukunft wird er wahrscheinlich mit 56% Teilhabersteuer belastet werden; so ungefähr rechnet man. Dazu kommt weiterhin die Einkommenssteuer von 53% plus Kirchensteuer. Er steht sich also nicht besser, sondern eher schlechter.

Dagegen kann der kleine Mann die 56%, die er bezahlt hat, geltend machen, falls er bei 19% liegt. Dann bekommt er den Unterschied erstattet ... (*Amrehn:* Aber das ist ja nicht richtig! Zu 15% wird der ausgeschüttete Gewinn besteuert. Von 56% ist gar keine Rede! – *Starke Unruhe.*) Nein, Herr Amrehn, jetzt fällt ja die Unterscheidung zwischen ausgeschüttetem und nicht ausgeschüttetem Gewinn weg. (*Amrehn:* Sie machen jetzt eine Unterstellung, die kein Leser draußen kennt. Wir müssen doch vom geltenden Recht ausgehen! – *Fricke:* Das ist richtig. Von dem neuen können Sie nicht ausgehen! – *Zuruf:* Kann man nicht sagen: Zug um Zug? – *Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Ich muß hier widersprechen. Wenn ich etwas Neues mache, dann muß ich doch das sagen, was ich will. (*Amrehn:* Natürlich, aber dann muß der Plan hier hingeschrieben werden!) Für die Fachleute haben wir den Stützel-Plan im DUD veröffentlicht. (*Amrehn:* Wir machen doch für den schlichten Leser ein Programm!) Für den Leser muß es dann eben heißen – ich muß es noch einmal sagen: „Wir werden die für Kleinaktionäre ungerechte Doppelbesteuerung der Aktiengewinne beseitigen“,

(*Schmücker*: Nicht „beseitigen“, sondern „abbauen“!) – Gut! – „abbauen und die mittelständischen Unternehmer entsprechend steuerlich entlasten.“ Damit kann doch auch der einfache Leser etwas anfangen.

Brauksiepe: Verzeihen Sie, es ist doch ein enormer Unterschied, wenn hier Kurt Schmücker kämpft und sagt: Wir alle lehnen den Plan ab, – aber Herr Heck und Herr Bilke sagen, der Plan ist da, er ist in der Kommission und im Ausschuß angenommen worden, er ist veröffentlicht. (*Lebhafte Unruhe*.)

Heck: Aber Kurt Schmücker hat jetzt nichts mehr gegen den Plan, sondern nur etwas dagegen, daß die mittelständische Wirtschaft daran nicht partizipiert. (*Schmücker*: Der Stützel-Plan allein genügt nicht. Es muß ein entsprechender Zusatz gemacht werden! – *Brauksiepe*: Damit hat sich meine Frage erledigt. – *Starke Unruhe*.) Ich bitte um mehr Ruhe! – Herr Stingl!

Stingl: Wir müssen uns damit beschäftigen, wie wir das, was an Kapitalzuwachs durch öffentliche Vergünstigungen entsteht, verwenden können. (*Starke Unruhe*.) Das Volkswagenwerk kriegt von der Bundesanstalt 200 Mio. Es spart glatte 30 Mio. Zinsen.

Heck: Ich darf jetzt noch einmal zurückkommen auf die von der Fraktion zu Ziffer 18 gemachten Änderungsvorschläge: Die Formulierung „Produktivkapital“ sollte durch „Kapitalbesitz“ oder „Produktionskapital“ ersetzt werden. Die Formulierung „Sparen“ sollte durch „Vermögensbildung“ ersetzt werden. (*Bilke*: Produktionskapital!) Gut! Wir sagen „Produktionskapital“. Im übrigen sind Sie damit einverstanden.

Dann rufe ich auf die Ziffer 22. Hier schlägt die Fraktion vor: Erster Satz: Hier sollte das Wort „bruttolohnbezogen“ eingefügt werden. (*Stingl*: Das Wort „dynamischen“ kann dann wegfallen.) Lassen wir es stehen! Die Fraktion schlägt weiter vor, den Absatz 2 wie folgt zu ändern: „Wir werden die gesetzlichen Rentenversicherungen für daran interessierte Gruppen der Selbständigen bei gleichen Rechten und Pflichten öffnen.“ (*Stingl*: Das hier ist doch viel besser! – *Schmücker*: Nein, ich würde die Selbständigen ansprechen. Das ist für den Einzelhandel immer ein schwieriges Problem. – *Zuruf*: Wir können sagen: Für Selbständige. – *Bilke*: Es sind nicht alle daran interessiert! – *Lebhafte Unruhe*.) – Herr Kraske!

Kraske: Dagegen wird nun eingewandt, daß dann jeder einzelne sagen kann: Ich will, oder, ich will nicht. – Ich glaube, alle Fachleute sind sich darüber einig, daß man es nicht individuell sagen kann, sondern nur gruppenweise. (*Stingl*: Es handelt sich aber um die gleichen Rechte und Pflichten!) Ach so!

Heck: Wir sagen: „Wir werden die gesetzlichen Rentenversicherungen für Selbständige bei gleichen Rechten und Pflichten öffnen.“ (*Schmücker*: Bei gleichen Rechten und Pflichten für Selbständige öffnen! – *Bilke*: Nein, für Selbständige bei gleichen Rechten und Pflichten.) Das ist ja gehopst wie gesprungen. Gut!

Jetzt kommt die Ziffer 23 Absatz 2. Die Fraktion schlägt vor: „Wir werden die Versorgung der Kriegsoffer verbessern und der wirtschaftlichen Entwicklung laufend anpassen.“ (*Stingl*: Wir haben das „laufend“ einmal gestrichen. Es sollte auch hier gestrichen werden! – *Bilke*: „Entsprechend verbessern“ würde ich sagen.) Dann sagen wir:

„Wir werden die Versorgung der Kriegsoffer der wirtschaftlichen Lage entsprechend verbessern.“ Einverstanden!

Wir kommen zum Abschnitt VI, Ziffer 28. – Herr Kraske!

Kraske: Zu der Ziffer 28 hat das Präsidium gesagt, daß uns diese Formulierung bei der Presse nicht viel Freunde macht und der zweite Teil nicht sehr viel einbringt; denn die Betroffenen sind wir selber, es ist aber nicht die große Zahl der Wähler. Deshalb war das Präsidium der Meinung, das zu streichen.

Heck: Damit sind Sie einverstanden! Dann hat zu Ziffer 29 Herr Kraske das Wort.

Kraske: Zu Ziffer 29 wurde gebeten, im ersten Absatz die Formulierung des Berliner Programms zu übernehmen, das von nicht handlungsfähigen Regierungen spricht. Es heißt dort in der Ziffer 27: „Wir wollen ein Mehrheitswahlrecht, das den Einfluß der Wähler auf die Regierungsbildung verstärkt und stabile politische Verhältnisse sichert.“ (*Stingl:* „Einfluß“ würde ich weglassen!) Aber das ist gerade eine werbende Aussage. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Einverstanden! – Herr Amrehn!

Amrehn: In der Ziffer 31 letzter Absatz heißt es: „Das Richteramt muß mehr als bisher bewährten Juristen aus anderen Berufen zugänglich sein.“

Kraske: Das Präsidium empfiehlt, das zu streichen.

Heck: Steht das nicht im Berliner Programm? (*Zuruf:* Doch!)

Kraske: Es steht drin, aber Herr Dufhues hat im Präsidium darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahl derer, die wir damit vor den Kopf stoßen, sehr viel größer ist als die, denen wir eine Hoffnung auf das Richteramt machen. Deswegen sollten wir es in ein Wahlprogramm nicht aufnehmen.

Heck: Also, streichen! Was nicht heißen soll, daß wir es nicht machen. Wir kommen zur Ziffer 32 Absatz 2. – Herr Kraske!

Kraske: Hier liegt ein Antrag von Herrn Dufhues vor, folgenden Satz anzufügen: „Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Heranbildung hochqualifizierter Dienstkräfte für die europäischen Einrichtungen.“ (*Zurufe:* Sehr gut!) Ich glaube, das ist eine gute Sache.

Heck: Keine Bedenken! Einverstanden!

Dann kommen wir zum Schlußwort Absatz 2. Das Präsidium schlägt hier vor: „Friede, Freiheit und soziale Sicherheit sind die obersten Ziele unserer Politik.“ (*Stingl:* „Soziale Gerechtigkeit“ muß es heißen!) – Herr Amrehn!

Amrehn: In der Präambel steht der Gedanke von der Einheit. Die Wiedervereinigung kann man nicht gut gebrauchen, aber daß als oberstes Ziel „Friede und Freiheit“ steht, ohne daß die Einheit irgendwo noch einmal anklingt, ist nicht genügend. (*Bilke:* Es steht doch drin: „Damit die Deutschen wieder in Freiheit und in einem Staat zusammenleben können.“)

Heck: Herr Amrehn macht ja bloß darauf aufmerksam, daß es im Schlußteil fehlt.

Kraske: Ich bin wirklich ein Anhänger der Wiedervereinigung, aber nachdem es ausdrücklich unten heißt „in die nächste Zukunft“ und jeder weiß, daß das in den nächsten vier Jahren nicht drinsteckt, finde ich es sehr gut, daß es vorn steht als Ziel. In dieser

Schlußzusammenfassung würde ich schon sagen: „Sind Friede, Freiheit und soziale Gerechtigkeit ein naheliegendes Ziel.“

Amrehn: „Der Friede in Freiheit ist das oberste Ziel unserer Politik“ steht da.

Kraske: Herr Amrehn, ein Vorschlag: „Friede, Freiheit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen sind das oberste Ziel unserer Politik.“ (*Zuruf:* Ja!)

Heck: Einverstanden! Ich darf jetzt noch einmal fragen, wird das Wort noch zu einem Änderungsantrag gewünscht? – Herr Stingl!

Stingl: Auf Seite 2 in der Präambel müssen wir noch in dem Satz „In dieser Welt ...“ die „soziale Gerechtigkeit“ unterbringen.

Heck: Ich kann mir nicht vorstellen, daß es eine innere Stabilität ohne soziale Gerechtigkeit gibt. Man kann natürlich irgendwo an einer Stelle alles noch einmal wiederholen. Wir haben doch sehr lange Teile über die soziale Sicherheit in unserem Programm. (*Stingl:* Das haben wir überall.) Nun, ich kann in der Präambel und auch im Schlußwort noch mindestens ein Dutzend Dinge bringen. Dann können wir uns den Mittelteil schenken und ihn aufteilen in die Präambel und in den Schlußteil. Ich halte das etwa mit einer gewissen Brille gesucht. Es genügt doch, wenn wir sagen: Die erste Voraussetzung der inneren Sicherheit ist soziale Sicherheit – und die erste Voraussetzung für die soziale Sicherheit ist die stabile Wirtschaft –, sonst gibt es keine soziale Sicherheit. Also, das eine gegen das andere auszuspielen, ist doch sowieso ein bißchen töricht. – Herr Amrehn!

Amrehn: In der Ziffer 31 steht: „Das Strafprozeßrecht muß die Dauer der Untersuchungshaft begrenzen.“ Ich weiß nicht, wer darauf Wert legt, daß das in unserem Programm steht. (*Bilke:* Steht im Berliner Programm!) Dann sage ich nichts mehr!

Kraske: Die Fraktion hat ein paar Anregungen erst heute geschickt. Eine davon ist hier nicht eingeordnet. Ich darf sie noch einmal verlesen: Es wird zu erwägen gegeben, ob man in der Ziffer 31 im Hinblick auf die NPD-Propaganda noch folgenden Satz einfügen soll: „Zur Sicherheit von Freiheit, Recht und Ordnung in unserem Staat gehören auch der gezielte Einsatz seiner Rechtsmittel gegen Ausschreitung und die Verwilderung der Sitten.“ Ich würde sagen, „Verwilderung der Sitten“ ist ein sehr vager Ausdruck.

Heck: Gegen gewalttätige Ausschreitung!

Kraske: Wir machen ja ein Wahlprogramm. Da finde ich gar nicht schlecht: Gegen gewalttätige Ausschreitungen.

Heck: Einverstanden! Herr Herrmann⁴⁷ hat noch das vorzutragen, was Herr Stoltenberg heute schriftlich hierher gegeben hat. Er konnte an der Sitzung nicht teilnehmen.

Herrmann: In der Ziffer 9 ist im ersten Absatz gesagt: „Für Bund und Länder, für Wirtschaft und Wissenschaft soll ein Gesamtprogramm aufgestellt werden ...“ Herr Minister Stoltenberg verweist darauf, daß dieses Gesamtprogramm im Widerspruch zu unserer Wirtschaftspolitik unter Eigenverantwortung der Betriebe stünde, und er schlägt vor, wie folgt zu sagen: „Für Bund und Länder, für Wirtschaft und Wissenschaft soll ei-

47 Vgl. Nr. 21a Anm. 13.

ne abgestimmte Gesamtkonzeption geschaffen werden, die regional und sachlich Schwerpunkte festlegt.“

Heck: Das ist für den Laien unverständlich, diese abgestimmte Konzeption. (*Bilke:* Kann man nicht sagen: Abgestimmtes Gesamtprogramm? – *Starke Unruhe.* – *Kraske:* Wir können sagen: Vereinbart!) Gut, vereinbart! Einverstanden! – Herr Herrmann!

Herrmann: Im vierten Absatz derselben Ziffer verweist Herr Minister Stoltenberg darauf, daß die Bundesregierung bei internen Beratungen dazu gekommen sei, vorhandene Kreditinstitute für dieses Kreditprogramm anzusprechen, also nicht ein neues zu schaffen. Ich sehe, daß dieses Hochschulprogramm, das gleich beschlossen werden soll, etwas gefunden hat, was dem entspricht, nämlich:

„Außerdem sollen mit staatlichen Mitteln Kreditprogramme ermöglicht werden, um die Risiken der kommerziellen Auswertung technologischer Neuerungen zu vermindern.“ (*Starke Unruhe.* – *Stingl:* Die ganzen Neuerungen versteht kein Mensch!)

Heck: Ich bitte um Ruhe! Wir haben eine gewisse Mühe, uns als eine Partei zu erweisen, die an morgen denkt. Das glauben die Leute doch nicht. Das Image der CDU ist ein Image für Rentenversicherung usw., aber moderne Zukunftsaufgaben traut man uns nicht so recht zu. Deswegen haben wir den Teil ganz bewußt etwas breiter genommen, abgesehen davon, daß ich der Meinung bin, daß hier eine ganz wichtige Aufgabe für die nächsten zehn Jahre vor uns liegt. Es ist gar kein Zweifel, daß wir mit unserer Wirtschaft hinsichtlich ihrer Steuern und ihrer Möglichkeiten, direkt vom Staat subventioniert und mit entsprechenden Aufträgen versehen zu werden, weit hinter den Vereinigten Staaten marschieren. Wir können so weitermachen, aber eines Tages zahlen wir die Zeche.

Für mich ist hier ein Punkt, wo wir uns in der Wirtschaftspolitik von Herrn Schiller unterscheiden, der in seiner Partei gar nicht anders kann, in den nächsten Jahren ausgesprochen konsumorientierte Wirtschaftspolitik zu machen. Ich meine, wir sollten das im Gleichgewicht halten, und zwar mit dem Blick auf die Zukunft hinsichtlich der Investitionen usw. – Herr Bilke!

Bilke: Es hat einmal eine Kreditanstalt für Wiederaufbau gegeben. Warum soll es nicht eine Kreditanstalt geben, die auch für die Zukunft etwas tut!

Heck: Ich meine, wir können die Formulierung, wie sie hier steht, übernehmen. (*Zurufe:* Ja!) Gut! – Herr Stingl!

Stingl: In der Ziffer 8 heißt es: Alle Personengruppen ... (*Bilke:* Das haben wir schon geändert!) Gut! In der Ziffer 19 sollten wir sagen: „... wirtschaftlich tragbar und gesundheitspolitisch unschädlich“.

Kraske: Ich würde nicht sagen „unschädlich“. (*Stingl:* Dann sagen Sie etwas anderes! – *Bilke:* „Und den Gang zum Arzt nicht behindern“.)

Heck: Wenn ich zahlen muß, kommt doch immer das Argument mit der Selbstbeteiligung. (*Sehr starke Unruhe.* – *Stingl:* Gesundheitspolitisch unschädlich!) Das ist doch ein Plagiat! Das ist eine Selbstverständlichkeit!

Kraske: Solange eine Selbstbeteiligung wirtschaftlich tragbar ist, kann sie nicht gesundheitsschädlich sein. Sie wird erst schädlich, wenn sie so wenig tragbar ist, daß die

Leute abgehalten werden, zum Arzt zu gehen. (*Stingl*: Wenn wir der Meinung sind und uns verständigen können, daß wir das implizieren, ist es gut. – *Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Damit kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

HOCHSCHULPOLITISCHES PROGRAMM DER CDU

Herr Schröder!

Schröder: Herr Generalsekretär! Meine Damen und Herren! Ich will mich kurz fassen und Ihnen den Ablauf schildern. Der erste Anlauf wurde in Deidesheim unternommen und scheiterte in Godesberg.⁴⁸ Der zweite Anlauf wurde in einer Kommission, die nach dem Kulturpolitischen Kongreß eingesetzt wurde, unternommen. Er scheiterte einen Tag vor der letzten Bundesausschußsitzung in einer Besprechung der Vorsitzenden der Landtagsfraktionen. Der dritte Anlauf ist dann Dienstag, den 17.6., unternommen worden. Das Ergebnis dieses dritten Anlaufs finden Sie in dem vorliegenden Papier.

Ich darf gleich, um die Verabschiedung zu erleichtern, hinzufügen, daß dieser Entwurf die einstimmige Zustimmung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz⁴⁹ und damit aller Landtagsfraktionen gefunden hat, außerdem die Zustimmung der CSU. Ich möchte darauf verzichten, die einzelnen Punkte zu erläutern. Vielleicht sollte ich auf zwei Punkte verweisen, die in den Auseinandersetzungen außerordentlich kontrovers gewesen sind, die aber jetzt zu einer Kompromißformel geführt haben, die jedoch in der taktischen Ausgestaltung noch einige Möglichkeiten offenlassen.

Es handelt sich um die Ziffern 21 und 24. In der Ziffer 21 wird im Grunde genommen das sehr schwierige Verhältnis zwischen Universität, Hochschule und Staat angesprochen, und zwar in der Frage, welche Stellung soll der zukünftige Präsident der Universität haben. Sie wissen, daß hier die Auffassungen sehr kontrovers sind. Für die Hochschule selbst handelt es sich um einen wichtigen Punkt der Hochschulautonomie. Die Hochschule fordert, daß der Präsident ausschließlich durch einen Wahlakt des zentralen Universitätsgremiums gekürt wird. Auf der anderen Seite stehen die Wünsche einiger Kultusminister, die den Präsidenten nach Möglichkeit ausschließlich einsetzen möchten. Zwischen diesen beiden Positionen ist hier eine Kompromißformel gefunden worden, daß zunächst einmal ein Wahlakt in der Universität selber vollzogen wird, aber bei der eigentlichen Bestellung ein Einvernehmen zwischen Hochschule und Staat herzustellen ist, so daß hier das volle Vetorecht des Kultusministers gewährleistet ist.

Der zweite kontroverse Punkt ist die Ziffer 24, wo es um den Rechtsstatus der Studentenschaft geht. Auch hier gibt es in unserer Partei zwei extreme Positionen. Die eine Position wird von unseren Freunden in den Landtagsfraktionen von Berlin, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eingenommen sowie vom RCDS, die auf ein Beibehalten der Zwangskörperschaft der Studentenschaft abzielt. Die andere Position, die von

48 Vgl. Nr. 24 Anm. 26 und 27.

49 Protokoll der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 18.–20. Juni 1969 in Trier mit „Entwurf des hochschulpolitischen Teil des schul- und hochschulpolitischen Programms der CDU“ in ACDP 05–003 AO 6.

den übrigen Landtagsfraktionen eingenommen wird, zielt auf ein Abgehen von der Zwangskörperschaft hin mit dem Argument, in dem Ausmaß, in dem die Studenten in den Organen der Universität voll und gleichberechtigt inkorporiert sind, einfällt im Grunde genommen die Notwendigkeit, einen eigenen Rechtsstatus noch beizubehalten.

Wir haben auch hier eine Kompromißformel gefunden, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen beide Möglichkeiten offenläßt, die aber im Grundsatz darauf abzielt, eine gewisse Korrelation zwischen Ausmaß der Mitwirkung in den Organen der Hochschule und dem Rechtsstatus herzustellen.

Ich kann es vielleicht auf eine Formel bringen, wenn ich sage, die Universität mit herkömmlichen Strukturen bedingt auch die herkömmliche Struktur der Studentenschaft als Zwangskörperschaft. Die reformierte neustrukturierte Universität ermöglicht ein Abgehen von der Zwangskörperschaft. In diese Formel würde ich ungefähr die Haltung der Bildungspolitiker der CDU/CSU bringen. Sie finden das etwas verklausuliert in der Ziffer 24.

Das sind die beiden wesentlichen kontroversen Punkte gewesen. Da wir nun diese beiden Formeln gefunden haben, die von allen Seiten unterstützt werden, glaube ich, daß wir uns mit diesem Programm nunmehr sehen lassen können.

Ich darf namens der Fraktionsvorsitzendenkonferenz die drei sich nur auf formale Dinge erstreckenden Änderungswünsche der Fraktionsvorsitzendenkonferenz übermitteln und Sie bitten, diese zu beschließen. Es handelt sich einmal um einen Änderungswunsch zur Ziffer 19, wo es im zweiten Satz heißen soll: „Bei Berufungen sind in größerem Umfang als bisher nichthabilitierte-qualifizierte Wissenschaftler außerhalb der Hochschule zu berücksichtigen.“

Die zweite Änderung betrifft die Ziffer 21.

Heck: Bleiben wir zunächst bei der Ziffer 19. (*Scheufelen:* Es war früher so, daß ein guter Chefchirurg nicht mehr Professor werden konnte, weil es ein geschlossener Kreis war! – *Unruhe:*) Es gibt den berühmten Fall: Nietzsche⁵⁰ hatte eine Berufung nach Basel bekommen. Hier haben sie die Doktorarbeit und alles andere geschenkt. (*Scheufelen:* Das wäre heute nicht mehr möglich! – *Zuruf:* Doch! Das gibt es auch heute noch! – *Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Es gibt jemand, der nicht einmal promoviert hat und Professor und Leiter eines Max-Planck-Instituts ist. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Herr Schröder!

Schröder: Die zweite Änderung betrifft die Ziffer 21, wo der vorletzte Satz stilistisch etwas besser formuliert werden soll: „Der Präsident wird durch Wahl des zentralen Organs der Universität vorgeschlagen.“

Kraske: „Durch Wahl“ kann man weglassen; denn wenn er durch das Organ vorgeschlagen wird, muß ihn doch das Organ wählen.

Schröder: Das würde ich aus optischen politischen Gründen drinlassen. Der letzte Satz soll bleiben.

50 Friedrich Nietzsche (1844–1900), Philosoph; 1869–1879 Professor in Basel, 1889 Ausbruch der Geisteskrankheit.

Heck: Also, meine Damen und Herren, mit dem zweiten Wunsch sind Sie einverstanden!

Schröder: Der dritte Wunsch der Fraktionsvorsitzendenkonferenz bezieht sich auf die Gliederung. Es wird vorgeschlagen, daß die insgesamt 24 Ziffern abschnittsweise untergliedert werden, weil in den einzelnen Ziffern unterschiedliche Probleme angesprochen werden. Es wird vorgeschlagen, folgende Überschriften vorzusehen:

1. Staat und Hochschule.
2. Der gegliederte Hochschulbereich
3. Die Aufgaben der Universitäten
4. Die Aufgaben der Fachhochschulen
5. bis 8. werden zusammengefaßt: Kapazitätsprobleme
9. bis 11.: Forschung
12. bis 16.: Studienreform
17. bis 24.: Strukturreform der Universität.

Heck: Herr Herrmann!

Herrmann: Ich gebe zu bedenken, daß die anderen Teile so nicht untergliedert sind und keine Überschrift haben. Es wird zusammen gedruckt mit dem bildungspolitischen Teil. Es sieht ein bißchen unorganisch aus, wenn der eine Überschriften hat und der andere nicht. (*Schröder:* Das war an sich bekannt, aber man hatte doch den Wunsch!)

Heck: Wir wollen einmal überlegen, wie wir es bei der Drucklegung machen. (*Schröder:* Es ist das Ergebnis langer Bemühungen und Arbeiten. Wir wären froh, wenn der Bundesvorstand heute zustimmen würde!) Ich danke Herrn Schröder nicht nur für seinen Vortrag, sondern vor allem für die Arbeit, die er in dieser Sache gehabt hat. (*Beifall.*) Ich möchte ganz generell sagen, das ist das schwierigste Kapitel; es ist noch schwieriger als die Mitbestimmung. Ich bin überzeugt, wenn wir das heute einem Kongreß vorlegten, dann ginge es nicht anders wie in Bad Godesberg. Das höchste Maß an Übereinkunft, das zu erzielen ist, ist in der Tat, daß die Fraktionsvorsitzenden mit Ein-schluß des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, des RCDS und der Jungen Union zugestimmt haben. Ein höheres Maß an Übereinstimmung ist in der Sache nicht zu erzielen.

Ich glaube nicht, daß die Mitglieder des Bundesvorstands die Absicht haben, diese Übereinstimmung an irgendeinem Punkt zu stören. – Herr Herrmann!

Herrmann: Ich verweise nur darauf, Herr Minister, daß wir eben im Wahlprogramm das Wort „individuell“ gestrichen haben. Das könnte man auch hier in der Ziffer 7 streichen.

Heck: Das werden wir streichen!

Herrmann: Dann steht hier noch zweimal das Wort „Forschungsschwerpunkte“.

Wir sind von der Wissenschaftsverwaltung darauf aufmerksam gemacht worden, daß damit wahrscheinlich der Sonderforschungsbereich gemeint sein soll. Ich möchte bitten, daß das offenläßt für die redaktionelle Gestaltung nach Rücksprache mit Herrn Minister Stoltenberg, welches Wort man hier wählen soll. (*Schröder:* Er hat es genehmigt!) Das hat er wahrscheinlich genauso wenig bedacht wie die anderen auch.

Heck: Gut, das ist eine terminologische Frage.

Wird noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß auch ohne Beschlußfähigkeit der Vorstand in diesem Kreis zustimmt. (*Heiterkeit.*) Es ist ein Auftrag des Parteiausschusses. – Dr. Kraske!

Kraske: Wir besprechen jetzt wieder etwas im Auftrag des Parteitags, und das endet bei fünf Leuten. (*Heiterkeit.*)

WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG

Heck: Wir haben noch einen Punkt der Tagesordnung, aber es hat keinen Sinn mehr, ihn jetzt noch zu besprechen. Es handelt sich um die Frage der Wirtschaftsvereinigung. (*Schmücker:* Dann kann ich morgen in unserer Veranstaltung nichts dazu sagen.⁵¹)

Kraske: Da wir jetzt nur noch unter Fachleuten in dieser leidigen Geschichte zusammen sind, darf ich mich auf eine Kurzfassung beschränken. Die Wirtschaftsvereinigung hat ein Papier vorgelegt. Zu diesem Papier möchte ich zunächst nur zweierlei richtigstellen oder zu bedenken geben. Beides ist auf Seite 2. Es heißt unter Ziffer a) – das ist ein alter Streitpunkt zwischen Herrn Schmücker und mir –: „Einwendungen wurden erst nach der Gründung am 28. Februar 1969 von anderer Seite erhoben.“

Falls mit dieser anderen Seite der Bundesgeschäftsführer unserer Partei gemeint sein sollte, möchte ich in Erinnerung rufen, daß er bereits vor dieser Versammlung diese Einwendungen erhoben hat. Herr Schmücker, Sie werden sich an ein einschlägiges Gespräch im Plenum des Bundestags, bevor Sie in die Sitzung gingen, noch erinnern, was sich auf diese Einwendungen bezog. Aber das ist nur eine historische Frage.

Das Entscheidende scheint mir folgendes zu sein: Herr Schmücker argumentiert mit Recht mit der Satzungsänderung, die wir auf dem letzten Parteitag vollzogen haben, daß nämlich im § 39 des Statuts die Worte „von Personen“ gestrichen wurden.⁵² In der damaligen Begründung hieß es, und das wird hier zitiert: „Der Bundesvorstand geht“ – jetzt kommt, wie ich meine, das Entscheidende –, „unabhängig von der Frage, ob der Wirtschaftsrat zunächst als eigene Wirtschaftsvereinigung in die Partei integriert wird ...“

51 Im Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU vom 9. Juni 1969 wird vom MIT-Schatzmeister Klauss der 23. Juni als Termin für Verhandlungen mit der Bundespartei über eine mögliche finanzielle Beteiligung genannt (ACDP 04–004–009/1). Der Mittelstandskongreß der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU in München, auf dem Schmücker Hauptredner war, fand am 28. Juni statt.

52 § 39 des CDU-Statuts: „Die Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse mit dem Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen (junge Generation, Frauen, Arbeitnehmer, Kommunalpolitik, Mittelstand, Wirtschaft, Vertriebene und Flüchtlinge) zu vertreten und zu verbreiten, sowie die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU zu wahren. Ihr organisatorischer Aufbau entspricht dem der Partei. Sie haben eine eigene Satzung, die der Genehmigung durch den Bundesausschuß bedarf. Der Hauptgeschäftsführer einer Vereinigung wird im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ernannt. Sie haben das Recht zu eigenen Verlautbarungen, die den von der Partei festgelegten Grundsätzen nicht widersprechen dürfen. Die Gründung von Vereinigungen ist von dem Beschluß des Bundesausschusses abhängig, der durch eine Änderung des § 38 bestätigt werden muß.“

Diese Parenthese „unabhängig von der Frage ...“ ist auf dem Parteitag nach Annahme dieses Antrages des Vorstands entschieden worden, indem der Parteitag anschließend den rheinischen Antrag mit großer Mehrheit angenommen hat. Und der Inhalt dieses rheinischen Antrages war sowohl formell wie aber insbesondere intentional in der Forderung, daß der Wirtschaftsrat sich vorher als Vereinigung konstituieren soll. Nur daraus und aus der entsprechenden politischen Haltung der Sozialausschüsse ergab sich der Vorschlag dieser Lücke-Kommission, daß vor Bildung der Holding-Vereinigung eine Wirtschaftsvereinigung innerhalb der Partei gegründet werden solle, was Herr Schmücker jetzt als „Geister-Armee“ bezeichnet.

Ich persönlich bin – und ich glaube, das glaubt mir Herr Schmücker immer noch nicht so ganz – hier gar nicht darauf aus, etwas formalistisch zu argumentieren, sondern ich gehe von der politisch virulenten Kritik eines immerhin beachtlichen Teiles unserer Partei aus. Ich nehme diese Kritik soweit ernst, wie sie formell berechtigt ist. Und das ist sie in diesem Punkt, daß der Parteitag beschlossen hat, erst soll sich dieser Wirtschaftsrat in eine Wirtschaftsvereinigung umwandeln. Nur dann können die beiden eine beliebige Dachvereinigung gründen.

In diesem Punkt bestehen meine einzigen rechtlichen Bedenken, wobei ich immer wieder betone, ich bin selber kein Jurist, aber die Frage des korporativen Zusammenschlusses innerhalb der Partei ist, wie ich glaube, ziemlich gleichgültig. Es ist sogar zu fragen, ob nicht letzten Endes die Bundespartei aus korporativen Mitgliedern besteht, nämlich aus den Landesverbänden. Die KPV – wie Herr Schmücker mit Recht sagt – besteht nach der neulich beschlossenen Satzung eindeutig aus korporativen Mitgliedern.

Und wenn die baden-württembergische CDU einmal einen Gesamtverband gründet, wird der wahrscheinlich auch aus korporativen Mitgliedern in vier Landesverbänden bestehen. Das ist wohl völlig unbestritten.

Die Frage ist, ob in einer Parteivereinigung ein e.V. gleichberechtigtes Mitglied sein kann, der im anderen Verständnis, z. B. in seiner Spendenwerbung, aber auch in manchen anderen Funktionen, sich selber versteht als ein außerhalb der Partei stehender e.V. Ob also eine Parteivereinigung mit korporativer Mitgliedschaft über den Rahmen der Partei hinausgreifen und einen e.V. auf diese Weise in die Partei hineinnehmen kann, ist mein parteirechtliches und satzungsrechtliches Bedenken.

Ich bringe dieses Bedenken nur deswegen vor, weil sich daran die politischen Einwendungen von Gruppen in der Partei – wahrscheinlich nicht nur der Sozialausschüsse – anhängen und wir da diese ständige Unruhe kriegen. Mir geht es gar nicht darum, wer hat recht oder wer hat unrecht, wer hat mehr recht, wer hat weniger recht, sondern mir geht es darum, daß diese Vereinigung in der neuen Form arbeiten kann, ohne daß dauernd aus formellen Gründen mit politischem Hintergrund von sonst einer Seite quergeschossen wird.

Heck: Herr Schmücker!

Schmücker: Mir kommt es darauf an, daß wir heute einen Beschluß fassen. Diese Vereinigung ist nach den Entscheidungen des Berliner Parteitags gegründet worden. Sie ist der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden und kann nicht arbeiten, weil sie den Se-

gen der Bundespartei nicht erhalten hat. Gegen meine ursprüngliche Auffassung ist eine Form gewählt worden, die dem Wunsche des Bundesvorstands entspricht. Ich habe mich überzeugen lassen müssen, daß es zweckmäßig ist, bei Vereinigungen nicht anzunehmen, daß sie Unterparteien sind, sondern daß es geeignete Instrumente sind, unsere Parteiarbeit in Bereiche vorzutragen, wo wir mit der Partei nicht diese Erfolge haben können. Wir müssen da die Organisationsform nehmen, die bei den entsprechenden Gruppen die richtigste ist.

Da bietet sich an, daß wir die Mittelstandsvereinigung so bestehen lassen. Der Wille zum Zusammenschluß ist zum Ausdruck gebracht worden. Wir nehmen auch den Wirtschaftsrat so, wie er ist, und fügen ihn zusammen. Wenn wir den Wirtschaftsrat umgründen, führt das zum Verlust von 70% der Mitglieder. Es ist nicht möglich, ihn umzugründen in eine Wirtschaftsvereinigung.

Ich bitte Sie, doch nicht zu übersehen, daß das redliche Mühen vieler beteiligter Leute inzwischen durch die Strapazen in der Zeit vor der Satzung nun einfach an einem Endpunkt ist. Darum bitte ich, daß man sagt: So wie die Wirtschaftsvereinigung gegründet worden ist, bekommt sie einstweilen Betätigungsmöglichkeiten. – Wir müssen doch auf dem Wirtschaftstag in der nächsten Woche sagen können, daß wir arbeiten. Darauf kommt es mir an!

Ich will gar nicht den Streit wieder von vorn anfangen; denn dann einigen wir uns ja doch nicht. Das haben wir ja schon zwanzigmal versucht, haben aber immer noch verschiedene Auffassungen. Ich bin der Meinung, der Generalsekretär sollte uns die Möglichkeit zur Arbeit geben.

Um eines bitte ich ganz herzlich: Keinen Wirtschaftsrat mit Wirtschaftsvereinigung und Mittelstandsvereinigung und dazu noch einen Wirtschaftsausschuß! Also vier Gruppen mit Wirtschaftspolitik!

Heck: Ein Problem wollen wir ausklammern. Der Wirtschaftsrat, die Mittelstandsvereinigung und die korporative Wirtschaftsvereinigung ersetzen die Arbeit des wirtschaftspolitischen Ausschusses nicht. Das ist und bleibt das wirtschaftliche Beratungsorgan des Bundesvorstands. Das wollen wir ausklammern.

Eine Sache ist von Herrn Kraske aufgegriffen worden, die Frage der korporativen Mitgliedschaft. Darüber wird nicht mehr gestritten. Das ist auch ganz klar auf dem Parteitag beschlossen worden. Es bleibt noch die Rechtsfrage, können zwei Korporationen mit verschiedenem Rechtsstatus und einem verschiedenen Verhältnis zur Bundespartei zusammen eine Wirtschaftsvereinigung bilden. Das ist die Frage. Ich (*Starke Unruhe.*) persönlich gestehe ganz offen, ich habe ganz allgemein Bedenken dagegen.

Nun möchte ich auf eine Sache zurückkommen, die früher einmal Basis eines Kompromisses war zum Verhältnis Sozialausschüsse – rheinischer Landesverband – rheinische Mittelstandsgruppe. Es ist früher gesagt worden, alle Bedenken seien behoben, wenn der Wirtschaftsrat der CDU sich künftig Wirtschaftsrat der Union nennen würde.

Kraske: Darf ich hier etwas sagen, Herr Heck! Sie werden mir zugeben, diese Namensfrage ist nur interessant für die Sozialausschüsse, solange der Wirtschaftsrat außerhalb der CDU steht. Diese Namensfrage wird in dem Augenblick völlig irrelevant,

wo wir ihn in die Partei eingliedern. Wenn wir ihn in die Partei eingliedern als Bestandteil einer Parteivereinigung, wäre es natürlich völlig unlogisch, ihm dann die Namensführung „CDU“ zu geben.

Der Punkt der Sozialausschüsse ist der: Entweder ist er außerhalb der Partei, dann soll er sich nicht CDU nennen, sondern Wirtschaftsrat der Union. Dann könnten die nichts mehr gegen ihn sagen. Oder er soll in die Partei hineingehen. Das ist ihr eigentliches Ziel. Das haben sie mit ihrem Parteitagsantrag versucht. Dann soll er nicht ein e.V. sein, sondern dann soll er eine Vereinigung wie jede andere Vereinigung auch sein. Dann kann er sich mit der Mittelstandsvereinigung fusionieren.

Heck: Ich will so sagen, Herr Kraske: Dazu kann man kommen, auch bei allen formalen rechtlichen Überlegungen. Wenn man den Zusammenschluß von Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung als Wirtschaftsvereinigung will, dann sind von der Satzung her, vom Parteiengesetz her, dagegen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Wenn man aber Argumente sucht, um diese Vereinigung nicht zustande kommen zu lassen, dann kann man in der Tat mit Argumenten kommen.

Kraske: Ich würde eine Ausnahme machen. Vom Parteiengesetz ist die Frage offen. Es ist überhaupt nicht geklärt, wer eigentlich Parteien verklagen kann. Das steht gar nicht im Gesetz. Vom Parteiengesetz und seinen Intentionen her halte ich die Korporation eines e.V. in eine Partei für nicht zulässig, solange dieser e.V. nach außen seine e.V.-Stellung und seine Nicht-Partei-Funktion ausdrücklich in Anspruch nimmt, etwa um Spenden zu werben.

Heck: Die Wirtschaftsvereinigung, die sich hier korporativ zusammengefügt hat, hatte genau den gleichen Charakter wie etwa die Sozialausschüsse, bestehend aus Mitgliedern und aus Nichtmitgliedern, so daß man eigentlich nicht sagen kann, daß sie in dem Sinne voll inkorporiert sind. Sie könnten alle – mit Ausnahme der Führungsgruppe – Mitglied der Sozialausschüsse sein, sie bräuchten aber keine Parteimitglieder zu sein.

Kraske: Es ist dies auch [ein] in einem anderen Zusammenhang bisher nicht beendeter Streit, ob Vereinigungen in diesem Punkt Partei sind oder nicht. Ich würde allerdings sagen – wir haben hier die Vorsitzende einer anderen Vereinigung in unserem Kreise –, daß Frau Brauksiepe sich natürlich mit ihrer Frauenvereinigung doch als Bestandteil der Partei empfindet. (*Schmücker:* Dann müssen Sie ihnen dieselben Rechte hinsichtlich der Delegationen usw. geben. Das haben sie nicht.) Doch, das haben sie insoweit, als die Vorsitzenden der Vereinigungen Mitglied des Parteiausschusses sind, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe.

Heck: Das ist ein Verhältnis sui generis. Das würden sie aber automatisch sein. Das Verhältnis der Wirtschaftsvereinigung zur Partei ist anders als das der Ausschüsse. (*Kraske:* Das ist völlig klar.) Eine Partei besteht aus Mitgliedern und Anhängern. Die Vereinigungen sind genau an der Nahtstelle von Mitgliedern und Anhängern. Deswegen kann man meines Erachtens, wenn man will, so argumentieren, man kann auch anders argumentieren. Ich wollte zum Ausdruck bringen, wenn man die Sache verhindern will, kann man so argumentieren, und wenn man sie fördern will, kann man so argumentieren.

Brauksiepe: Wenn ich Herrn Schmücker richtig verstehe, will er sagen: Wenn wir nicht endlich klare Bahn bekommen, dann kommen wir nicht zur Arbeit. Ich frage die Freunde in allem Ernst, welche Partei würde sich eigentlich soviel Schmerzen machen, wenn sie die Vorstellung hat, wenn ich es nicht tue, dann verliere ich dich. – Dann lassen wir doch sagen, die andere Fläche ist so winzig geworden ...

Heck: Nein, die Schwierigkeiten bestehen woanders. Es hat keinen Sinn, wenn wir uns jetzt hier einigen (*Kraske:* Genau! – *Brauksiepe:* Nein!) und wir kriegen auf dem Parteiausschuß eine Riesensauerei. Der rheinische Mittelstand, der rheinische Landesverband und die Sozialausschüsse treten an, und es gibt einen Riesenkrach. Deswegen ist es besser, wenn die Geschichte von einem vollbesetzten Bundesvorstand beschlossen wird. Dann kann der Bundesvorstand sagen, wenn die antreten, dann treten wir auch an.

Schmücker: Aber was wollen wir machen? Ich kann doch vor den Leuten nicht sagen, es hat nichts gegeben. Die Leute lachen mich aus. Ich habe doch auch ein persönliches Prestige. Das kann nicht einfach so weitergehen.

Heck: Wir müssen folgendes machen ...

Schmücker: Wir haben in der Wirtschaftspolitik seit einigen Wochen wieder Auftrieb; aber nicht nur deswegen, weil sich der Kanzler selbst stark engagiert, der Schiller ist auch im Abfall.

Herr Kraske, ich bin einverstanden, wenn wir versuchen, eine Lösung herbeizuführen. Wir können uns ja zusammensetzen. Es muß jetzt vom Tisch!

Heck: Ich habe ja meine Meinung gesagt. Ich mache nur darauf aufmerksam, diese Geschichte müssen wir im Parteiausschuß durchpauken. Wenn es auf die Tagesordnung der nächsten Parteiausschußsitzung kommt, muß es unbedingt geklärt sein. Wir müssen hier an diesem Tisch geschlossen dahinter stehen; denn in dem Augenblick, wo wir geschlossen dahinter stehen, nehmen wir den Katzer mit zur Sitzung, damit er sieht, wie die Meinung im Vorstand ist. Dann treten sie nämlich nicht so an. Das war der einzige Grund dafür, warum ich sagte, es habe keinen Sinn, jetzt hier die Sache zu besprechen.

Herr Kraske, ich habe den Eindruck, daß Sie auf folgender Basis mit einig sind. Die Frage, Korporation oder nicht, spielt keine Rolle mehr. Die Vereinigungen insgesamt sind Vereinigungen von Parteien, die sich als Mitglieder- und Wählerparteien verstehen; sie sind angesiedelt in einer Brückenfunktion zwischen Mitgliedern und Wählern. Infolgedessen kann man sie nicht streng unter dem Gesichtspunkt als Mitglied der Partei sehen, sondern wir müssen sie als eine Organisation sui generis betrachten. Deswegen sage ich von mir aus, ich habe keine Bedenken, daß der Wirtschaftsrat e.V. und die Mittelstandsvereinigung zusammen die Wirtschaftsvereinigung bilden.

Kraske: Herr Heck, ich persönlich spiele hier gar keine Rolle. Ich bin in der Sache durch meine Mitwirkung an diesem Parteiengesetz und durch meine Erfahrung in der Partei anderer Meinung. Das gilt auch für andere Punkte, z. B. in seinen Vorschriften über die innerparteiliche Willensbildung, geheime Wahlen usw., aber ich insistiere hier nicht, wenn der Bundesvorstand das beschließen sollte. Das ist eine offene Rechtsfrage.

Ich mache nur darauf aufmerksam. Das wird also schon in Oldenburg⁵³ einen ganz großen Zinnober geben.

Deshalb habe ich jetzt nur noch eine Frage. Manfred Schäfer hat mir am Schluß eines Gespräches vor vier oder sechs Wochen gesagt, er wäre an der Aufrechterhaltung des e.V. im Grunde genommen nur interessiert aus Finanzierungsgründen, weil wir nur so steuerbegünstigte Gelder kriegen.

Zweiter Punkt! Beim Wirtschaftsrat seien zur Zeit – jedenfalls zu der Zeit, als wir das Gespräch führten – Wirtschaftsprüfer oder Steuerprüfer tätig. Und erst am Ende dieser Sache würde sich entscheiden, ob das in Zukunft möglich sei. Und dieses wolle er eigentlich abwarten, weil möglicherweise sich dann für ihn die Sache von vornherein anders darstelle. Wenn das richtig ist – vielleicht stimmt's nicht –, dann frage ich mich, ob man das nicht ein bißchen überbrücken kann in der Form ... (*Schmücker*: Aber das kennen wir doch alles. Das sagen wir jetzt schon zwanzigmal. Wir müssen doch etwas Neues bringen!) Was möchten Sie denn?

Schmücker: Ein Gespräch über jemand, der nicht dabei ist, hat keinen Sinn. Ich darf jetzt folgenden Vorschlag machen. Wir sagen: „Der Bundesvorstand ist einstweilen damit einverstanden, daß so, wie wir es beschlossen haben, gearbeitet wird. Die Rechtsfrage wird gutachtlich geprüft. Sie wird im Herbst vorgelegt. Dann wird darüber entschieden.“ (*Zuruf*: Gut!)

Heck: Ich beauftrage die Wirtschaftsvereinigung, wie sie sich konstituiert hat, mit der Führung der Geschäfte. Die Rechtsform wird geprüft und im Herbst geklärt.

Ich möchte noch eines dazu sagen. Die Geschichte nehme ich nicht noch einmal ungeklärt mit auf einen Parteitag; denn auf dem Parteitag wird sie wieder nicht geklärt. Es ist ganz klar, die Sache muß vor dem Parteitag geklärt sein.

Wir kommen zum Punkt:

VERSCHIEDENES

Dazu Herr Kraske!

Kraske: Der Bundesausschuß für Kulturpolitik ist nach § 22 neu konstituiert worden. Er hat zu seinem Vorsitzenden Herrn Kultusminister Dr. Bernhard Vogel⁵⁴ gewählt. Der Vorschlag des Ausschusses bedarf nunmehr der Bestätigung des Präsidiums und des Bundesvorstands. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das bestätigten.

Heck: Das Präsidium hat es schon bestätigt. Das tut der Bundesvorstand auch. Damit schließe ich die Sitzung.

53 13. Bundestagung der Sozialausschüsse der CDA vom 4.–6. Juli 1969 in Oldenburg.

54 Dr. Bernhard Vogel (geb. 1932), Politologe; 1961–1964 Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft Heidelberg, 1965–1967 MdB (CDU), 1967–1971 Minister für Unterricht und Kultus, 1971–1976 Kultusminister von Rheinland-Pfalz, 1969–1976 Vorsitzender des Bundeskulturausschusses der CDU, 1971–1988 MdL Rheinland-Pfalz, 1976–1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1989–1995 und seit 2001 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 1992–2003 Ministerpräsident von Thüringen, 1994–2004 MdL Thüringen. Vgl. LEXIKON S. 388 f.